



**Gemeinsamkeiten finden,
Unterschiede feiern.**

 **INTERKULTURELLE WOCHE 2014**

INHALT

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

- 3 Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2014
»Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern.«

GEMEINSAMKEITEN FINDEN, UNTERSCHIEDE FEIERN.

- 5 Offene Gesellschaft
Einleitungsartikel
- 6 Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern.
Anuschka Abutalebi
**Stimmungslagen und Herausforderungen
in der postmigrantischen Gesellschaft**
- 8 Vom Gefahrgut zum Teil des Ganzen
Ekrem Şenol
- 9 Koalitionsvertrag und gesellschaftliche Realität
Sidonie Fernau
- 11 Aufgabe Einbürgerung
Johannes Brandstätter
- 13 Aufruf zur Einrichtung einer Enquete-Kommission
»Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe«
Junge Islamkonferenz
- 14 Das Integrationsparadox
Ferda Ataman
- 15 Institutioneller Rassismus – Ein Konzept greifbar machen
Vera Egenberger
**Europäische Binnenwanderung und die Situation
in Deutschland**
- 17 »Einwanderungsland ohne ehrliche Debatte«
Dr. Ulrich Maly
- 19 Lohndumping verhindern und Kommunen unterstützen
statt Horrorszenerarien verbreiten
Volker Roßocha und Dominique John
- 22 Der antiziganistische Kern der Debatten
um »Armutszuwanderung«
Markus End
- 25 Dynamit an den Grundlagen der Gemeinschaft
Norbert Mappes-Niediek
- 27 Das Recht auf ein Leben in Würde – Freizügigkeit in Europa
Norbert Grehl-Schmitt und Dr. Barbara Weiser
- 30 Der europäische Traum
Dr. Dieter Heidtmann
Rassismus – Schwerpunkt: Flüchtlinge
- 32 Agieren statt reagieren
Prof. Dr. Martin Gillo
- 33 Aachen sagt ja – Willkommenskultur für Flüchtlinge
Hilde Scheidt
- 34 Rassismus gegenüber Flüchtlingen vor Ort begegnen:
Berlin und seine Flüchtlinge
Prof. Dr. Ulrike Kostka

- 36 Umsteuern und neu ausrichten – Europäische Flüchtlings-
und Migrationspolitik nach Lampedusa
Andreas Lipsch

ZUM WELTTAG DER MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE 2014

- 39 Migranten und Flüchtlinge: Unterwegs zu einer besseren Welt
Botschaft von Papst Franziskus

ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

- 41 Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern.
Assoziationen zum Motto
Prof. Dr. Wolfgang Reinbold
- 42 Fürbitte
Msgr. José Antonio Arzoz
- 43 Soziales Bekenntnis der Evangelisch-Methodistischen Kirche
- 44 Gebet beim Pastoralbesuch von Papst Franziskus
auf Lampedusa
- 44 Ufficio delle Celebrazioni liturgiche del sommo
Pontefice visita pastorale a Lampedusa
- 45 »Wir sind nur Gast auf Erden« – Anregungen für geistliche
Texte im Rahmen eines Gottesdienstes während der
Interkulturellen Woche 2014
Peter Oldenbruch
- 47 Fürbitten

BEISPIELE UND ANREGUNGEN

- 49 Die Würde der Differenz
Dr. Werner Höbsch
- 51 Dialog in einer kleinen Stadt – Praxis und Erfahrungen
Dr. Werner Höbsch
- 53 Friedensgebet der Religionen: Gemeinsamkeiten finden,
Unterschiede feiern.
Ahmad Aweimer
- 55 Flüchtlinge Willkommen heißen, begleiten, beteiligen
Eine Praxishilfe für Kirchengemeinden
- 57 »Lesestart« – Ein Baustein der frühkindlichen Leseförderung
in den Bibliotheken
- 58 Stopp, so nicht! Über den Umgang mit rechtsextremen
Äußerungen
Uta Gröschel
- 58 Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch
Handreichung für Journalist_innen
- 59 Stark für die Zivilgesellschaft – Das bundesweite Bündnis für
Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt
- 63 **AKTIONEN UND MATERIALIEN**
Ausstellungen, Filme, Bücher, Lesungen und Theater
- 67 **WAS • WANN • WO?**
Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE 2014

Begegnung – Teilhabe – Integration

GEMEINSAMKEITEN FINDEN, UNTERSCHIEDE FEIERN.

»Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern.« Mit diesem Motto gehen wir in die diesjährige Interkulturelle Woche. Die knappen Worte fassen die Erfahrungen von gelingender Begegnung und wachsendem Verständnis zusammen – Erfahrungen, die in fast vierzig Jahren an unzähligen Stellen im ganzen Land gemacht wurden. Die Interkulturelle Woche ist von der Erkenntnis geprägt, dass es immer wieder besondere Räume und Zeiten braucht, um zu entdecken, was Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft verbindet und dabei zugleich die Unterschiede nicht nur als trennend, sondern auch als Bereicherung zu feiern.

Als Christinnen und Christen erleben wir diese Wechselwirkung zwischen Gemeinsamkeiten und Unterschieden jeden Tag neu, denn Vielfalt gehört konstitutiv zum Wesen der Kirche. Sie verbindet Menschen über Ländergrenzen, Sprachen und Kulturen hinweg zu einer Einheit in Vielfalt. In der Nachfolge Jesu verlieren solche Unterschiede ihre trennende Macht. So schreibt der Apostel Paulus im Galaterbrief: »Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus« (Gal 3,28). Diese Grunderfahrung gilt in der christlichen Kirche. Sie kann aber auch auf unsere Gesellschaft ausstrahlen. Deshalb werben wir für ein friedliches und gerechtes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Sprache und Herkunft, religiöser und weltanschaulicher Prägung in Deutschland. Alle sollen teilhaben können an unserem Gemeinwesen: mit Rechten und mit Pflichten.

Unser Land braucht Zuwanderung. Auch Politik und Wirtschaft betonen dies immer wieder. Allerdings stellen wir fest, dass rationale Argumente in der Auseinandersetzung mit Populismus und Ressentiments oft wenig Gehör finden. In Deutschland und anderen europäischen Staaten verzeichnen rechtspopulistische Kräfte neuen Zulauf. Wir dürfen ihnen nicht nur ökonomische Argumente entgegenhalten. Vielmehr müssen wir auch deutlich machen, dass ein enges, fremdenfeindliches und rückwärtsgewandtes Gesellschaftsbild nicht mit dem biblischen Menschenbild und unserem aus dem Evangelium motivierten Eintreten für Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Offenheit in Einklang steht.

Es ist stets eine der großen Aufgaben der Kirche, dafür zu werben, dass bei allen politischen Fragen und Entscheidungen die Dimension der Würde des Menschen nicht aus den Augen verloren wird. Das gilt auch und gerade für die Migration. Die Verpflichtung auf die Menschenrechte ist eine der entscheidenden Grundlagen unserer Gesellschaft. Sie gilt für alle Lebens- und Politikbereiche und kann auch in Wahlkämpfen nicht zur Disposition gestellt werden. Innerhalb der Europäischen Union gehört das Recht auf Freizügigkeit zu den verbrieften Grundrechten; es ist einer der wichtigsten Pfeiler der europäischen Idee. Wir beobachten mit Sorge, dass populistisch geführte Debatten diese Errungenschaften in Frage stellen und Ängste schüren. Gerade angesichts der Europawahl 2014 müssen wir alle dafür einstehen, dass Probleme bei der Integration von Migrantinnen und Migranten nicht für Wahlkampfzwecke missbraucht werden. Wir bitten alle Politikerinnen und Politiker, sich für die Teilhabe aller Menschen in Europa einzusetzen und keine Ressentiments zu befördern.

In der aktuellen Debatte über den Zuzug von Migranten heben wir hervor: Neben den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes muss in unserem reichen Land immer auch Platz für diejenigen sein, die unserer Fürsorge und Zuwendung bedürfen. Deshalb setzen wir uns beständig für ein humanitäres Aufenthaltsrecht ein, das diesen Namen verdient. Hier besteht immer noch erheblicher Handlungsbedarf und wir fordern die Politik auf, den entsprechenden Ankündigungen im Koalitionsvertrag rasch Taten folgen zu lassen.

Überall auf der Welt leiden Menschen unter gewaltsamen Konflikten, Hungersnöten und den Folgen von Naturkatastrophen. So sind immer mehr Menschen gezwungen, sich auf der Suche nach Schutz und Zuflucht auf eine lebensgefährliche Reise zu begeben. Die schrecklichen Bilder aus Syrien oder Zentralafrika, aus der Sahara oder dem Mittelmeer stehen uns beispielhaft vor Augen. Das Schicksal von Flüchtlingen aus diesen und vielen anderen Ländern darf uns nicht gleichgültig lassen. Als Christinnen und Christen müssen wir uns fragen, wo in der Welt wir Jesus begegnen, in welchem unserer »geringsten Brüder« und Schwestern (Mt 25,40) er uns gegenübertritt. Nicht zuletzt deshalb begehen wir Jahr für Jahr im Rahmen der Interkulturellen Woche den Tag des Flüchtlings. Die

Zahl der Kirchengemeinden, die sich ganz praktisch für Flüchtlinge und mit ihnen engagieren, wächst. Das stimmt uns hoffnungsfroh und dankbar. Mit dieser Form der Nächstenliebe tragen sie dazu bei, dass unsere Gesellschaft ein menschliches Gesicht bewahrt und bekommt.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Situation von Familien, die durch Flucht auseinandergerissen werden. Wir wissen, wie kostbar es ist, wenn Menschen generationenübergreifend füreinander Verantwortung übernehmen. Umso mehr schmerzt es uns zu sehen, wie Familien unter der Trennung leiden, die ihnen durch die Flucht und aufgrund ausländerrechtlicher Regelungen auferlegt ist. Gemeinsam mit den Einrichtungen von Diakonie und Caritas stehen wir an ihrer Seite und setzen uns dafür ein, dass Familien zusammengeführt werden können. Nicht nur Menschen syrischer Herkunft in Deutschland wollen ihre Angehörigen bei sich aufnehmen. Wir würdigen die gegenwärtigen Bemühungen des Bundes und der Länder zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge. Bedenkenswert ist nicht zuletzt die manchenorts bereits geübte Praxis, aufnehmende Familien von den möglichen Krankheitskosten für Flüchtlinge freizustellen. Es bleibt aber bedrückend zu sehen, dass eine engherzige Auslegung

des Aufenthaltsrechts oft über Monate hinweg, manchmal sogar auf Dauer, den Nachzug von Angehörigen aus Kriegs- und Krisengebieten verhindert.

»Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern.« – das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche kann in der Debatte um das Zusammenleben in unserem Land die Richtung weisen. Denn es geht ganz selbstverständlich davon aus, dass es fundamentale Gemeinsamkeiten unter den Menschen gibt, gleich welcher Herkunft, Sprache oder Religion sie sind: das Bedürfnis nach Nähe und Sicherheit, das Bedürfnis nach freier Entfaltungsmöglichkeit, nach Teilhabe und Heimat. Zugleich leugnet das Motto nicht die Unterschiede, die mancherorts auch zu Herausforderungen für den gegenseitigen Umgang werden. Hier geht es darum, schwierigen Fragen nicht auszuweichen und nach Lösungen zu suchen, die das Trennende der Unterschiede aufheben.

Wir danken allen, die sich im Rahmen der Interkulturellen Woche öffentlich für Begegnung, Teilhabe und Integration einsetzen. Wir wünschen Ihnen gute Erfahrungen und gelingende Begegnungen, damit Gemeinsames gefunden und Unterschiede als Reichtum gefeiert werden können.



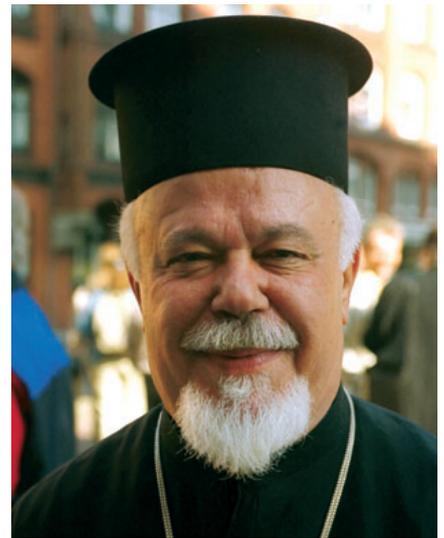
Reinhard Kardinal Marx

Reinhard Kardinal Marx
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz



Nikolaus Schneider

Dr. h. c. Nikolaus Schneider
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland



+ ὁ Γερμανικῶν Ἀγούστῖνος

Metropolit Augoustinos
Griechisch-Orthodoxer Metropolit von Deutschland

GEMEINSAMKEITEN FINDEN, UNTERSCHIEDE FEIERN.

OFFENE GESELLSCHAFT

Das ist die zentrale Botschaft des Plakates zur Interkulturellen Woche 2014. Das Schild hängt hinter einer geschlossenen Tür. Sie sieht alles andere als einladend aus. Diese paradoxe Doppelbotschaft steht für die gesamte Debatte um Migration, Flucht und Integration in Deutschland.

Der Grundtenor der öffentlichen Diskussion hat sich verändert. Deutschland ist ein offenes Land, das Zuwanderung grundsätzlich braucht. So betonen es inzwischen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, der Kirchen und viele mehr.

Trotzdem wurde in den Monaten vor und nach der Bundestagswahl über die steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden diskutiert und die Zuwanderung aus den EU-Staaten Bulgarien und Rumänien öffentlich problematisiert. Vor diesem Hintergrund enthielt der am 15. Januar 2014 veröffentlichte Migrationsbericht der Bundesregierung überraschende Erkenntnisse: Mehr als eine Million Menschen sind im Jahr 2012 nach Deutschland gezogen – im selben Zeitraum wanderten 712.000 Personen aus Deutschland aus. Zahlen, die viele überraschen.



DIE MÄR VON DER MASSENHAFTEN ZUWANDERUNG IN DIE SOZIALSYSTEME

»Deutschland ist wegen seines guten Sozialsystems der Magnet für Zuwandernde in Europa.« So sehen viele in Deutschland das Migrationsgeschehen. Ein Blick auf die Zahlen und Fakten hingegen zeigt: Bulgarien und Rumänien verzeichnen seit Jahren eine starke Auswanderung. Rund drei Millionen Menschen sind im letzten Jahrzehnt ausgewandert. Der weit überwiegende Teil ist aber nicht etwa nach Deutschland, sondern nach Spanien und Italien gegangen. Dort leben heute ca. 1,5 Millionen Rumäninnen und Rumänen. Auswandernde aus Bulgarien haben sich ebenfalls in Richtung Süden auf den Weg gemacht: 540.000 leben in der Türkei, rund 170.000 in Spanien. Der Deutsche Caritasverband hebt in seinem Positionspapier zur EU-Mobilität vom 16. September 2013 hervor: »Diese Zahlen verdeutlichen, dass für die Auswahl des Ziellandes das dortige Sozialsystem nicht das entscheidende Kriterium sein kann. Keines der Haupt-

Postkarten- und Plakatmotiv zur Interkulturellen Woche 2014

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. 0,20 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Plakat DIN A3, A2 und A1: Dieses Motiv
ist auch als Plakat im Format
DIN A3, DIN A2 und DIN A1 erhältlich.

Bestellformular:

www.interkulturellewoche.de

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069/24 23 14-60, Fax: 069/24 23 14-71

info@interkulturellewoche.de

zielländer verfügt über ein ähnlich gut ausgebautes System wie Deutschland. Ein wichtiges Kriterium ist vielmehr die Sprache. Wegen der großen türkischen Minderheit in Bulgarien ist die Türkei interessant, aber auch EU-Staaten mit großer türkischer Minderheit wie Deutschland. Bei Rumänen werden Länder der romanischen Sprachgruppe bevorzugt.«

Oft ist zu hören, Menschen aus diesen beiden Staaten kommen nur nach Deutschland, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Auch das bestätigen die Zahlen nicht: »Die Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien sind nicht schlechter in den Arbeitsmarkt integriert als andere Ausländergruppen in Deutschland«, schreiben zum Beispiel die Arbeitsmarktforscher Herbert Brücker, Andreas Hauptmann und Ehsan Vallizadeh in einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die Arbeitslosenquote der in Deutschland lebenden Bulgaren und Rumänen sei zwar mit zehn Prozent etwas höher als die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Deutschland (sieben Prozent), jedoch geringer als die der ausländischen Erwerbspersonen insgesamt (16 Prozent). Das gleiche gelte für den Bezug von Hartz IV: Auch hier seien die Anteile etwas höher als in der Bevölkerung

insgesamt (neun im Vergleich zu sieben Prozent), aber deutlich niedriger als im Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung (16 Prozent). Insgesamt profitiert Deutschland von der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien, so die Autoren der IAB-Studie in ihrem Kurzbericht. Von einer so genannten »Einwanderung in die Sozialsysteme« kann also keine Rede sein.

OFFENE TÜREN FÜR FLÜCHTLINGE?

Neben dieser Mär gibt es noch eine Warnung: »Wir können doch nicht alle Menschen dieser Welt in Europa aufnehmen!« Das ist im Blick auf 7,2 Milliarden Menschen sicher richtig. Nur: Wie viele suchen denn tatsächlich Schutz in Europa? Im Jahr 2013 sind es rund 435.000 Flüchtlinge gewesen. In allen EU-Staaten zusammen, wohl gemerkt! Ja, das sind mehr als im Vorjahr. Aber auch hier hilft und relativiert der Blick über den europäischen Teller: Die überwiegende Mehrheit aller Flüchtlinge lebt unverändert in den Krisenregionen in unmittelbarer Nähe zu den Kriegsgebieten und Konfliktzonen. Mehr als zwei Millionen Flüchtlinge sind aus Syrien in die Nachbarstaaten geflohen, in Deutschland leben rund 60.000 Syrerinnen und Syrer. Es ist normal, dass Menschen auf der

Flucht dahin wollen, wo Verwandte leben. Mit großen Worten und emotionaler Anteilnahme verfolgen namhafte Politikerinnen und Politiker die Entwicklung in Syrien. Warum aber wird dann in Deutschland so lange und ausführlich darüber gestritten, wie eine Aufnahme von syrischen Flüchtlingen und vor allem von Angehörigen der in Deutschland lebenden Familien realisiert werden kann?

Während viele Menschen syrischen Flüchtlingen mit offenem Herzen begegnen, wird die grundsätzliche Engherzigkeit des Aufenthaltsrechts immer deutlicher. Vieles wäre einfacher, wenn Flüchtlingen unbürokratisch ermöglicht würde, zu ihren Angehörigen nach Deutschland zu kommen. Gerade in der aktuellen Situation, in der kaum jemand daran zweifelt, dass hier eine »außergewöhnliche Härte« vorliegt. Das gilt insbesondere im Falle Syriens, aber nicht nur dort. In einer Einwanderungsgesellschaft sollte es eigentlich selbstverständlich sein, dass hier Lebende ihre Familienangehörigen zu sich holen können. In Deutschland ist das nach wie vor nicht der Fall, in der Regel nicht mal, wenn hier Lebende im vollen Umfang für ihre Angehörigen sorgen könnten und würden.

GEMEINSAMKEITEN FINDEN, UNTERSCHIEDE FEIERN

Anuschka Abutalebi

Das diesjährige Motto der Interkulturellen Woche lautet »Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern«. Hierzu kamen mir sehr unterschiedliche Gedanken. Gemeinsamkeiten sehe ich viele, aber Unterschiede feiern?

Mein erster Gedanke war, was können wir dazu beitragen, dass Unterschiede zur Normalität unserer Gesellschaft gehören, ohne dabei Migrantengruppen zu problematisieren und vornehmlich als hilfebedürftig anzusehen, ohne Menschen, die längst Teil unserer Gesellschaft sind, weiterhin von uns zu unterscheiden und ohne das »Andere« zu konstruieren und als Kriterium zu betrachten, welches trennend wirkt, Sartre meinte:

»Wir benötigen aber den anderen, um uns selbst zu begegnen, denn wir erkennen uns durch ihn, indem wir uns vorstellen, wie er uns sieht.«

Die Chance und der Gedanke der Selbstreflexion darin sind auf gesellschaftlicher und individueller Ebene relevant. Das heißt, wir müssen auch weiterhin Zustände benennen und von Rassismus reden, um uns in die Lage zu versetzen, dagegen anzugehen.

Das Motto der Interkulturellen Woche bedeutet für mich auch, dass sich Alle als integraler Bestandteil der Gesellschaft fühlen können und ihre Eigenheiten bewahren dürfen, ohne sich assimilieren zu müssen. Oder wie Seyla Benhabib schreibt:

»Gleichheit braucht nicht länger als Gleichartigkeit verstanden zu werden, vielmehr bedeutet Gleichheit in einer reifen liberalen Demokratie die Gleichwertigkeit derjenigen, die verschieden sind im Hinblick auf Religion, Volkszugehörigkeit, Sprache oder sexuelle Präferenz.«

So betrachtet feiere ich gerne Unterschiede!



© Ines Peiny

Anuschka Abutalebi ist Migrations- und Integrationsbeauftragte der Stadt Erfurt.

Kontakt:
Tel.: 0361 / 65 51 045
anuschka.abutalebi@erfurt.de

Ein Land, das Familien nicht zueinander lässt, hat noch nicht wirklich eine »Willkommenskultur« entwickelt – auch wenn diese im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung propagiert wird. Was genau eine Willkommenskultur ausmacht, muss noch eingehend besprochen und ausgehandelt und darum Gegenstand der gesellschaftlichen Debatte werden. Grundkonsens sollte allerdings sein, dass es beim »Willkommen heißen« in erste Linie darum geht, einwandernden Menschen die Aufnahme und Integration so leicht wie möglich zu machen und bürokratische Hürden abzubauen. Im Blick auf Einwanderungswillige ginge es vor allem darum, nachvollziehbare und erfüllbare Aufnahmebedingungen zu formulieren. Von einer solchen Haltung der Transparenz, der Freundlichkeit und der Dienstleistungsorientierung ist Deutschland mit Blick auf Einwanderer und Flüchtlinge leider noch weit entfernt. Sie aber ist der Kern und die eigentliche Herausforderung einer sogenannten interkulturellen Öffnung.

EINE KLUGE ZUWANDERUNGSPOLITIK FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Doch wollen wir nur die Fachkräfte, wollen wir nur die Menschen nach Deutschland kommen lassen, von denen wir glauben, dass wir sie aus demografischen oder ökonomischen Gründen brauchen? Der Bundesinnenminister hat am 10. Januar 2014 die aktuellen Flüchtlingszahlen kommentiert. Neben dem Bekenntnis zum Asylrecht und Flüchtlingsschutz als Auftrag aus dem Grundgesetz und internationaler Verantwortung hebt er heraus »Wir brauchen die Kraft zur Unterscheidung und Differenzierung, um die Bürgerinnen und Bürger noch mehr für kluge Zuwanderung zu gewinnen.«

Was ist eine »kluge« Zuwanderungspolitik? Geht es allein um »die Zuwanderung, die wir brauchen«? Geht es nicht auch darum, eine Zuwanderungspolitik im Kontext der Grundwerte der deutschen Verfassung und der internationalen rechtlichen und humanitären Verpflichtungen zu formulieren? Das heißt vor allem, keine Einschränkungen beim Familiennachzug und der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU sowie die Aufnahme von Flüchtlingen aus den Ländern, in denen Krieg

herrscht. Es gilt Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Zuwandernden mit ihren Bedürfnissen gerecht werden. Andererseits müssen auch mit Hilfe des Bundes die Kommunen gestärkt werden, die Hauptzielorte neuer Zuwanderung sind.

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben mit Art. 16 Konsequenzen aus den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland und Europa gezogen. Auch deshalb hat die Bundesrepublik Deutschland eine verantwortungsvolle und starke Rolle im europäischen Einigungsprozess übernommen. Darum muss die Frage gestellt werden, in welche Richtung Deutschland heute die europäische Migrations- und Integrationspolitik mitgestaltet und mitbestimmt.

Bei aller Kritik an der Migrations- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union und ihren Defiziten, die im Alltag sichtbar werden: Die Europäische Union ist eine beeindruckende Konstruktion, mit der es gelungen ist, die Nationalismen im Zaum zu halten, die in der Vergangenheit zu Kriegen innerhalb Europas geführt haben. Diese Union hat zwar erhebliche demokratische Defizite im Hinblick auf ihre Entscheidungsprozesse im Innern sowie auf ihren Auftritt nach Außen an den Grenzen Europas. Aber eine Alternative zur Europäischen Union gibt es nicht. Die nationalistischen Bewegungen, die in fast allen Mitgliedsstaaten virulent sind, sind gefährlich. Sie stellen eine ernstzunehmende Bedrohung der Demokratie dar. Sie gefährden darüber hinaus nicht nur den inneren Frieden der Länder, indem sie zivilgesellschaftliche, demokratische Strukturen zerstören. Sie destabilisieren auch die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Einheit Europas.

FÜR EINEN WECHSEL DER BLICKRICHTUNG

Viele Jahre wurden in Deutschland die Probleme und Schwierigkeiten in Bezug auf Zuwanderung und Integration herausgestellt. Immer wieder wurde das Trennende betont, vom eigenen Standpunkt aus gedacht, wurden Unterschiede und Probleme diskutiert.

»Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern«, das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche, funktioniert

aber nur, wenn alle gleichberechtigt mitsuchen, mitfinden und mitfeiern dürfen. Für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft muss gewährleistet sein, dass Unterschiede nicht zu Ungleichbehandlung führen, dass niemand diskriminiert, ausgegrenzt oder ausgeschlossen wird. Ungleichbehandlung, Diskriminierung und Rassismus sind bis heute die größten Integrationshemmnisse.

Das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche geht davon aus, dass in der Migrationsgesellschaft Gemeinsamkeiten nicht vorausgesetzt werden können, sie müssen vielmehr gesucht und können gefunden werden. Menschen mit unterschiedlicher Biographie, Herkunft, kultureller und religiöser Prägung, mit unterschiedlichen Vorstellungen von einem guten und gelungenen Leben treffen aufeinander, streiten miteinander, lernen voneinander und feiern gemeinsam. Dazu dient die Interkulturelle Woche. »Gemeinsamkeiten finden« bedeutet nicht, dass am Ende alle gleich und verwechselbar sind. Unterschiede bleiben, sollen bleiben. Sie können irritieren, aber sie machen auch neugierig, sie bereichern und regen zur Auseinandersetzung an, sie können überraschen und neue Perspektiven bieten. Das kann und darf auch Spaß machen. Darum: »Unterschiede feiern«. Auch, aber nicht nur in der Interkulturellen Woche!

■ Dieser Text wurde verfasst von:
Gabriele Erpenbeck, Vorsitzende; Andreas Lipsch, stellvertretender Vorsitzender; Günter Burkhardt, Geschäftsführer; Dr. Ulrich Raiser, Mitglied und Friederike Ekol, Mitarbeiterin des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche.

■ Kontakt:
Tel.: 069 / 24 23 14 60
info@interkulturellewoche.de

Stimmungslagen und Herausforderungen in der postmigrantischen Gesellschaft

VOM GEFAHRENGUT ZUM TEIL DES GANZEN

Ekrem Şenol

»Wir haben unsere Behörden über Jahrzehnte in eine Abschottungskultur hinein-entwickelt. Man hat gesagt: Haltet uns die Leute vom Hals, die wollen alle nur in unsere Sozialsysteme einwandern. Jetzt müssen wir deutlich machen, dass wir Fachkräfte brauchen, dass wir um sie werben müssen.« Mit diesen Worten hat Peter Clever von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im April vergangenen Jahres eines der Kernhindernisse bei der Etablierung der Willkommenskultur beschrieben.

■ Spätestens seit dem Anwerbestopp in den 70er Jahren wurden vor allem die Ausländerbehörden darauf ausgerichtet, mögliche Gefahren abzuwenden, in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme und später auch verstärkt in Bezug auf die innere Sicherheit. Entsprechend wurden die Gesetze formuliert: Ausweisungs-, Versagungs- und Gefahrenabwehrtatbestände prägten und prägen das Ausländergesetz bis heute, daran hat sich auch – entgegen der Wortbedeutung – nach der Namensänderung in Zuwanderungs- beziehungsweise Aufenthaltsgesetz im Jahre 2005 nichts geändert. Selbst der Begriff »Einwanderung« kommt im gesamten Gesetzestext nur an einer einzigen Stelle vor, und dort ist die Rede von »Einwanderungsbeschränkung«.

Die Vorgaben des Gesetzgebers – sprich der Politik – machte sich folgerichtig vor allem in den Amtsstuben bemerkbar. Unabhängig von der Aufenthaltsdauer wurde Ausländern, selbst wenn sie seit Jahrzehnten in Deutschland lebten und arbeiteten oder gar in Deutschland geboren wurden, das Gefühl vermittelt, dass sie nicht willkommen sind.

Erst seit den ersten Warnrufen aus der Wirtschaft vor ein paar Jahren, Deutschland leide an einem Fachkräftemangel, scheint sich ein Wandel zu vollziehen. Heute fordern Politiker landauf landab die sogenannte Willkommenskultur, aus Ausländerbehörden müssten Dienstleistungs- bzw. Ser-

vicebehörden werden und Ausländer müssten wie Kunden behandelt werden.

Das braucht natürlich Zeit: Eine über Jahrzehnte etablierte Abschottungskultur in den Behörden wird sich nicht über Nacht ändern. Vor allem dann nicht, wenn das Werkzeug – gemeint sind die Gesetze – nach wie vor auf Abschottung ausgerichtet ist. Aktuelle qualitative Erhebungen stellen den Ausländerbehörden jedenfalls ein miserables Zeugnis aus. Selbst ausländische Studierende, die heißumworbenen Fachkräfte von morgen also, beklagen sich nicht selten über willkürliche Schikane.

Selbstverständlich ist die Forderung nach einer Willkommenskultur ein wichtiger Schritt und es gibt bereits erste vielversprechende Ansätze. Ob sie sich in den Behörden aber etablieren wird, wird maßgeblich von der Gesetzeslage und deren Umsetzung in der Praxis abhängen. Das große Problem liegt hier in der Zuständigkeit: Das Ausländergesetz und damit auch die Integrationspolitik liegen im Verantwortungsbereich der Innenministerien, die unabänderlich auf Gefahrenabwehr gepolt sind. Sie gestalten das Aufenthaltsgesetz federführend und geben den Behörden in Anwendungshinweisen vor, wie ein Gesetz ausgelegt wird – meist zulasten der Willkommenskultur.

Ein weiteres Problem ist, dass die Willkommenskultur fast ausschließlich vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels



gefordert wird. Sie bezieht sich also ausschließlich auf Hochqualifizierte, die neu in das Land kommen. Bei Lichte betrachtet, handelt es sich also nicht um eine freundliche Kultur, sondern um eine Notlage, aus der heraus Menschen angeworben werden, die der Wirtschaft nützlich sind und unsere Rente sichern sollen, sonst sind sie eben nicht willkommen. Ein Blick ins Gesetz erleichtert nicht nur die Rechtsfindung, sondern auch die Intention des Gesetzgebers: Dort steht, dass Hochqualifizierte das Land wieder verlassen müssen, sobald sie arbeitslos werden, also nicht mehr nützlich sind.

So ist es natürlich schwierig, den ersehnten Bewusstseinswandel zu vollziehen. Denn im Grunde wird hier lediglich eine neue, weitere Kategorie angelegt, die nützliche von weniger nützlichen Einwandernden trennt. Und da die sonstigen Bemühungen meist



nicht über Symbolpolitik hinausgehen, etwa durch Einrichtung und Besetzung von Integrationsstellen, die ohne konkrete Handlungs- und Gestaltungsbefugnisse meist ohnmächtig wirken, kommen wir nicht richtig voran.

Notwendig ist daher ein grundlegender Strukturwandel, der mittel- bis langfristig nicht nur zu einem Bewusstseinswandel in den Behörden, sondern auch bei den Betroffenen selbst führt: Integrationspolitik muss weg vom Zuständigkeitsbereich der Innenministerien, hin zu Querschnittsministerien, die In-

tegration als Teil der Bildungs-, Sozial- und Arbeitspolitik ressortübergreifend betrachten. Das ist notwendig, damit Menschen mit Zuwanderungsgeschichte das Gefühl bekommen, sie sind Teil des Ganzen und nicht Gefahrgut.

Sonst wird man auch in Zukunft neidisch gen USA blicken, denen es gelingt, ihren Eingewanderten schon innerhalb kürzester Zeit den Spirit of America zu vermitteln, während hierzulande selbst in Deutschland geborene und aufgewachsene Jugendliche es nicht über die Lippen bringen, die Nationalhymne zu

singen, selbst wenn sie das Nationaltrikot tragen.

■ Ekrem Şenol ist Herausgeber und inhaltlich Verantwortlicher des MiGAZIN – das Fachmagazin für Migration und Integration in Deutschland – Politik, Gesellschaft, Recht und Kultur.

■ Kontakt: 0221 / 16 83 31 25
redaktion@migazin.de

■ Weitere Informationen: www.migazin.de

KOALITIONSVERTRAG UND GESELLSCHAFTLICHE REALITÄT

Sidonie Fernau

Die Diskussionen der letzten Monate im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen haben bei uns allen Phantasien frei gesetzt, wie wohl die Kompromisse in der Koalition umgesetzt werden können.

Bei alledem bleibt uns erst einmal der Koalitionsvertrag, in dem auf 180 Seiten die Ausrichtung der Politik der Koalitionäre CDU/CSU und SPD dargelegt ist. »Deutschlands Zukunft gestalten« titelt die Regierungskoalition und gibt vor, zentrale Themen für dieses Land anzugehen.

Unsere Gesellschaft wird durch Zuwanderung vielfältiger, konstatieren die Koalitionäre in der Präambel. Es ist allgemein bekannt: jeder fünfte Haushalt in Deutschland hat mittlerweile ein Mitglied mit Migrationshintergrund und in jeder dritten Familie in Deutschland, in der Kinder unter 18 Jahren leben, hat mindestens ein Elternteil ausländische Wurzeln. Wir sprechen somit von einer Personengruppe, die bedeutend ist für die Zukunft unseres Landes.

■ Wenn wir uns den migrationspolitischen Herausforderungen Deutschlands zuwenden, dann kommen wir nicht drum herum, uns auch dem Staatsangehörigkeitsrecht zu widmen, über das in den letzten Monaten unter den Schlagwörtern Optionszwang und Doppelte Staatsbürgerschaft diskutiert wurde.

»Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert. Im Übrigen bleibt es beim geltenden Staatsangehörigkeitsrecht«, heißt es im Koalitionsvertrag, den SPD und CDU/CSU für die kommende Legislaturperiode ausgehandelt haben. »Im Übrigen« bedeutet, dass Ausländerinnen und Ausländer bei einer Einbür-

gerung ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben müssen, für sie gilt die Mehrstaatigkeit nicht.

Warum der Koalitionsvertrag, zumindest in migrations- und integrationspolitischen Fragen, nicht nur an der Lebensrealität von Migrantinnen und Migranten, wie beispielsweise der älteren türkischen Generation vorbeigeht, die dieses Land mit vorangetrieben haben, sondern auch an der Lebensrealität von binationalen Familien, möchte ich Ihnen an Hand einer kurzen Geschichte verdeutlichen. Die Geschichte handelt von Katharina, einer Bekannten von mir, die ich zufällig vor zwei Wochen in einem Café traf und von Eric, ihrem togolesischen Ehemann.



© Seren Başoğlu

Zunächst einmal sollten Sie wissen, dass im Jahr 2012 jede achte Eheschließung in der Bundesrepublik Deutschland eine binationale war. Das bedeutet, dass alleine im letzten Jahr mehr als 44.000 Menschen ihre Partnerin oder ihren Partner grenzübergreifend gefunden haben.

Katharina und Eric sind ein solches binationales Paare. Die beiden haben sich 1998 kennengelernt. Damals war Katharina 16 und hatte sich gerade von ihrem ersten Freund getrennt. In dieser Situation lernte sie Eric kennen. Eric floh 1992 als politischer Flüchtling aus Togo.

Danach ging alles sehr schnell: drei Jahre später heiratete das Paar in Togo. Katharina flog nur wenige Tage nach



der Hochzeit zurück nach Deutschland, sie war damals Studentin und wollte die ersten Vorlesungen im neuen Semester nicht verpassen. Eric konnte erst acht Monate später im Zuge der Familienzusammenführung einreisen. »Die Monate kamen mir vor wie Jahre. Das Warten und die Ungewissheit, ob und wann die Botschaft das Visum für meinen Mann ausstellen wird, waren eine unglaubliche Belastung für uns«, erzählte mir Katharina im Café.

Die ersten Jahre lebte Eric mit einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland. Drei Jahre nach der Eheschließung mit Katharina beantragte er eine Niederlassungserlaubnis. Anfang des Jahres bekam Eric dann einen Brief vom Ersten Bürgermeister der Stadt Hamburg, Olaf Scholz. Er machte ihn auf die Möglichkeit der Einbürgerung aufmerksam. »Das war das erste Mal, dass wir über das Thema Staatsangehörigkeit gesprochen haben«, erinnert sich Katharina, die übrigens durch die Hochzeit mit Eric nicht nur die deutsche, sondern auch automatisch die togolesische Staatsangehörigkeit besitzt.

Eric – so berichtete Katharina – musste nicht lange überlegen, für ihn sprach eine Reihe von Argumenten für eine deutsche Staatsbürgerschaft: zum einen ist Deutschland nicht nur Eric's Wohnsitz, sondern auch sein Lebensmittel-

punkt. Zum anderen ist für Eric, der eine Ausbildung zum Verkäufer gemacht hat, mit der Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft die Hoffnung verbunden, dass sich die deutsche Staatsbürgerschaft positiv auf seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Und auch bei Polizeikontrollen, in die Eric am Hauptbahnhof auf dem Weg von der Arbeit nach Hause oder abends, wenn er mit Freunden unterwegs war, regelmäßig gerät, verspricht er sich eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den Polizeibeamtinnen und -beamten. »Ein deutscher Personalausweis ist in so einer Situation mehr wert, als ein togolesischer Pass«, stellt Katharina nüchtern fest. Die Möglichkeit in Deutschland zu wählen und dass eine Verlängerung des togolesischen Passes sehr teuer sei und ihn bei Verlust zu ersetzen, sehr schwierig, nannte Katharina als weitere Gründe, die für einen deutschen Pass sprachen.

Für Katharina war vor allem wichtig, dass sie sich einen Traum erfüllen und mit ihrem Mann und ihrer Tochter in die USA und nach England reisen konnte. Als wir uns über unsere letzten Reiseziele unterhalten, erzählt sie mir, dass sie nie mit ihrem togolesischen Pass reist – auch nicht innerhalb Afrikas. Sie werde als Weiße nicht als Togoletin gesehen, das führe zu Diskussionen, jedes Mal, wenn sie den Pass irgendwo vorlegen muss. Auch bei Museumseintritten in Togo müsse sie – trotz togolesischem Pass – stets den Eintrittspreis für Ausländerinnen und Ausländer zahlen. »Wenn Eric eingebürgert ist und wir nach Togo reisen, dann brauche ich kein Visum, unsere gemeinsame 4-jährige Tochter Sophie, die die deutsche und togolesische Staatsangehörigkeit besitzt, auch nicht. Eric wird der Einzige von uns sein, der ein Visum braucht, um in sein Geburtsland zu reisen«, erzählte mir Katharina.

Spätestens an dieser Stelle sollten wir uns fragen: Warum zwingt deutsche Politik Menschen wie Eric, lebenslang Ausländer zu sein – wenn nicht in Deutschland, dann eben in seinem Herkunftsland?

Katharina erzählte, Eric sagt, er habe sich damit abgefunden, dass er in Togo nicht mehr wählen darf. Auch die Schwierigkeiten, die auf ihn als Deutschen bei einem Landkauf in Togo zu-

kommen, sei er bereit einzugehen. Dass es Eric trotz des Passes schwerfallen wird, sich als ausschließlich deutsch zu bezeichnen, sei vor allem der Tatsache geschuldet, dass Fremdzuschreibungen und fehlende Akzeptanz für ihn als Schwarzen in der deutschen Gesellschaft allgegenwärtig sind. Sein deutscher Pass, den er in wenigen Wochen in der Hand halten wird, decke sich nicht mit dem, wie er sich selbst sehe, nämlich nicht nur als Deutschen, sondern auch als Togolesen.

Katharina hat die Situation sehr gut zusammengefasst und ich möchte meine Geschichte deshalb auch gerne mit ihren Worten enden lassen. Sie sagte:

»Es ist absurd. Eine Familie: ich, die neben meiner deutschen Staatsangehörigkeit als Ehefrau eines Togolesen auch die togolesische Staatsangehörigkeit besitzt, mit ihr aber nichts anfangen kann. Sophie, die als Tochter einer Deutschen und eines Togolesen beide Staatsangehörigkeiten besitzt und behalten kann und Eric, der mit seiner Einbürgerung seine togolesische Staatsangehörigkeit aufgeben muss – das Familienmitglied mit der stärksten Bindung an Togo und gleichzeitig der Einzige von uns, der kein Togolese mehr sein darf.«

Entspricht das Staatsbürgerschaftsverständnis in der Politik der gesellschaftlichen Realität in Deutschland? Und wenn nicht, möchten wir gemeinsam für eine gesellschaftsrealistische Weiterentwicklung des Staatsbürgerschaftsrechtes eintreten? Entscheiden Sie selbst!

■ Sidonie Fernau ist Bundesvorstandsmitglied im Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

■ Kontakt:
Fernau@verband-binationaler.de

■ Weitere Informationen zur binationalen Lebensrealität und zur Arbeit des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.: www.verband-binationaler.de

AUFGABE EINBÜRGERUNG

Johannes Brandstätter

Der immer noch nicht abgeräumte gesetzliche Grundsatz, Doppelpässe zu vermeiden, ist ein wichtiger Faktor für die im europäischen Vergleich sehr niedrigen Einbürgerungszahlen Deutschlands. Aber auch die Anwendung des Staatsangehörigkeitsgesetzes verläuft schleppend. Es bedarf einer neuen Willkommens- und Anerkennungskultur bei den Einbürgerungsbehörden der Städte und Kreise.

Post von der Behörde ist nicht immer Anlass zur Freude. Besonders empfinden das vielleicht ausländische Menschen so. Ein Brief der Stadt Stuttgart an Stuttgarterinnen und Stuttgarter ohne deutschen Pass, die schon acht Jahre und länger dort lebten, stieß indes auf positive Resonanz. Die freundliche Einladung des Oberbürgermeisters an die »lieben Mitbürger«, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, ließ die Zahl der Einbürgerungsanträge emporschnellen.

Das Beispiel der Schwabenmetropole, in der mehr als 20 Prozent Nicht-Deutsche leben, deutet auf ein Problem von bundesweiter Dimension. In unserem Lande leben 5,1 Millionen Ausländerinnen und Ausländer seit mehr als acht Jahren. Viele von ihnen sind sogar hier geboren. 5,1 Millionen Frauen, Männer und Kinder gehen zur Kita, zur Schule, zur Arbeit, sind am Gemeinwesen beteiligt. Die Volljährigen dürfen aber nicht den Bundestag wählen, selbst wenn sie in der Schule etwas über Demokratie gelernt haben.

Kreuzchen auf dem Stimmzettel sind wohl nicht das Dringlichste, was diese vielen Menschen umtreibt. Aus den Migrationsberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände ist bekannt, wie existenziell die Frage der Aufenthaltssicherheit für Nicht-Deutsche in manchen Lebenslagen schnell werden kann. Die aktuelle Diskussion um die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Zugezogene aus Rumänien und Bulgarien zeigt, wie die Aufenthaltssicherheit selbst für Unionsbürgerinnen und -bürger in Frage gestellt wird. Aber auch in praktisch-rechtlichen Fragen wie zum Beispiel bei der Reisefreiheit, dem konsularischen Schutz im Ausland, der Berufsfreiheit, dem Zugang zum Beamtenstatus oder der Gründung eines Vereins ist der deutsche Pass ein Türöffner.

EINBÜRGERUNG IST EIN STAATSZIEL

Die Einbürgerungszahlen zu erhöhen und Staatsvolk und Bevölkerung nicht dauerhaft auseinanderfallen zu lassen, ist ein schon 1990 vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenes und mittlerweile allgemein anerkanntes integra-



© Frank Diehn

tionspolitisches und staatspolitisches Ziel. Doch die Verfassungswirklichkeit hinkt dem Anspruch fußlahm hinterher. Deutschland bürgert jährlich nur 15 von 1.000 Ausländerinnen und Ausländer ein und belegt damit im europäischen Vergleich einen Platz auf den hinteren Rängen. In den EU-Ländern sind es dagegen durchschnittlich 23 von 1.000, im Nachbarland Polen sogar 50. Bei 5,1 Millionen möglichen Einbürgerungsanwärtern und gegenwärtig 110.000 Einbürgerungen pro Jahr würde es fast 50 Jahre dauern, bis dem Verfassungsauftrag entsprochen ist. Die seit 2010 wieder zunehmende Einwanderung ist hierbei nicht einmal berücksichtigt.

„Doppelte Wurzeln halten besser.“

Chung Noh

Weitere Informationen zur Berliner Kampagne »Deine Stadt. Dein Land. Dein Pass.« unter www.einbuengerung-jetzt.de

KLEINE CHECKLISTE FÜR DEN DIALOG MIT IHRER KOMMUNE ODER IHREM LANDKREIS

Fragen Sie Ihre kommunalen Vertreterinnen und Vertreter, wie es um die Willkommens- und Anerkennungskultur in punkto Einbürgerung bestellt ist:

- Wie viele nicht-deutsche Personen leben dort seit mindestens acht Jahren oder sind dort geboren?
- Sind diese Personen schon einmal persönlich angeschrieben und eingeladen worden, einen Antrag zu stellen?
- Wie lang ist die Bearbeitungsdauer eines Einbürgerungsantrags durchschnittlich?
- Wie viele Einbürgerungen gab es im Laufe des letzten Jahres?
- Wie viele Anträge pro Verwaltungskraft treffen jährlich ein?
- Werden Einbürgerungsfeiern ausgerichtet?

Um das Tempo bei der Einbürgerung zu erhöhen, wäre nicht nur die in den Koalitionsvertrag aufgenommene Aufhebung des Optionszwangs nötig, sondern auch eine generelle Akzeptanz der doppelten Staatsangehörigkeit – allerdings scheint die Chance auf Umsetzung derzeit gering.

SPIELRÄUME BEI LÄNDERN UND KOMMUNEN

Eine einbürgerungsfördernde Politik muss breiter angelegt sein und verlangt mehr als nur Gesetzesänderungen. Die Zuständigkeit für die Umsetzung des Staatsangehörigkeitsrechts liegt bei den Ländern. Dort und bei den regional zuständigen Einbürgerungsbehörden bestehen beträchtliche Spielräume. Wie groß diese tatsächlich sind, wird oft unterschätzt. Zwar gibt es Verwaltungsvorschriften und Anwendungshinweise des Bundes, doch beantworten diese nicht alle Fragen oder sind nicht rechtsverbindlich. Auch die Länder haben nur zum Teil Vorschriften erlassen, mit denen sie die Einbürgerungspraxis nach oben oder unten steuern können. Eine Untersuchung des Mediendienstes Integration zeigt, wie unterschiedlich die Spielräume tatsächlich genutzt werden. Die Einbürgerungsquoten divergieren nach Bundesländern zwischen 4,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und 1,65 Prozent in Baden-Württemberg und innerhalb der Bundesländer (zum Beispiel in Rheinland-Pfalz: Koblenz 4,85 Prozent und Pirmasens 0,72 Prozent) enorm stark.

Einer der wichtigsten Faktoren ist die Personalausstattung. Ein Mehr an Sachbearbeitenden hilft, die Bearbeitungszeiten zu verkürzen, durch gute Beratung Frustrationen vorzubeugen und so die Antragszahlen zu erhöhen. Hilfreich ist es auch, die Verfahren zu verschlanken, wie Hamburg es vormacht (s. Kasten).

Praktikerinnen und Praktiker weisen darauf hin, dass die Förderung und Erleichterung von Einbürgerung einen enormen Schub für die Identifikation Eingewanderter mit ihrer Stadt und der neuen Heimat bringen kann. Für manche ist die Einbürgerung ein hochwichtiges Ereignis, welches durch offizielle Einwanderungsfeiern im Sinne einer Willkommens- und Anerkennungskultur gewinnbringend begleitet werden

»EINBÜRGERUNG MACHT SPAß«

Hamburg geht forscher voran als andere Städte. Seit 2010 sind dort Einbürgerungslotsen unterwegs. Das sind Ehrenamtliche, die gut in den migrantischen Gemeinschaften vernetzt sind und sich mit dem Verfahren zur Einbürgerung auskennen. Zum Beispiel, weil sie selbst Migrationshintergrund haben und eingebürgert worden sind. Sie informieren aus erster Hand über die Chancen einer Einbürgerung und helfen Interessierten bei Schwierigkeiten, zum Beispiel, wenn die Ausbürgerung aus dem Her-

kunftsland zum Problem wird. Jardena Kifle, Neudeutsche und eine der Lotsinnen beschreibt die Vorteile: »Als Deutsche kann ich wählen, reisen und arbeiten, der Ausweis öffnet mir Türen.«

In der Hansestadt stiegen die Einbürgerungszahlen seit 2009 von 3.700 auf 7.300. Das Rezept ist, Vertrauen bei den migrantischen Communities zu schaffen, aber auch den Service zu verbessern: So konnte Hamburg zwischen 2008 und 2013 die Bearbeitungsdauer der Anträge von 18 auf 6 Monate senken. Das erreichten die Hanseaten durch zusätzliches Personal – auf eine Verwaltungskraft kommen nur noch 300 Anträge pro Jahr – vor allem aber durch eine Verschlanung und Entrümpelung des Antragsverfahrens. Das Zusammenspiel von Lotsen und Behördenmitarbeitenden funktioniert so gut, dass die Behördenleiterin Waltraud Hadler stolz verkündet: »Bei uns in Hamburg macht Einbürgerung Spaß!« Sie berichtet, dass die erfreuten Gesichter ihrer Kundinnen und Kunden auch die Jobzufriedenheit in ihrer Behörde erhöhen und der neue Weg eine positive Ausstrahlung auf die ganze Stadt habe.



www.einbuerbung.hamburg.de

kann. Skeptikern einer vereinfachten Einbürgerung halten die Fachleute entgegen: »Was hat der deutsche Staat davon, Personen nicht einzubürgern, wenn sie sowieso langfristig da bleiben?«

Kommunaler Spitzenreiter bei der Einbürgerung ist Kiel. Die Landeshauptstadt an der Ostsee bürgert jährlich 40 von 1.000 Ausländern ein. Die Kieler machen nach eigenen Angaben zwar ab und an eine Informationsveranstaltung, ihre Leuchtturmfunktion erzielen sie im Wesentlichen aber über gute Beratungsarbeit, die sich von »zufriedenen Kunden« über Mundpropaganda im Schneeballeffekt zu ihren »Landsleuten« herumspricht. Wenn alle Einbürgerungsbehörden so vorbildlich wie die Kieler ausgestattet und organisiert wären, würde es statt 50 nur noch etwa 20 Jahre dauern, bis die 5,1 Millionen ausländischen und dauerhaft hier leben-

den Frauen, Männer und Kinder ihren deutschen Pass erhielten – auch noch mehr als lange genug.

Johannes Brandstätter ist Referent im Arbeitsfeld Migrationspolitische Grundsatzfragen im Zentrum Migration und Soziales der Diakonie Deutschlands und Mitglied im ÖVA.

Kontakt:
Tel.: 030 / 65 211-16 41
johannes.brandstaeter@diakonie.de

AUFRUF ZUR EINRICHTUNG EINER ENQUETE-KOMMISSION »VIELFALT UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE«

Die Junge Islam Konferenz (JIK) ist ein Dialogforum und Multiplikatorennetzwerk junger Menschen im Alter von 17 bis 25 Jahren. Sie ist ein Projekt der Stiftung Mercator, des Mercator Program Centers und der Humboldt-Universität zu Berlin. Als bundesweites Forum bietet die Junge Islam Konferenz religiösen und nicht-religiösen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund eine Plattform für Wissensgewinn, Austausch und Intervention in gesellschaftliche Debatten über die Rolle des Islam in Deutschland. Wir dokumentieren im Wortlaut den Aufruf zur Einrichtung einer Enquete-Kommission »Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe«, den die JIK im Januar 2014 veröffentlichte und dem sich weitere Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft angeschlossen haben.



**Junge
Islam
Konferenz**



**Stiftung
Mercator**

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden über 30 Enquete-Kommissionen zu zukunftsrelevanten und gesellschaftlich relevanten Themen eingerichtet. Keine dieser Kommissionen befasste sich bislang mit dem komplexen, aber allgegenwärtigen Wandel Deutschlands zu einer Einwanderungsgesellschaft. Nachdem Deutschland erst nach fast einem halben Jahrhundert in gesetzlichen und politischen Initiativen anerkannte, ein Einwanderungsland zu sein, erklärte die Bundeskanzlerin auf dem Integrationsgipfel 2013 zu Recht den einseitigen Blick auf Integration als Bringschuld von Migranten für überholt und forderte die Entwicklung einer gesellschaftlich geistigen Offenheit. Sieben Jahre zuvor hatte der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble auf der ersten Deutschen Islam Konferenz die über Jahrzehnte ge-

wachsene Realität von Migration und Vielfalt anerkannt, indem er betonte, dass der Islam Teil der deutschen Gegenwart und Zukunft ist.

Auch künftig wird Einwanderung nicht zuletzt aus demografischen Gründen eine zentrale Rolle für die soziale und wirtschaftliche Stabilität Deutschlands spielen. Deshalb muss Politik die Folgen, Ressourcen und Chancen von Migration gesellschaftspolitisch aktiver und ganzheitlicher als bisher begleiten. Der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt in allen Lebensbereichen – von Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt über Gesundheitswesen, Sport, politische und zivilgesellschaftliche Institutionen und Organisationen bis hinein ins Parlament – birgt Chancen und Herausforderungen für das demokratische Selbstverständnis und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Aus dem angstbehafteten und oft orientierungslosen Umgang mit sich verändernden gesellschaftlichen Realitäten erwachsen Gefahren, denen aktiv entgegengesteuert werden muss. Der europaweite Zuspruch zu rechtspopulistischen Parteien sowie die in der Mitte der Gesellschaft zunehmenden Ressentiments gegenüber Minderheiten verdeutlichen die Dringlichkeit einer politischen Debatte über die aktive Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt. Für den Zusammenhalt innerhalb unserer Gesellschaft bedarf es richtungsweisender und tragfähiger gesellschaftspolitischer Leitbilder, die die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland als Realität und Zukunft dieses Landes anerkennen.

Vor diesem Hintergrund ist die Einrichtung einer parteiübergreifenden und durch externe Sachverständige aus verschiedenen Wissenschafts- und Praxisbereichen ergänzten Enquete-Kommission an der Zeit! Diese Enquete-Kommission sollte sich der zentralen und zukunftsrelevanten Frage widmen, wie existierende Vielfalt in Deutschland gesellschafts-politisch begleitet werden kann, damit sie als Ausgangspunkt und nicht als Hindernis von Zusammenhalt, Anerkennung und Teilhabe verstanden wird.

Die neue Enquete-Kommission sollte zunächst eine Bestandsaufnahme zum gesellschaftlichen Verständnis von und derzeitigen Umgang mit Vielfalt in Deutschland erarbeiten. Vor diesem Hintergrund sollte sie Leitbilder für die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland entwickeln und daraus konkrete Handlungsempfehlungen für Akteure



© JIK

aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ableiten.

Die JIK ist überzeugt: Eine solche Enquete-Kommission könnte einen institutionellen wie diskursiven Rahmen bilden, der zur Normalisierung im Umgang mit Vielfalt in Deutschland beiträgt. Es bedarf gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen und Veränderungen,

um die Potenziale eines vielfältigen Deutschlands in allen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar zu machen und das Zugehörigkeitsgefühl aller mit Akzeptanz und Anerkennung zu fördern.

Die JIK ruft daher gemeinsam mit weiteren Befürworterinnen und Befürwortern die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, sich für die Einrichtung

einer Enquete-Kommission »Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe« im Deutschen Bundestag einzusetzen.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.junge-islamkonferenz.de

DAS INTEGRATIONS PARADOX

Ferda Ataman

Auf die Wortwahl kommt es an. Das gilt bei Debatten um Migration und Integration im öffentlichen Diskurs ganz besonders. Zwar gibt es einen Konsens darüber, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Dennoch ziehen viele Begriffe eine Grenze zwischen deutschen Ureinwohnern und Menschen aus Einwandererfamilien. Gängige Begriffe wie »Ausländer«, »Zuwanderer« oder »Fremdenfeindlichkeit« beschreiben ausschließlich die Perspektive der herkunftsdeutschen Mehrheitsbevölkerung und werden mitunter auch für Menschen verwendet, die nicht zugewandert oder fremd und manchmal auch deutsch sind. Das ist hinderlich für das gesellschaftliche Zusammenwachsen.

Derzeit lässt sich eine große Unsicherheit bei Formulierungen beobachten: Warum soll man nicht mehr »Ausländerfeindlichkeit« sagen dürfen? Ist »Migrant« oder »Ausländer« die richtige Bezeichnung für »Menschen mit Migrationshintergrund«, wenn man letzteren Begriff vermeiden will?

Was also sind mögliche Alternativen? Es gibt zu Recht keine Institution oder Organisation, die für sich in Anspruch nehmen kann, Begriffe festzulegen. Allerdings können und müssen endlich neue Ideen aufkommen, sonst verharren wir in Politik, Medien und Amtssprache, die dem Alltag der Bundesrepublik nicht entspricht. Wer heute von »wir Deutschen und die Einwanderer« redet,

sollte in dem »wir« auch die hier geborenen Kofis, Dunyas und Bijans meinen. Alles andere wäre sachlich falsch. Es ist also an der Zeit, darüber zu reden, wie wir reden. Und hier fällt auf: Wir benutzen nicht nur Begriffe aus dem 20. Jahrhundert, wir stecken auch noch in veralteten Annahmen fest. Eine sachliche Debatte, die sich an Fakten orientiert, findet sich beim Thema Einwanderungsland viel zu selten.

Auch die Bildersprache spielt eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, wie ethnische Minderheiten in Medien dargestellt werden. Ein Bericht über türkische Migranten und ihre Nachkommen in Deutschland? In den meisten Fällen wird er mit Frauen bebildert, die auf dem Haupt ein Kopftuch und in den Händen Einkaufstüten tragen. Doch das Bild einer Frau mit Kopftuch ist für Türiinnen in Deutschland nicht repräsentativ: Nur 28 Prozent aller Musliminnen tragen hierzulande ein Kopftuch. Das Kopftuch-Bild bietet sich durchaus an, wenn es um das Kopftuch geht. Nicht jedoch, wenn es um Altersarmut von Migranten geht.

Seit Dezember 2012 ist der »Medien-dienst Integration« online und versucht,



© T. Lobenwein

die Debatten rund um Migration, Integration und Asyl zu versachlichen. Projektträger ist der »Rat für Migration«, ein engagiertes Netzwerk aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich mit den Themen befassen. Und hier fällt auf: Ein Phänomen beschäftigt Wissenschaftler derzeit, das sie als »Integrations-Paradox« bezeichnen: Obwohl die Integration von Eingewanderten und ihren Nachkommen messbar voranschreitet, gibt es in der Bevölkerung ein Gefühl von Stagnation oder gar Rückgang. Zwar widersprechen die Fakten den Annahmen, dennoch setzen sich die vermeintlichen Wahrheiten in weiten Teilen der Bevölkerung hartnäckig durch.

Aber woher kommt dieses Gefühl? Und welchen Anteil haben die Medien daran? Fest steht: Auch Journalisten ziehen ihr Wissen überwiegend aus den Medien. Entsprechend sind ihre Bilder geprägt von den üblichen Debatten. Ein Beispiel: Was wissen Sie über Roma? Aus Zeitung, Hörfunk und Fernsehen erfährt man: Roma sind



arm, kaum gebildet, werden ausgebeutet. Hätten Journalisten mehr direkten Kontakt zu Romagruppen, wüssten sie, dass die deutschen Sinti und Roma als nationale Minderheit anerkannt sind. Und dass es keine »Roma und Sinti aus Rumänien und Bulgarien« gibt. Verwendet wird der Begriff »Sinti« in Deutschland, Österreich und bisweilen in Norditalien. In Osteuropa gibt es nur Roma.

Wir brauchen mehr Perspektiven in den Redaktionen, die die Vielfalt im Einwanderungsland Deutschland spiegeln. Derzeit findet sich diese in den Redaktionsräumen kaum wieder – auch wenn

es längst viele gute Beispiele gibt, wie Khuê Pham (Zeit), Pinar Atalay (ARD) oder Özlem Gezer (Spiegel). Die wenigen Untersuchungen zum Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unter Journalisten gehen von ein bis vier Prozent aus. Laut einer repräsentativen Untersuchung waren vor fünf Jahren Journalisten mit typisch deutschen Namen in 84 Prozent der Tageszeitungen noch ganz unter sich. Dabei stammen inzwischen 20 Prozent der Bevölkerung aus Einwandererfamilien.

Oft sind verzerrende Formulierungen oder schiefe Bebilderungen nicht der bösen Absicht geschuldet, sondern Zeit-

mangel oder wenig Auseinandersetzung mit dem Thema. Doch genau deswegen braucht es eine Debatte dazu. Und der Mediendienst versucht diese mit Faktenwissen zu versachlichen und voranzutreiben.

■ Ferda Ataman leitet die Redaktion des Mediendienstes Integration.

■ Kontakt:
mail@mediendienst-integration.de
Tel.: 030 / 20 07 64 80

INSTITUTIONELLER RASSISMUS

EIN KONZEPT GREIFBAR MACHEN

Vera Egenberger

Rassismus wird in Deutschland weitgehend mit organisiertem Rechtsextremismus gleichgesetzt. Dies impliziert fälschlicherweise, dass »normale Menschen« nicht rassistisch sein können. Die Realität beschreibt hier ein anderes Bild. Anfeindung, Ausgrenzung und Bedrohung von Menschen mit realem oder vermeintlichem Migrationshintergrund, mit realer oder vermeintlicher ethnischer Identität geschieht regelmäßig. Dies geht sowohl von einzelnen Personen aus, die ein menschenfeindliches Weltbild gutheißen, als auch von Solchen, die sich selbst als Demokraten bezeichnen. Dass Jugendliche mit einem angenommenen Migrationshintergrund aufgrund ihrer ethnischen Zuschreibung nicht in eine Diskothek eingelassen werden, ihnen die Mitgliedschaft im Sportclub verweigert wird oder Dunkelhätige verstärkt durch die Polizei kontrolliert werden, hat nichts mit Rechtsextremismus zu tun, sondern mit dem ganz »normalen« Rassismus. Dieses Phänomen des individuellen Rassismus ist komplex und bedarf verstärkter Analysen und einer besseren Bearbeitung.

■ In diesem Artikel möchte ich das Phänomen des institutionellen Rassismus beleuchten, werde aber nicht auf das Phänomen des strukturellen Rassismus eingehen, der sich unter anderem in Form von ausgrenzenden Gesetzen und Normen äußert.

Erst im Zuge der öffentlichen Debatte um die Morde des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) wurde in Deutschland erstmals – wenn auch äußerst zögerlich – der Begriff »institutioneller Rassismus« in die Debatte eingebracht. Es wurde jedoch vehement verneint, dass es diesen institutionellen Rassismus in der Polizei (die die NSU

Mordermittlungen durchführte) gegeben hätte.

1. DIE BRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT INSTITUTIONELLEM RASSISMUS

In Großbritannien war 1993 der 18-jährige Schwarze Brite Stephen Lawrence in London an einer Bushaltestelle erstochen worden. Für ihr äußerst unprofessionelles Verhalten bei der Aufklärung des rassistisch motivierten Mordes wurde die Londoner Polizei stark kritisiert. Die rassistische Motivation wurde negiert, Beweismittel und Zeugenaussagen nicht ernst genommen und zwei der Täter wurden erst im Jahr

2012 verurteilt. Auf öffentlichen Druck hin wurde 1997 eine Untersuchungskommission einberufen, die 1999 einen Bericht mit weitreichenden Empfehlungen veröffentlichte, die sich zu großen Teilen an die britische Polizei richteten.

Die unverrückbare Erkenntnis des britischen Untersuchungsausschusses war, dass nur aufgrund von »institutionellem Rassismus« ein derart schlechtes Ermittlungsergebnis zustande kommen konnte. Die im Zuge des Abschlussberichtes veröffentlichte Definition erscheint bahnbrechend:

Institutioneller Rassismus ist »das kollektive Versagen einer Organisation, für



© Jochen Mittenzwey

Menschen bezüglich ihrer Hautfarbe, Kultur oder ethnischen Herkunft geeignete und professionelle Leistungen zu erbringen. Er lässt sich in Prozessen, Einstellungen und Verhaltensweisen festmachen, welche auf eine Diskriminierung hinauslaufen und durch unbewusste Vorurteile, Ignoranz, Gedankenlosigkeit und rassistische Stereotypen, ethnische Minderheiten benachteiligen.»

Diese Definition schaut nicht, wie dies in Deutschland zumeist getan wird, auf die Täter_innen oder Auslöser von institutionellem Rassismus, sondern auf die Auswirkungen für die Betroffenen.

2. INSTITUTIONALISIERTE AUSGRENZUNGSFORMEN IN DEUTSCHLAND

›Racial profiling‹

Ein junger Schwarzer deutscher Student fährt Ende 2010 in einem Regional-Express auf der Strecke Kassel-Frankfurt a.M. zu seiner Universität und wird von der Bundespolizei einer Personenkontrolle unterzogen. Der junge Mann wird als Einziger aufgefordert, seine Papiere zu zeigen. Er ist bereits zuvor mehrere Male – auch da als einzige Person im Waggon – kontrolliert worden. Er reicht Klage gegen die Bundespolizei ein. Im Verlauf der erstinstanzlichen Verhandlung wird deutlich, dass der Beamte den Betroffenen einzig aufgrund seiner dunklen Hautfarbe kontrollierte. Erst beim Oberverwaltungs-

gericht stellen die Richter_innen klar, dass für die Befragung und die Aufforderung, Ausweispapiere vorzulegen, der Anknüpfungspunkt der Hautfarbe nicht zulässig ist. Eine derart durchgeführte Personenkontrolle verstößt gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 3 Abs. 3 GG.

Dunkelhäutige und Personen mit realem oder vermeintlichem Migrationshintergrund erleben solche Situation häufig. Vermuteter Drogenhandel, der vermutete irreguläre Aufenthalt oder der angenommene Waffenbesitz werden von der Polizei als Rechtfertigungsgründe für eine Personenkontrolle angeführt, wo häufig kein Anfangsverdacht besteht. Ein solches Vorgehen konstruiert Menschen mit dunklerem Erscheinungsbild (egal welcher Herkunft oder Nationalität) zum ›Ausländer‹, der nicht dazugehört und dem man nicht trauen kann.

Polizeiermittlungen

Bei den polizeilichen Ermittlungen der NSU-Morde zeigt sich ein anderes Bild, das jedoch zu einem vergleichbaren Ergebnis führt.

Die Polizeiarbeit war weitgehend davon geleitet, dass Opfer und ihre Familienangehörigen durch kriminelle Machenschaften selbst die Tötung provoziert hätten. Ermittlungen wurden überwiegend im Milieu der Ausländer-

riminalität geführt, Zeugenaussagen in eine andere Richtung nicht ernst genommen, Täterprofile aufgrund eines rassistischen Weltkonstruktes erstellt. Das Ergebnis ist bekannt. Neun Morde an Menschen mit Migrationsgeschichte sind über Jahre hin nicht aufgeklärt, die Täter_innen nicht zur Rechenschaft gezogen und die Familien der Opfer marginalisiert worden.

3. KÖNNEN WIR VON INSTITUTIONELLEM RASSISMUS IN DEUTSCHLAND SPRECHEN?

Um die folgenden Sachverhalte in Deutschland einzuschätzen, ziehe ich nochmals die britische Definition von institutionellem Rassismus heran.

Führt die Polizei Maßnahmen durch, um die Sicherheit in Deutschland aufrecht zu erhalten, ist dies im übertragenen Sinne eine (Dienst)leistung an der Bevölkerung. Beim oben angeführten ›racial profiling‹ wird offensichtlich, dass Personen mit dunkler Hautfarbe oder vermeintlichem Migrationshintergrund überproportional betroffen und somit einer unterschiedlichen Behandlung ausgesetzt sind. Im Kontext der britischen Definition wird dann von einer Benachteiligung oder von ethnischer Diskriminierung gesprochen. Im britischen Kontext spräche man bei ›racial profiling‹ von institutionellem Rassismus, weil zumeist Angehörige von ethnischen Minderheiten oder – um die deutsche Terminologie zu verwenden – Menschen mit Migrationshintergrund davon betroffen sind.

Bei den Ermittlungen der NSU-Morde wurde erst im Nachhinein sichtbar, dass man Aussagen von Familienangehörigen keinen Glauben schenkte, manche Indizien, die von der angenommenen Ausländerkriminalität wegführten, fallen gelassen wurden und die Polizei nicht dem Verdacht eines rechtsextremistischen Tatmotivs nachging. Es lag ein kollektives Versagen aufgrund von rassistischen Stereotypen vor, die die Aufdeckung der Morde verhinderte.

Diese Beispiele implizieren, dass institutioneller Rassismus in Deutschland existiert, auch wenn dieser von offizieller Seite nicht so benannt oder gar rundweg abgestritten wird. Bei den genannten Beispielen liegen nicht ausschließlich individuelle rassistische Denk-

EUROPARAT PRÜFT DEUTSCHLAND

Planen Sie ein Seminar zu politischen Strategien gegen Rassismus? An einer kirchlichen Akademie, an der Volkshochschule, an der Universität? Dann sollten Sie nachschauen, was der Europarat über Jahrzehnte hinweg an fachpolitischen Standards entwickelt hat.

Seit Februar 2014 liegt ein interessanter Prüfbericht speziell zur Situation in Deutschland vor. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) hat einen Katalog von 18 Empfehlungen zum Racial Profiling, zum institutionellen Rassismus im Bildungssystem, dem Ausbau der Antidiskriminierungsstellen und zur Anerkennung und Gleichstellung von Transgender vorgelegt. Die Kommission kritisiert u.a. die Warnung des Deutschen Städtetages vor Einwanderern aus Rumänien und Bulgarien unter dem Stichwort »Armutsmigration« sowie die zu unkritische Verbreitung von Thilo Sarrazins rassistischen Positionen.

ECRI wurde 1993 vom Europarat eingerichtet. Ihre Mitglieder sind unabhängige Fachleute – aus Deutschland zum Beispiel die frühere Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John. Alle 47 Mitgliedstaaten des Europarats werden regelmäßig getestet. Zur Zeit läuft die fünfte Prüfungsrunde.

■ Web-Tipp: www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/Country-by-country/Germany/DEU-CbC-IV-2009-019-DEU.pdf

muster von einzelnen Beamt_innen vor. Ungleichbehandlung wird hier durch Gedankenlosigkeit und Ignoranz einer ganzen Institution, durch ihre internen Abläufe, Vorgaben und Interpretationen von Gesetzen verursacht. Eine ganze Institution vermag es nicht gleichermaßen hochwertige Leistungen für alle Bürger_innen zu gewährleisten.

Aus einer solchen Erkenntnis sollten Konsequenzen gezogen werden.

4. INSTITUTIONELLER RASSISMUS LÄSST SICH BEARBEITEN

Gleichwohl der NSU Untersuchungsausschuss in gemeinschaftlichen Verlautbarungen konstatiert, dass kein institutioneller Rassismus vorlag, zielen viele Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Ausschusses darauf ab, genau diesen zu bearbeiten.

Beispielsweise sollen bei allen Fällen von Gewaltkriminalität, die wegen der Person des Opfers einen rassistischen Hintergrund vermuten lassen, diesbezügliche Ermittlungen durchgeführt und nachvollziehbar dokumentiert werden. Die Schlussfolgerungen sprechen von einer ›Fehlerkultur‹, die eingeführt werden sollte, um tradierte Muster und Strukturen zu hinterfragen und Fehler zu bearbeiten. Weiterhin fordert der Ausschuss die Polizeien auf, die Vielfalt der Gesellschaft in ihrer Personalstruktur widerzuspiegeln und interkulturelle Kompetenz aufzubauen. Hier ist die Polizei als Institution aufgefordert zu handeln.

Auch wenn sich die wenigen hier aufgeführten Schlussfolgerungen auf rassistisch motivierte Straftaten beziehen, ist zu erwarten, dass sich eine ›Fehlerkultur‹ und eine interkulturelle Zusammensetzung der Polizei langfristig posi-

tiv auf die komplette Arbeit der Polizei – z. B. auch die Personenkontrollen von Dunkelhäutigen – auswirken wird. Bei der Entwicklung der Maßnahmen zur Implementierung der Schlussfolgerungen wäre eine Konsultierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Themenbereich arbeiten, angezeigt. Erfahrungen und die Perspektive der Betroffenen sind zentrale Aspekte, um die Schlussfolgerungen zielführend umzusetzen.

■ Vera Egenberger ist Geschäftsführerin des Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG), Berlin

■ Kontakt:
Tel. 030 / 688 366 18
www.bug-ev.org/
vera.egenberger@bug-ev.org

Europäische Binnenwanderung und die Situation in Deutschland

»EINWANDERUNGSLAND OHNE EHRliche DEBATTE«

Dr. Ulrich Maly

Mal wieder – nicht das erste Mal – gerät alles durcheinander: steigende Asylbewerberzahlen werden mit Syrienflüchtlingen, denen wir grundsätzlich helfen wollen, mit der EU-Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen sowie dem Phänomen der sogenannten Armutszuwanderung zu einem Cocktail gemixt, der für die politische Kultur hierzulande toxisch wirken kann, zumindest aber ungenießbar ist.

■ Rational betrachtet ist uns bewusst, dass wir ein gewisses Maß an Zuwanderung brauchen. Aber das ändert nichts an den diffusen Ängsten, die Menschen haben, wenn es um dieses Thema geht. Bei der zunächst nachvollziehbaren Sorge, dass Zuwanderung unser Sozialsystem in Deutschland bedrohen kann, muss klar gestellt werden: Einen nennenswerten Zuzug in die Sozialsysteme in Deutschland gibt es bislang nicht. Wer das behauptet, bleibt die Belege schuldig.

Zur aktuellen Debatte um Einwanderer aus Rumänien und Bulgarien können wir festhalten: Im Vergleich zu anderen EU-Ländern, wie etwa Italien, Spanien und Großbritannien, kommen zu uns nur unterdurchschnittlich viele und die meisten von ihnen sind Studierende oder arbeiten als Saisonarbeiter und Fachkräfte überall dort, wo wir sie dringend brauchen. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass Deutschland von der Freizügigkeit in Europa stark profitiert. Glaubt man den Recherchen von Journalisten vor Ort, müssen wir in diesem Zusammenhang zwar auch



© Stadt Nürnberg/Ludwig Olah

über Betrug reden. Allerdings eher von Seiten mancher Arbeitgeber und Vermieter in Deutschland, die sich nicht an rechtliche Standards halten.

PROBLEME MÜSSEN GEMEINSAM BEWÄLTIGT WERDEN

Trotzdem haben wir natürlich keine heile Welt. Das Phänomen der sogenannten Armutszuwanderung, das sich in einigen wenigen Städten in Deutschland konzentriert, ist dort ein handfestes Problem und bedarf der gemeinschaftlichen Bearbeitung durch Kommunen, Länder und Bund.

Herausforderungen gibt es vor allem dort, wo sich Menschen aus prekären Verhältnissen ballen – und zwar völlig egal, aus welchem EU-Staat sie kommen und welcher Ethnie sie angehören. Aggressives Betteln, Kleinkriminalität, Zwangsprostitution – dies wegzuleugnen, wäre Unsinn. Wo das besonders stark auftritt, brauchen die Städte Hilfe. Was den Städten allerdings keineswegs hilft, sind Skandalisierungen oder apokalyptische Visionen.

EINSCHRÄNKUNG DER FREIZÜGIGKEIT WÄRE SINNLICH UND FALSCH

Einschränkungen der europäischen Freizügigkeit sind sinnlos und falsch. Das Hochziehen von Zäunen hat keinen Sinn und wäre auf europäischer Ebene ein trauriger Rückschritt. Die

Städte in Deutschland schätzen die Freizügigkeit. Die Entwicklung der europäischen Stadt ist, allein schon historisch betrachtet, ohne Wanderungsbewegungen gar nicht denkbar.

Meine Heimat – Nürnberg – hat in Zeiten der industriellen Revolution, wie viele andere Städte auch, ihre Einwohnerzahlen vervielfacht. Als 1835 die erste deutsche Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth fuhr, zählten wir 35.000 Einwohnerinnen und Einwohner, ein Jahrhundert später mehr als zwölfmal so viele. Das war – bei allem Lokalstolz – natürlich nicht das Ergebnis fränkischer Fruchtbarkeit, sondern Nürnberg ist, wie alle anderen deutschen Städte auch, ein Produkt großvolumiger Wanderungsbewegungen.

Wir sind ein Zuwanderungsland ohne redliche Zuwanderungsdebatte. Und genau dies wird an der Diskussion um die sogenannte Armutszuwanderung noch einmal deutlich. Wie gerne würden wir auch unter den Regeln der Freizügigkeit in der EU die Zuwanderer in »willkommene« und »falsche« aufteilen können. Das geht aber nicht und entspricht auch nicht der allgemeinen Lebenserfahrung: Jeder von uns kann, so das Schicksal es will, in seinem Le-

ben mal vom Sozialproduktproduzenten zum Sozialproduktkonsumenten, also Transferempfänger werden.

ALLE INSTRUMENTE DER INTEGRATION MOBILISIEREN

Doch zurück zum Thema »Armutszuwanderung«: In den sogenannten »Problemhäusern« von Duisburg oder Neukölln ballen sich Menschengruppen, die schon in ihrer Heimat ausgegrenzt, oft unterdrückt und prekariert waren. Sie bringen diese Problemlage mit. Hier sind alle Dimensionen europäischer Politik gefragt.

Ich unterstelle, dass niemand gerne seine Heimat verlässt. Also ist das erste Mittel der Wahl, diese Heimat auch so zu gestalten, dass Migrationsbewegungen erst gar nicht ausgelöst werden. Das ist Aufgabe der Herkunftsländer, aber auch der EU und in ihr der Bundesrepublik Deutschland.

Hierbei müssen wir alle Instrumente der sprachlichen, sozialen und kulturellen Integration mobilisieren und fokussieren. Genau dabei brauchen die Städte Hilfe, zum Beispiel durch Zugänge zu Förderprogrammen des Europäischen Sozialfonds, durch die Möglichkeit, im



Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2014

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestellformular:

www.interkulturellewoche.de

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche

Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.

Tel.: 069/24 23 14-60, Fax: 069/24 23 14-71

info@interkulturellewoche.de

Rahmen der Städtebauförderung stärker in den Problemquartieren zu agieren, aber auch dadurch, dass betrügerischer Missbrauch durch Ausbeutung oder Scheinselbständigkeit präziser bekämpft und kontrolliert werden kann.

BESONDERE VERANTWORTUNG GEGENÜBER ROMA

In einem Interview habe ich neulich den sorgfältigen Umgang mit der Sprache bei der Problembeschreibung gefordert und dabei auch auf eine »historische Schuld« Deutschlands an den Roma hingewiesen. Die »Fanpost« dazu war ein eruptiver Ausbruch von Antiziganismus. Ich nutze gerne die Gelegenheit zur Differenzierung: »Historische Schuld« ist genau im Sinne der Rede des Bundespräsidenten Richard von

Weizsäcker vom 8. Mai 1985 gemeint – nämlich keine individuelle, auf Menschen bezogene Schuld, die es abzutragen gilt, sondern eine Chiffre für eine besondere politische Verantwortung, die die Bundesrepublik Deutschland trägt.

Das Mahnmal von Dani Karavan für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin ist das eine – der Umgang mit den Lebenden das andere. Und das undifferenzierte Gleichsetzen von »Problemhaus« und Roma das Dritte.

Eine gesamtgesellschaftliche Zuwanderungsdebatte verlangt von uns sprachlichen Anstand in der politischen Debatte, die präzise Auswertung des empirischen Befunds, das Benennen von Problemen, dort, wo es sie gibt, aber

ohne platte Parolen, und am Ende die gemeinsame Erkenntnis, dass wir ein Zuwanderungsland sind und es eigentlich schon immer waren.

Ist das zu viel verlangt?

■ Dr. Ulrich Maly (SPD) ist seit 2002 Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg. Seit 2013 ist er Präsident des Deutschen Städtetags.

■ Kontakt: obm@stadt.nuernberg.de

Dieser Text ist die leicht gekürzte Fassung eines Beitrages, der am 6. Februar 2014 beim Mediendienst Integration erschienen ist. Den Volltext finden Sie unter www.medien dienst-integration.de

LOHNDUMPING VERHINDERN UND KOMMUNEN UNTERSTÜTZEN STATT HORRORSZENARIEN VERBREITEN

Volker Roßocha, Dominique John

AUSWIRKUNGEN DER FREIZÜGIGKEIT

Mit der Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien wurden die letzten Beschränkungen für diese beiden Länder ab dem 1. Januar 2014 aufgehoben. Bereits seit 2007 galten die Personenfreizügigkeit sowie die Niederlassungs- und mit wenigen Ausnahmen die Dienstleistungsfreiheit. Außerdem konnten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Arbeitserlaubnis-EU in Deutschland beschäftigt werden.

Gründe für die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland sind fehlende Perspektiven in den Herkunftsregionen sowie die Krise in den süd-europäischen EU-Staaten, aus denen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – vor allem Saisonarbeiter – nach Deutschland abgewandert sind. Allerdings kommen die meisten Zuwanderer nach wie vor aus Polen.

Die Arbeitsmarktdaten zeigen, dass im Vergleich zur übrigen ausländischen Bevölkerung Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien höhere (sozialver-

sicherungspflichtige) Beschäftigungsquoten aufweisen, die Arbeitslosenquote mit 9,6 Prozent geringer ausfällt, sie in geringerem Umfang SGB-II-Leistungen beziehen und der Anteil der Kindergeldberechtigten ebenfalls relativ niedrig ist.

Dass viele Kommunen über die mit der Zuwanderung verbundenen Lasten klagen, ist verständlich. Aber nicht der Anteil der Staatsangehörigen aus Bulgarien und Rumänien an der Gesamtbevölkerung ist ausschlaggebend für die Integrationsherausforderungen, sondern eher die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Dort wo die Beschäftigungslage insgesamt besonders problematisch ist, wie in Duisburg, Berlin oder Dortmund, sind auch bulgarische und rumänische Staatsangehörige besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. In Großstädten wie Offenbach, Mannheim, Frankfurt a.M. oder München mit den höchsten Bevölkerungsanteilen liegen die Arbeitslosenquoten von Bürgern aus Bulgarien und Rumänien unter denen aller ausländischen Staatsangehörigen.

Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD nach der Bundestagswahl 2013 beschäftigte das Thema Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien. Obwohl die Koalition die Willkommens- und Anerkennungskultur und gleichzeitig die Attraktivität Deutschlands für ausländische Fachkräfte stärken will, mangelt es bei den Positionen zur Integrationspolitik an konkreten Aussagen, z. B. zur Einführung eines Anspruches von EU-Bürgern auf Teilnahme an einem Integrationskurs, wie er für Drittstaatsangehörige besteht. Unter der Überschrift »Armutszuwanderung innerhalb der EU« sieht sie die Akzeptanz für die Freizügigkeit in der EU gefährdet. Der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger werde man entgegenwirken. Bei den Handlungsfeldern stehen die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern und die Verringerung von Anreizen zur »Migration in die sozialen Sicherungssysteme« im Zentrum. Die stattdessen erforderlichen Maßnahmen zur Herstellung gleicher Teilhabechancen und zur Verhinderung von Ausbeutung bleiben insgesamt weitgehend unpräzise.

HERAUSFORDERUNGEN OFT IGNORIERT

Bund, Länder und Kommunen haben die mit der Erweiterung der Europäischen Union und der Herstellung der Freizügigkeit verbundenen Herausforderungen über Jahre ignoriert. Dies gilt vor allem für drei Politikfelder:

1. Im Zuge der Liberalisierung des deutschen Arbeitsmarktes wurden neue Möglichkeiten für Unternehmen geschaffen, tariflich und gesetzlich festgelegte Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zu unterlaufen und Lohn Dumping zu betreiben. Der Anteil der Leiharbeitsverhältnisse und der Niedriglohnbeschäftigung ist stark gestiegen. Massiv zugenommen hat die Zahl der Werkverträge, also Verträge mit Soloselbstständigen oder Subunternehmen. Von diesen prekären Beschäftigungsverhältnissen besonders betroffen sind mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus EU-Staaten, die auch grenzüberschreitend als entsandte Beschäftigte in allen Branchen eingesetzt werden.

Beispiele multipler Ausbeutungsstrategien gibt es vor allem in der Fleischwirtschaft, dem Baugewerbe, der Pflege oder den Werften. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden um den vereinbarten Lohn betrogen, die Unterkünfte, die auch noch bezahlt werden müssen, entsprechen nicht einmal minimalen Standards und für die Anreise müssen hohe Kosten bezahlt werden.

Mit dem DGB-Projekt »Faire Mobilität« konnten solche Fälle und die dahinterliegenden Strukturen von Subunternehmerketten aufgedeckt werden. Nachgewiesen wurde auch, dass viele unwürdige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen durch nationale und europäische Gesetzgebung ermöglicht werden und die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten behindert wird.

2. Maßnahmen für die Schaffung gleicher ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabechancen sind für Menschen, die im Rahmen der Freizügigkeit nach Deutschland kommen, genauso notwendig wie für Zugewanderte aus Drittstaaten. Auch wenn viele junge Leute als Touristen oder im Rahmen des Schüleraustausches Deutschland kennengelernt haben: Ihnen fehlt es oft an

ausreichenden Informationen über Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsmöglichkeiten. Sie sprechen die deutsche Sprache nur unzureichend und sind mit den bürokratischen Verfahren oft überfordert.

Als Zielgruppe für Integrationsmaßnahmen hat die deutsche Integrationspolitik nur so genannte Drittstaatsangehörige im Blick, nicht aber EU-Bürgerinnen und -Bürger. Sie haben – anders als neu einreisende Drittstaatsangehörige – keinen Anspruch auf die Teilnahme an einem Integrations Sprachkurs. Angehörige von EU-Staaten können nach dem Freizügigkeitsgesetz nur zugelassen werden, wenn freie Plätze vorhanden sind. Auch bei den kommunalen Angeboten zur Migrationsberatung gibt es eine Konzentration auf Personen aus Drittstaaten. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass gerade junge Menschen aus Mittel- und Osteuropa sowie den süd-europäischen Krisenländern Information, Beratung und Unterstützung brauchen, sowohl in den Herkunftsländern als auch in Deutschland. Diese Lücke nutzen dubiose Vermittlungsagenturen, die Jugendlichen Sprachkurse, Praktika und Ausbildungsplätze versprechen. In der Realität bleibt oft nur die Erkenntnis, dass sie zwar Leistungen bezahlt haben, diese aber nicht erbracht werden.

3. Die Kommunen können ihre Aufgaben wegen ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Situation vielfach nur noch unzureichend wahrnehmen. Betroffen sind vor allem strukturschwache Kommunen mit einem hohen Anteil an Arbeitslosen, die SGB-II-Leistungen beziehen. Oft werden daher so genannte freiwillige Leistungen, wie Kultur- und Jugendangebote, sozialer Wohnungsbau oder die Schaffung ausreichender Infrastruktur abgebaut.

Davon betroffen sind auch Maßnahmen zur sozialräumlichen Integration sowie die Schaffung und die Sanierung eines ausreichenden Angebots an Wohnraum. Die Folgen zeigen sich besonders in bestimmten Stadtvierteln mit hohen Erwerbslosenquoten und niedrigem Einkommen. Dass mit sanierungsbedürftigem Wohnraum auch noch Gewinne gemacht werden können, zeigt sich in verschiedenen Städten. Mobile EU-Bürger zahlen 200 Euro und

mehr im Monat für einen Schlafplatz in »Schrottimmobilien«, die von Immobilienfonds aufgekauft wurden.

DEBATTE ZUR FREIZÜGIGKEIT

Forderungen nach Beschränkung der Freizügigkeit widersprechen den europäischen Grundwerten und den gemeinsam getragenen Zielen eines europäischen Arbeitsmarktes. Sie verfestigen zudem die miserable soziale Lage von Menschen, die im Kreislauf von Armut und Arbeitslosigkeit gefangen sind. Forderungen nach nationaler Auslegung der Freizügigkeit verhindern die europäische Integration und fördern die in einigen Ländern verbreiteten nationalistischen Tendenzen. Die Debatte über die Freizügigkeit und deren populistische Zuspitzungen bleibt nicht ohne Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und für das Bild Deutschlands in der europäischen Öffentlichkeit.

Der DGB, der seit langem auf die mit der Freizügigkeit verbundenen Herausforderungen hinweist, kritisierte die von der CSU angeführte Kampagne. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit sei kein Grund für Horrorszenarien, sagte Annelie Buntenbach am 6. Januar 2014. Dass jetzt ausgerechnet aus christlichen Parteien, allen voran die CSU, Wahlkampf mit Ressentiments aus der untersten Schublade gemacht werde, sei schlicht verantwortungslos. Auch Michael Sommer setzte das Thema in der DGB-Pressekonferenz zum Jahresauftakt am 16. Januar auf die Agenda und rief zu einer sachlichen Debatte ohne





fremdenfeindliche Töne auf. Zur Sachlichkeit gehöre auch, dass von einer »Armutszuwanderung« in die Sozialsysteme keine Rede sein könne, denn Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien wiesen eine relativ niedrige Arbeitslosen- und Hartz-IV-Quote auf.

ANFORDERUNGEN AN DIE BUNDES- UND EUROPAPOLITIK

Auf der nationalen Ebene sind konkrete Maßnahmen für die Schaffung ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabechancen erforderlich. Dazu gehören:

- die Schaffung eines Rechtsanspruchs von EU-Bürgern zur Teilnahme an Integrationskursen,
- die Unterstützung von Projekten zur sozialräumlichen Integration, wie sie von Nichtregierungsorganisationen in einigen Städten durchgeführt werden,
- die Schaffung von Fördermöglichkeiten im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« auch für Kommunen in Haushaltsnotlage und einen flexiblen Mitteleinsatz, wie im Koalitionsvertrag angekündigt,
- die Förderung von Maßnahmen gegen Rassismus, Stigmatisierung und Antiziganismus.

Auf der Ebene der Europäischen Union ist erforderlich,

- ein Ausbau der Programme zur Stärkung von Regionen mit Massenarbeitslosigkeit,
- die Unterstützung von Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierungen gegenüber Roma in verschiedenen Ländern,
- das Vorantreiben von Maßnahmen zur besseren Integration bestimmter Bevölkerungsgruppen im Rahmen der so genannten Roma-Strategie 2020,
- die Förderung von Maßnahmen zur Information, Beratung und Unterstützung mobiler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ein eigenständiges Programm.

Anlässlich der Debatte um die Freizügigkeit und der Klausur des Bundeskabinetts einigten sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund im Januar 2014 auf eine gemeinsame Erklärung zur Freizügigkeit in Europa. Jungen Menschen mit schlechten Startchancen eine Perspektive zu geben sowie der Einsatz für gleiche Teilhabechancen bei Arbeits- und Lebensbedingungen unabhängig von der Staatsangehörigkeit gehören zu den gemeinsamen Anliegen. In Bezug auf die Debatte zur Freizügigkeit formulieren sie:

»Mit übertriebenen Befürchtungen über massenhafte Zuwanderung in die Sozialsysteme verpassen wir jedoch die Chance, gut qualifizierten Fachkräften das notwendige Signal zu senden, dass sie in Deutschland willkommen sind und dringend benötigt werden.

In Teilen Europas sind antieuropäische, teils nationalistische Kräfte erstarkt. Mit Blick auf die Europawahlen im Mai erfüllt uns diese Tendenz mit großer Sorge.«

Dieser Text ist ein gekürzter Auszug aus der Online-Publikation des DGB »Informationen zur Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Europäischen Union«.

■ Weitere Informationen unter: www.dgb.de

DER ANTIZIGANISTISCHE KERN DER DEBATTEN UM ›ARMUTSZUWANDERUNG‹

Markus End

Anfang diesen Jahres erreichte eine Debatte ihren bisherigen Höhepunkt, die seit ca. 2010 unter dem Schlagwort »Armutszuwanderung« – gelegentlich auch »Armutsmigration« – in der deutschen Öffentlichkeit, in Medien und Politik geführt wird. Dieses Wort hat sich dabei zum zentralen Bedeutungsträger entwickelt, mit dem ein – realer oder eingebildeter – überproportionaler Anstieg der Einwanderung von mutmaßlich armen Bulgar_innen und Rumän_innen nach Deutschland beschrieben wird. Ob ein solcher Anstieg überhaupt nachweisbar ist oder nicht und wenn, ob eine solche Migration der deutschen Gesellschaft ökonomisch ›nützt‹ oder nicht, wer also wen ›missbraucht‹ oder ›ausbeutet‹; diese Fragen müssen an anderer Stelle geklärt werden. In diesem Beitrag wird lediglich die medial geführte Debatte näher beleuchtet, die mit dem Terminus verknüpft ist.

Die oben dargestellte Wortbedeutung des Terminus »Armutszuwanderung« umfasst nur die halbe Wahrheit. Ausgeblendet wird dabei, dass er von Anbeginn verwendet wurde, um eine – reale oder eingebildete – spezifische Form der Migration von Menschen zu beschreiben, die als ›Roma‹ beschrieben werden. Über den Realitätsgehalt dieser Beschreibung soll im Folgenden nur indi-

rekt Auskunft gegeben werden, indem sich Aussagen als unzulässige Verallgemeinerungen und stereotype Zuschreibungen erweisen.

Der Begriff »Armutszuwanderer« ist dabei kein Deck- oder Tarnbegriff wie beispielsweise die in polizeilichen Pressemitteilungen bis heute verwendeten Bezeichnungen »Landfahrer« oder »mobile ethnische Minderheit«. Wäh-

rend diese Termini bewusst verwendet werden, um einer gesellschaftlichen Sanktionierung auszuweichen und dennoch einen diskriminierenden Hinweis auf die vermeintliche oder tatsächliche Minderheitenzugehörigkeit von Straftäter_innen zu geben, steht das Wort »Armutszuwanderer« eher in einer Tradition von Begriffen wie »Klaukids« oder »aggressives Betteln«: Sie bezeichnen nicht lediglich klauende Kinder, aggressives Betteln oder arme Zuwanderer_innen, sondern transportieren stattdessen die Vorstellung, es handele sich um ›Roma‹-Phänomene. Erzeugt wird diese Verknüpfung durch eine Berichterstattung, die vermeintlich ›Roma‹-typische Straftaten von Minderjährigen, vermeintlich ›Roma‹-typische Formen des Bettelns oder vermeintlich ›Roma‹-typische Formen der Migration immer wieder mit diesen Schlagworten versieht. So entwickeln sich Begriffe wie »Klaukids«, »aggressives Betteln« und »Armutszuwanderer« zu ethnisierenden Markern.

VON DER ETHNISIERENDEN WAHRNEHMUNG ...

Eine solche ethnisierende Wahrnehmung eines sozialen Phänomens ist in der derzeitigen Debatte um ›Armutszuwanderung‹ besonders deutlich wahrzunehmen. Dabei wird zur Abwehr ei-



Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2014

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.
Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestellformular:
www.interkulturellewoche.de

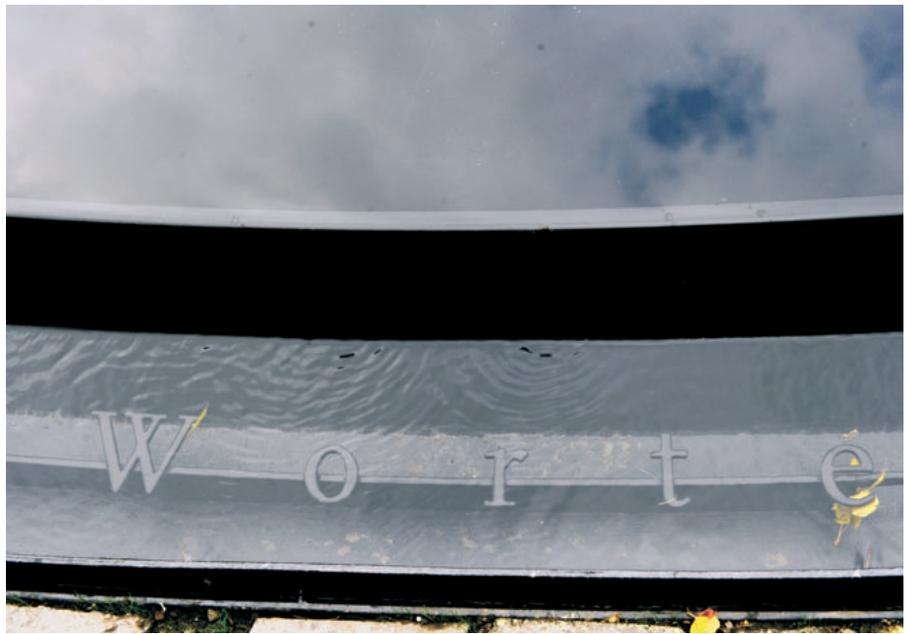
Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069/24 23 14-60, Fax: 069/24 23 14-71

info@interkulturellewoche.de

ner solchen Kritik häufig eingewendet, unter den ›Armutszuwanderern‹ seien eben überwiegend ›Roma‹. Eine Antwort auf solche Rechtfertigungen muss über den Einwand, über die Zahl der aus Rumänien und Bulgarien eingewanderten von Armut betroffenen Rom_nja könnten kaum valide Aussagen getroffen werden, hinausgehen und grundsätzlicher ansetzen. Die entscheidende Frage ist, warum Medien, Öffentlichkeit und Politik es für derart relevant halten, ob Migrant_innen aus Rumänien und Bulgarien einer bestimmten Minderheit angehören?

Ein Aspekt, für den diese Frage tatsächlich relevant sein kann, sind die Migrationsursachen im Heimatland, in der Forschung als push-Faktor bezeichnet. Es ist möglich, dass eine spezifische Form der Diskriminierung von Rom_nja und die daraus in vielen Fällen sich ergebende schlechte sozio-ökonomische Lage einen solchen push-Faktor darstellt. Doch interessanterweise findet die weit verbreitete Diskriminierung von Rom_nja in Rumänien und Bulgarien hauptsächlich dann Erwähnung, wenn Möglichkeiten diskutiert werden, wie eine ›Armutszuwanderung‹ begrenzt oder gestoppt werden könne. Ansonsten tritt der mögliche Zusammenhang von Diskriminierung und Migration in einem weit überwiegenden Anteil der Berichterstattung zu diesem Thema vollkommen in den Hintergrund oder wird überhaupt nicht erwähnt. Über diesen Zusammenhang hinaus besteht jedoch kein sinnvoller Grund auf die vermutete Minderheitenzugehörigkeit der Migrant_innen einzugehen.

Arme bulgarische oder rumänische Rom_nja haben keine Eigenschaften, die ihre Migration oder ihre Inklusion in die deutsche Gesellschaft anders oder komplizierter gestalten würden als die armer bulgarischer oder rumänischer Nicht-Rom_nja. Über die Frage nach der Minderheitenzugehörigkeit treten Eigenschaften in den Hintergrund, die sehr viel stärkeren Einfluss darauf haben, wie sich die Teilhabe von Migrant_innen an der deutschen Gesellschaft ausgestaltet. Auch unter armen bulgarischen und rumänischen Rom_nja gibt es – wie innerhalb vieler anderer Gruppen auch – Traditionsbewusste und Moderne; Karriere- und Familienmenschen; Landeier und Stadt-



Zentrales Mahnmal für ermordete Sinti und Roma in Berlin.

© epd-bild

menschen; streng Gläubige und Atheistische. Warum also wird ausgerechnet darauf hingewiesen, dass die ›Armutszuwanderer‹ ›Roma‹ seien?

Diese Verschmelzung der Begriffe ist nur zu verstehen, indem die Eigenschaften, die mit ›Armutszuwanderern‹ verknüpft werden, genauer analysiert werden. Mit dem Wort selbst ist zunächst die Vorstellung verknüpft, die so Bezeichneten wollten ihrer Armut entkommen. Dabei wird ›Armutszuwanderern‹ durchweg unterstellt, gesellschaftlich als abweichend angesehene oder sogar illegale Möglichkeiten dafür zu suchen, auf Kosten der ›Deutschen‹ zu leben: Durch ›Betteln‹, ›Prostitution‹ oder ›Diebstahl‹, insbesondere jedoch durch ›Sozialmissbrauch‹.

... ZUM ANTIZIGANISTISCHEN DISKURS

In der öffentlichen Debatte gehört es dabei spätestens seit Beginn des Jahres 2014 zum guten Ton darauf hinzuweisen, dass der überwiegende Teil der Migrant_innen aus Rumänien und Bulgarien gut ausgebildet sei und Deutschland ›nütze‹. Ist die starke Betonung der ›Nützlichkeit‹ von Migrant_innen als antirassistisch gemeintes Argument bereits äußerst fragwürdig, geht mit dieser Argumentation doch häufig die Einschränkung einher, problematisch sei nur der kleine Teil der ›Armutszuwanderer‹, die in bestimmte Brennpunkte zögen. So wurde zwar die

Wahrnehmung von ›Bulgaren und Rumänen‹ als ›Armutszuwanderer‹ hinterfragt, zugleich jedoch die durchgehende Gleichsetzung von ›Armutszuwanderung‹ und ›Roma‹ sowie die Wahrnehmung als ›Problem‹ sogar verstärkt.

Hier hat also eine Verschiebung der rassistischen Rhetorik stattgefunden. Wurde beim EU-Beitritt bspw. Polens noch die Angst geschürt, ›die Polen‹ könnten ›uns‹ die Arbeit wegnehmen, wird die Migration von Arbeitskräften in der Medienberichterstattung nun willkommen geheißt; stattdessen wird vor einer Überlastung der Sozialsysteme gewarnt. Hier lässt sich deutlich ein Unterschied zwischen einer spezifischen Form der Xenophobie auf der einen und Antiziganismus auf der anderen Seite verdeutlichen. Die Vorstellung einer ›parasitären‹ Lebensweise ist eines der Kernelemente des Antiziganismus, eine Angst davor, dass ›Roma‹ den ›Deutschen‹ die Arbeit wegnehmen könnten, besteht hingegen nicht. Solche stereotypen Vorstellungen schlagen sich auch in politischen Entscheidungen nieder. Entsprechend hat die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag festgeschrieben, man wolle ›der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken.‹

In der Debatte finden sich darüber hinaus antiziganistische Vorstellungen einer angeblichen ›Primitivität‹ der

Die Stadt Hannover verwendet in allen städtischen Kantinen das Wort „Zigeunerschnitzel“ nicht mehr. Sie reagiert damit auch auf eine Initiative des Forums für Sinti und Roma in Hannover.



Der Flyer beleuchtet verschiedene Facetten eines Rassismus, der sich gegen Sinti und Roma richtet, geht auf Vergangenheit und Gegenwart des Phänomens ein und beschreibt Gegenmaßnahmen.

Herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA), 2013

Kontakt und weitere Informationen:
Tel.: 0211 / 15 92 555
info@idaev.de | www.idaev.de

Was heißt eigentlich



Antiziganismus



›Roma‹ wieder, die sich in Vorurteilen über ›mangelnde Hygiene‹, ›Müll‹, ›Schulferne‹, ›Großfamilien‹ und ›Kinderreichtum‹ Bahn brechen. Gemein ist allen diesen Vorurteilen, dass sie in eine übergeordnete Erzählung der ›Roma‹/›Armutzuwanderer‹ als ›Problem‹ eingewoben werden. Die in Medien und politischer Öffentlichkeit verwendeten Bezeichnungen für eine Immobilie in Duisburg machen diesen antiziganistischen Gehalt der Debatte deutlich: Abwechselnd ist von »Roma-Haus« und von »Problem-Haus« die Rede. In der häufigen Verwendung des Kompositums »Roma-Problem« spitzt sich die Narration von ›Roma‹ als ›Problem‹ zu – dass in Einzelfällen gar »die Roma-Frage« diskutiert wird, offenbart darüber hinaus eine eklatante Geschichtsvergessenheit.

DIE PRÄGUNG DER WAHNBILDER

Für eine Kritik solcher Debatten ist es von großer Bedeutung, sich nicht auf die Ebene vermeintlicher Fakten zu geben. Zum einen ist es selbst mit den deutlichsten Fakten noch kaum gelungen, eine rassistische Vorstellung dauerhaft zu entkräften. Zum anderen

gesteht eine Antwort, die sich beispielsweise einem Vergleich statistischer Daten widmet, bereits zu, dass ein Zusammenhang bestehen könnte. Genau an diesem Punkt muss eine grundsätzliche Kritik des vorherrschenden Diskurses jedoch ansetzen: Welches denkbare Verhältnis sollte bestehen, zwischen ›Roma‹ und ›Problem‹? Worin sehen jene, die beispielsweise angeben, regelmäßig »Roma-Bettler« auf der Straße anzutreffen, den Zusammenhang von ›Roma‹ und ›Betteln‹?

Genau diese Vorstellung, es könnte überhaupt ein innerer Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer Gruppe von ca. 12 Millionen Menschen und einem sozialen Phänomen wie Betteln bestehen, macht vielmehr den Kern des Rassismus aus. Menschen betteln nicht, weil sie ›Roma‹ sind, sondern weil sie arm sind. Rom_nja, die nicht arm sind, betteln genauso wenig wie Nicht-Rom_nja, die nicht arm sind.

Dass in diesem Diskurs vielmehr das tradierte ›Zigeuner‹-Bild aufgerufen und im Terminus »Roma« aktualisiert wird, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass in den allermeisten Fällen auf jeg-

liche Differenzierungen verzichtet wird. Wenn also ›Armutzuwanderer‹ und ›Roma‹ gleichgesetzt wird, werden nicht nur alle ›Armutzuwanderer‹ zu ›Roma‹ erklärt, sondern im Gegenzug auch alle ›Roma‹ zu ›Armutzuwanderern‹. Adjektive wie »arm«, »obdachlos« oder »ungebildet«, die in den meisten Beiträgen innerhalb dieser Debatte zur Erläuterung notwendig wären, werden nicht verwendet, weil diese schon in einer solchen stereotypen Verwendungsweise des Wortes »Roma« mit transportiert werden. Wenn ein ZDF-Beitrag zum Thema ›Armutzuwanderung‹ den Titel »Sinti und Roma« trägt oder das Foto für einen Online-Artikel der Deutschen Welle zum gleichen Thema mit den Worten »Roma in Duisburg Rheinhausen« kommentiert wird, werden ›Roma‹ unterschiedslos zu ›Armutzuwanderern‹ erklärt. So wird in zahlreichen Veröffentlichungen und Kommentaren implizit auch die Existenz US-amerikanischer, brasilianischer, türkischer und eben auch deutscher Rom_nja sowie deutscher Sinti_ze negiert.

Eine Kritik der gegenwärtigen Debatte kommt nicht an diesem antiziganistischen Kern vorbei. Er ist es, der der Angstvorstellung von der ›Welle der Armutzuwanderung‹ ihre Dynamik verleiht und den Wahnbildern ihre Prägung gibt. Auch wenn der Terminus »Roma« nicht explizit genannt wird, die antiziganistische Einschreibung ist vorhanden und sie muss als solche kritisiert werden.

Markus End ist Diplom-Politologe und promoviert derzeit an der Technischen Universität Berlin zu Struktur und Funktionsweise des modernen Antiziganismus.

Markus End kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

Kontakt:
markus.end@googlemail.com

DYNAMIT AN DEN GRUNDLAGEN DER GEMEINSCHAFT

Norbert Mappes-Niediek

Eines hat die Debatte über Armutsflüchtlinge im vergangenen Winter in jedem Fall bewirkt: Die Personenfreizügigkeit in der EU, die mehr als 20 Jahre lang als wichtige Errungenschaft der europäischen Einigung galt, erscheint in Positionspapieren und Zeitungsartikeln immer öfter als »heilige Kuh«. Bis zum Ruf, sie zu schlachten, ist es da nicht mehr weit. Großbritanniens von Euro-Skeptikern bedrängter Premier David Cameron hat das Grundrecht auf Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger schon öffentlich als »Fehler« gebrandmarkt. Aber auch in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich klingen die Bekenntnisse zum europäischen Grundrecht schon nur mehr papieren.

Auslöser für eine Schubumkehr im europäischen Einigungsprozess könnten einige Zehntausend Dauerarbeitslose aus Rumänien und Bulgarien werden, die sich aus Elendsvierteln nach Westen aufgemacht haben. Von einer plötzlichen Welle kann man dabei nicht sprechen. Größere Gruppen kamen erstmals nach 1990 nach Italien, Deutschland und Frankreich. Seither riss die Migration nie ganz ab. Schon vorher hatten nicht selten große Familien den Eisernen Vorhang überwunden und sich vor allem in Italien und später in Deutschland niedergelassen.

Seit dem EU-Beitritt beider Länder 2007 können die Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien nicht mehr abgeschoben werden. Zwar kann eine Behörde feststellen, dass die »Voraussetzungen der Freizügigkeit« nicht gegeben sind: Das sind die Fähigkeit, den eigenen Unterhalt zu bestreiten, sowie eine Krankenversicherung. In dem Fall sind die EU-Zuwanderer »ausreisepflichtig«. Ein Wiedereinreiseverbot kann aber nur ausgesprochen werden, wenn sie die »öffentliche Sicherheit« gefährden, was nur für verurteilte Gewalttäter gilt. Entsprechend dienen große Abschiebungswellen, wie sie Frankreichs letzter Präsident Nicolas Sarkozy veranlasste, nur der »Beruhigung« oder im Gegenteil: der gezielten Aufstachelung der Bevölkerung, nicht der tatsächlichen Reduktion der Armutszuwanderung. Tatsächlich war die Hälfte der Abgeschobenen schon nach zwei Wochen wieder in Frankreich.

In der Öffentlichkeit werden die Betroffenen meistens als »Armutszuwanderer«, seltener als »Roma« qualifiziert.

Beide Begriffe sind umstritten. Von Armutszuwanderern zu sprechen macht aber durchaus Sinn: Gemeint sind Menschen, die schon in ihren Heimatländern im Elend lebten, keine Arbeit und meistens auch keine legale Unterkunft hatten und die mangels Sprachkenntnissen, Schulabschlüssen und Berufsausbildung auch in den Aufnahmeländern keine Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben. Die »Voraussetzungen der Freizügigkeit« liegen bei ihnen tatsächlich oft nicht vor: So können sie nicht plausibel machen, wovon sie leben. Wenigstens die rumänischen Staatsangehörigen unter ihnen sind in der Regel krankenversichert, auch wenn sie das oft nicht nachweisen können.

Das heißt aber nicht, dass es sich bei den Zuwanderern um »Sozialbetrüger« handeln würde, die nur auf Transferleistungen aus wären. Tatsächlich setzen sich die Armutszuwanderer in westeuropäischen Ländern ihren Lebensunterhalt auf die gleiche Weise zusammen, wie sie es auch in ihrer Heimat tun: Sie suchen »schwarze« Gelegenheitsjobs, sammeln Schrott, Metall oder Flaschen, treiben ein wenig Handel, bauen im Brachland Gemüse an, und wenn das nicht reicht, kommen auch Betteln, Prostitution und Diebereien hinzu. Transferzahlungen werden mitgenommen, wenn man von ihnen erfährt, wobei das System der Bedingungen, an die Sozialleistungen geknüpft sind, den Zuwanderern nicht nur unbekannt, sondern prinzipiell unverständlich ist: Dass Behörden sich ohne Ansehen der Person an Recht und Gesetz halten, sind sie nicht gewöhnt.



© Lupi Spuma

Schwieriger ist es mit der Qualifizierung als »Roma«. Fragt man sie, werden sich die wenigsten Armutszuwanderer selbst so bezeichnen. Tatsache ist aber, dass sie meistens familienweise reisen und zu Hause in Quartieren leben, die allgemein als Roma-Viertel bekannt sind. Nach der Wende um das Jahr 1990 und dem folgenden Zusammenbruch der Industrie in den vormals sozialistischen Ländern sind überall am Rande südosteuropäischer Städte große Elendsviertel entstanden, in denen vor allem, aber nicht nur Roma lebten.

Der Grund für diese ethnische Trennung reicht weit in die Vergangenheit zurück: In Südosteuropa waren die Roma, die sich dort seit dem Mittelalter angesiedelt hatten, billige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gewesen, in Rumänien bis 1855/56 sogar Sklaven. Nach der Befreiung wurde ihnen kein Land zugeteilt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sie als Arbeitskräfte wieder gebraucht, zogen in die Städte und bekamen einfache Jobs in der Industrie. Nach deren Niedergang verlor die große Mehrheit – nicht nur der Roma – ihre Arbeit. Millionen ethnische Rumänen und Bulgaren gingen wieder aufs Land, denn dort hatten sie im Zuge der Restitution vergesellschafteten Eigentums die kleinen Parzellen ihrer Großeltern rückerstattet bekommen und konnten – recht und schlecht – davon leben. Die Roma aber gingen leer aus, weil auch ihre Großeltern nichts besessen hatten. Sie

FILM: AUS DEM LEBEN EINES SCHROTTSAMMLERS



■ Tuzla, Bosnien und Herzegowina, im Winter. Nazif schlachtet mit einem Freund bei bitterer Kälte ein altes Auto aus, um jedes verwertbare Teil beim örtlichen Schrotthändler zu verkaufen. Von dem kargen Lohn ernährt der Familienvater seine Frau Sénada, seine zwei kleinen Töchter und sich. Die Roma-Familie kommt gerade so über die Runden. Trotzdem freuen sie sich auf das dritte Kind. Bis Sénada eines Tages über starke Bauchschmerzen klagt und erfährt, dass ihr ungeborener Sohn tot ist. Sie braucht dringend medizinische Hilfe. Doch die Situation scheint ausweglos: Die Krankenhäuser weisen sie ab, da die Familie weder versichert ist noch die 500 € für den Eingriff aufbringen kann. Ein Kampf gegen die Zeit, den Tod und die Hoffnungslosigkeit beginnt ...

AUS DEM LEBEN EINES SCHROTTSAMMLERS ist ein bewegender Film über eine Roma-Familie und die wahre Geschichte aus dem Leben von Sénada und Nazif, die sich als Laiendarsteller selbst spielen. In eindringlichen Bildern im Stile einer Dokumentation fängt Regisseur Danis Tanović das Familienschicksal als stiller Beobachter ein und zeichnet so ein unverfälschtes Bild von der Armut am Rande des heutigen Europas.

■ Weitere Informationen: www.drei-freunde.de

■ Kontakt: drei-freunde Filmverleih, Dorothee Tobias
Tel.: 0 70 22 / 979 24 67 | tobias@drei-freunde.de

füllten seither die Elendsviertel. In den größten Roma-Quartieren in Skopje, Plowdiw und Bukarest leben jeweils bis zu 50.000 Menschen.

Der »Push-Faktor« für die verstärkte Migration aus diesen Vierteln ist die zunehmend aussichtslose Situation. Die Boomjahre um den EU-Beitritt, vor allem davor, waren schon 2008 vorbei. In Bulgarien ist es im Winter 2012/13 zu einer Art Hungerrevolte gekommen, die allerdings nicht von Roma getragen war. Zudem haben manche Länder (Slowakei, Ungarn, Rumänien) ihre Transferzahlungen erheblich gekürzt.

Der »Pull-Faktor« ist allgemein der deutlich höhere Lebensstandard in Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Frankreich, aber auch in Spanien und Italien. Entgegen landläufiger Meinung sind es nicht konkrete Sozialleistungen, die Armutszuwandernde anziehen. Die Grundregel des Überlebens im Slum erfordert, nie alles auf eine Karte zu setzen, auch nicht auf einen Arbeitsplatz oder gar eine Sozialleis-

tung, deren Sinn und Hintergrund man gar nicht durchschaut. Tatsächlich haben im ganzen Ruhrgebiet Roma aus Südosteuropa Schrotthandelsbetriebe eröffnet, andere bevölkern den Arbeiterstrich. Nach Dortmund kamen als erste türkischsprachige Frauen aus Plowdiw, die sich überwiegend türkischsprachigen Freiern anboten. In Duisburg waren es hohe Leerstände in Abbruchhäusern, die Zuwanderer anzogen. Die Beispiele zeigen, dass die Zuwanderer durchaus bereit und in der Lage sind, Verantwortung für ihre Lebensgestaltung zu übernehmen, nur eben auf dem Niveau, das ihnen zu Gebote steht. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für Integration erfüllt.

Angedacht wird in Berlin zurzeit, schon beim Fehlen der »Voraussetzungen für die Freizügigkeit« künftig Wiedereinreiseverbote zuzulassen. Das würde Deutschland und anderen westlichen EU-Ländern theoretisch die Möglichkeit geben, die Zuwanderung aus Südosteuropa zu steuern und zwischen arbeitsmarktkompatiblen und anderen

Zuwanderern zu unterscheiden. Ob sich diese Möglichkeit praktisch auswirken würde, muss man sehr bezweifeln. Wer illegal zuwandert, was für Südosteuropäer angesichts offener Grenzen und zahlreicher Anknüpfungspunkte im Aufnahmeland ein Leichtes ist, ist für Integrationsbemühungen nicht erreichbar und auf jeden Fall darauf angewiesen, seinen Unterhalt auf illegale Weise zu verdienen. Schon die Abschiebung von Roma aus dem Kosovo seit 2008 muss als gescheitert angesehen werden; der weitaus größte Teil ist illegal nach Deutschland zurückgekehrt.

Die Einschränkung der Freizügigkeit wäre aber Dynamit an den Grundlagen der Gemeinschaft. Begründet werden die Pläne meistens mit der Akzeptanz der Freizügigkeit, die durch »Missbrauch« gefährdet sei. Missbrauch wäre es aber erst recht, wenn die reicheren EU-Länder nach wie vor etwa ganze Jahrgänge von Medizin-Absolventen aus Rumänien abzögen, um ihren eigenen Ärztemangel zu kompensieren – aus einem Land, das schon heute die niedrigste Ärztedichte in Europa hat –, und gleichzeitig den potenziellen Patienten dieser Ärzte die Migration verboten würde. Von der Akzeptanz der Union in den ärmeren Mitgliedsländern ist dagegen nie die Rede. Sie wird aber zunehmend zum Problem. Bis zum Einbruch der Krise wurde die Gemeinschaft von der Angleichung der Lebensverhältnisse der neuen Mitglieder – erst in Süd- und dann in Osteuropa – zusammengehalten. Seither fehlt dieser Kitt; die Lebensverhältnisse entwickeln sich auseinander. Schließt man in dieser Lage mit der Erschwerung der Zuwanderung auch noch ein Ventil, so befördert man die Explosion. Die Union verlore ihre Attraktivität auch für die verbliebenen Kandidatenstaaten in der Region, womit zugleich der entscheidende Impuls für demokratische und rechtsstaatliche Reformen wegfiel.

■ Norbert Mappes-Niediek ist Journalist und schreibt für verschiedene Zeitungen.

■ Kontakt:
Norbert Mappes-Niediek
Tel.: +43(0) 316 225 48 31
mappes-niediek@hinter-wien.com

»DAS RECHT AUF EIN LEBEN IN WÜRDE – FREIZÜGIGKEIT IN EUROPA«

Dr. Barbara Weiser und Norbert Grehl-Schmitt

»WER BETRÜGT, FLIEGT«

Diese griffige Formel der Christlich-Sozialen Union in der öffentlichen Debatte um die Zuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien suggeriert gleich zweierlei: Es gibt unter den Zuwandernden eine nennenswerte Zahl von Betrügenden und der Staat zeigt unnachsichtige Härte – und schiebt deshalb Unionsbürger_innen ab. Was als populistischer Stimmenfang gedacht war, fiel schnell auf die Autoren selbst zurück. Sachargumente offenbarten schnell, so geht das nicht. Die Zuwanderung (aus der EU) ist ein lukratives Geschäft für Steuer- und Sozialversicherungsaufkommen in Deutschland: stehen doch mehr als 50 Prozent der bei uns lebenden Menschen aus Rumänien und Bulgarien in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, ist deren Arbeitslosenquote mit ca. 7,4 Prozent wenig dramatisch und ein Anteil von etwa 10 Prozent SGB II-Hilfempfängern wenig geeignet, sich Sorgen um den Bundeshaushalt zu machen. Hochdramatisch ist für die neuen Mitgliedstaaten hingegen die Abwanderung Hochqualifizierter (brain drain) aus ihrem Land.

Natürlich darf nicht verschwiegen werden, dass die Zuwanderung in manchen Städten zu unhaltbaren Lebens-



© Frank Diehm

umständen geführt hat, unter denen Menschen in nahezu schutzfreien und verslumten Lebensräumen ihr Dasein fristen, und deren Behebung die Kommunen vor große Herausforderungen stellt.

Soll diese Armut mit der Suggestion aus der Welt geschafft werden, es erfolge in betrügerischer Absicht eine Einwanderung in die Sozialsysteme, gibt es Armut in Rumänien und Bulgarien am Ende gar nicht? Erleben wir gar eine neue Qualität in der Migrationsdebatte, die Teilhabe am Sozialstaat über Leistung und Volkszugehörigkeit definiert?

Diese Fragen lassen es sinnvoll erscheinen, zunächst einmal die vorhandenen Rechtskonstitutionen in das Blickfeld zu nehmen; also zu klären, welche verbindlichen rechtlichen Bedingungen diesem Diskurs zugrunde liegen.

DIE FREIZÜGIGKEIT INNERHALB DER EU

Nach Art. 15 Abs. 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sowie nach Art. 45 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU haben alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger die Freiheit, in jedem Mitgliedstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört zu den vier Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes und damit zum Kernbestandteil des für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich geltenden Gemeinschaftsrechtes.

Art. 6 ff der Freizügigkeitsrichtlinie beschreibt, unter welchen Voraussetzungen sich Unionsbürger_innen und ihre Familienangehörigen in einem anderen EU-Mitgliedstaat aufhalten dürfen. Die Umsetzung dieser Richtlinie erfolgte in Deutschland durch das »Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern«. Danach sind Unionsbürger_innen für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten freizügigkeitsbe-



Foto: privat

rechtigt, ohne dass weitere Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Darüber hinaus sind Unionsbürger_innen vor allem dann freizügigkeitsberechtigt, wenn sie sich als Arbeitnehmer_innen zur Arbeitsuche, zur Berufsausbildung oder als selbständige Erwerbstätige in Deutschland aufhalten wollen. Gleiches gilt auch für deren Familienangehörige. Die deutschen Verwaltungsvorschriften zum Freizügigkeitsgesetz/EU schränken diese Regelung insofern ein, als sie darauf abstellen, dass für Arbeitssuchende eine begründete Aussicht bestehen muss, einen Arbeitsplatz zu finden. Dies sei anzunehmen, wenn die Bewerbungen aufgrund der Qualifikation und des aktuellen Bedarfs am Arbeitsmarkt voraussichtlich erfolgreich sein werden.

Das Freizügigkeitsrecht besteht auch bei einer vorübergehenden Einschränkung der Erwerbsfähigkeit wegen einer Krankheit oder eines Unfalls und – unter bestimmten Voraussetzungen – bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit sowie beim Beginn einer Berufsausbildung weiter.

Nicht erwerbstätige Unionsbürger und ihre Familienangehörigen sind freizügigkeitsberechtigt, wenn sie über ausreichenden Krankenversicherungsschutz und ausreichende Existenzmittel verfügen.

GILT FREIZÜGIGKEIT UNEINGESCHRÄNKT?

Wenn die Voraussetzungen für das Bestehen des Freizügigkeitsrechts, z. B. der Arbeitnehmerstatus durch Erreichen des Rentenalters, innerhalb der ersten fünf Jahre des Aufenthalts weggefallen sind, kann der Verlust des Freizügigkeitsrechts festgestellt werden. Die Ausländerbehörde trifft eine Ermessensentscheidung, ob der Verlust des Freizügigkeitsrechtes festgestellt wird. Nur wenn diese Feststellung erfolgt, wird der Unionsbürger ausreisepflichtig.

Insbesondere bei Arbeitnehmer_innen und Arbeitsuchenden setzt das Bestehen des Freizügigkeitsrechtes nicht voraus, dass der Lebensunterhalt unabhängig von Sozialleistungen gesichert werden kann. Daher führt der Bezug von Sozialleistungen hier nicht zu einem Verlust des Freizügigkeitsrechtes.

Demgegenüber ist bei nicht erwerbstätigen Unionsbürger und ihren Familienangehörigen das Vorhandensein ausreichender Existenzmittel erforderlich für das Bestehen des Freizügigkeitsrechtes.

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes soll die in der Freizügigkeitsrichtlinie geregelte Aufenthaltsvoraussetzung, über ausreichende Existenzmittel zu verfügen, lediglich verhindern, dass Sozialhilfeleistungen des Aufnahmemitgliedstaates »unangemessen« in Anspruch genommen werden. Hierfür genügt allein die Beantragung oder der Bezug von Sozialhilfeleistungen nicht als Beleg, sondern dies kann lediglich als ein Anhaltspunkt für das Fehlen ausreichender Existenzmittel angesehen werden. Um die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts zu beurteilen, ist eine umfassende Beurteilung vorzunehmen. Ob der Aufenthalt eines Unionsangehörigen rechtmäßig ist, liegt danach nicht nur an seiner individuellen Situation, sondern auch daran, welche Belastungswirkung sich aus der konkreten Leistungsgewährung für das nationale Sozialhilfesystem ergibt.

Zum anderen kann der Verlust des Freizügigkeitsrechtes nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit festgestellt werden, etwa wenn eine strafrechtliche Verurteilung vorliegt und zudem eine tatsächliche und hinreichend schwere Gefährdung besteht. Entscheidungen, die den Verlust des Aufenthaltsrechtes betreffen,

dürfen nicht zu wirtschaftlichen Zwecken getroffen werden.

DIE ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Unionsbürger_innen bedeutet, dass sie in jedem EU-Mitgliedsstaat uneingeschränkt als Arbeitnehmer_innen arbeiten und sich selbständig machen dürfen. Bei der Erweiterung der Europäischen Union 2004 wurde erstmals vereinbart, dass die Mitgliedstaaten hiervon bei Arbeitnehmer_innen aus den Beitrittsländern für einen Zeitraum von maximal sieben Jahren Ausnahmen machen können, wovon Deutschland umfassend Gebrauch gemacht hat. Gleiches wurde auch bei den weiteren EU-Beitritten festgelegt, was zur Folge hatte, dass rumänischen und bulgarischen Arbeitnehmer_innen bis Ende 2013 in Deutschland nur unter bestimmten Voraussetzungen die von ihnen benötigte Arbeitsgenehmigung-EU erteilt wurde; diese Einschränkung gilt gegenwärtig noch für kroatische Staatsangehörige.

SOZIALLEISTUNGEN FÜR UNIONS- BÜRGER_INNEN

Dabei geht es vor allem darum, ob und in welchem Umfang Unionsbürger_innen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in Anspruch nehmen können.

Nach dem Sozialgesetzbuch II erhalten erwerbsfähige Personen, die hilfebedürftig sind, als Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts das so genannte Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«). Das SGB II schließt allerdings bislang Unionsbürger_innen in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts und beim Aufenthalt zum Zwecke der Arbeitsuche von dieser Leistung aus; Leistungen der Sozialhilfe nach SGB XII erhalten diese Gruppen nicht, wenn die Personen erwerbsfähig sind.

Der Ausschluss von den Leistungen des SGB II verstößt allerdings wohl gegen höherrangiges Unionsrecht, etwa gegen europarechtliche Diskriminierungsverbote: Die Rechtsprechung der Sozialgerichte kommt überwiegend zu dem Ergebnis, dass der Ausschluss der arbeitssuchenden Unionsbürger_innen nicht mit Unionsrecht vereinbar ist. Das Bundessozialgericht hat in einem ent-

DEUTSCHLANDS NEUE SLUMS DAS GESCHÄFT MIT DEN ARMUTSEINWANDERERN



© PHOENIX/WDR

■ Fast ein Jahr lang haben Monitor-Reporterin Isabel Schayani und der Autor Esat Mogul bulgarische und rumänische Einwanderer begleitet. Die eindrucksvolle Reportage eignet sich für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche. Wir empfehlen, eine moderierte Diskussion im Anschluss an den Film anzubieten.

■ Der Film kann für öffentliche Veranstaltungen kostenpflichtig beim WDR angefordert werden. Bitte wenden Sie sich dafür an: mitschnitt@wdrmg.de

sprechenden Verfahren im Dezember 2013 keine Entscheidung getroffen, sondern das Verfahren ausgesetzt und dem EuGH u. a. diese Frage zur Prüfung vorgelegt.

Der vollständige Ausschluss von Unionsbürger_innen in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts und beim Aufenthalt zum Zwecke der Arbeitssuche von sämtlichen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts verstößt jedoch auch gegen das Grundgesetz:

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts garantiert Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. »Art. 1 Abs. 1 GG begründet diesen Anspruch als Menschenrecht. Er umfasst sowohl die physische Existenz des Menschen als auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Das Grundrecht steht deutschen und ausländischen Staatsangehörigen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, gleichermaßen zu.«

Danach hat diese Gruppe, soweit der Zugang zu den Leistungen des SGB II nicht sichergestellt ist, im Einzelfall jedenfalls einen Anspruch auf die Gewährung der unabweisbar gebotenen Leistungen. Es ist also z. B. mindestens sicherzustellen, dass Hilfesuchende nicht obdachlos bleiben oder werden, nicht hungern müssen oder dass eine medizinische Versorgung bei akuten Erkrankungen gewährt wird.

Nicht im Sinne des SGB II erwerbsfähige Personen haben einen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII. Ausgeschlossen hiervon sind nach § 23 Abs. 3 SGB XII allerdings Ausländer_innen, die zum Zwecke der Arbeitssuche oder des Sozialleistungsbezugs eingereist sind. Aber auch hier besteht im Einzelfall wegen der grundgesetzlichen Vorgaben zumindest ein Anspruch auf die Gewährung der unabweisbar gebotenen Leistungen.

Aber auch zu anderen Sozialleistungen haben freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger_innen nicht uneingeschränkt

Rassismus führt zu Wahrnehmungs- störungen und verursacht Inkompetenz.



PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

www.proasyl.de

Zugang: Während Familienleistungen (Kindergeld, Elterngeld und Unterhaltsvorschuss) oder Wohngeld uneingeschränkt in Anspruch genommen werden können, müssen für die Gewährung von BAföG-Leistungen oder einer Berufsausbildungsbeihilfe bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt sein.

»DIE MENSCHENWÜRDE IST UNTEILBAR«

Was das Bundesverfassungsgericht im Juli 2012 für Asylsuchende feststellte, gilt gleichermaßen für jeden anderen Menschen, der sich in Deutschland aufhält: unsere Verfassung gewährleistet, dass jeder Mensch ein Leben in Würde führen kann. Das lässt sich weder ordnungs- noch migrationspolitisch relativieren. Gerät ein Mensch in Not, dann ist es zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Lebens belanglos, aus welchem Grund die Notlage entstanden ist.

Vor diesem Hintergrund stellt die öffentliche Debatte um eine vermeintliche Armutsmigration nicht nur dieses Sozialstaatsprinzip auf den Kopf, sondern ist vor allem ein hoch riskantes Spiel mit dem Feuer. Sind es doch gerade nationalistische Kreise, die vor nicht allzu langer Zeit soziale Themen für sich entdeckt und in einen stramm nationalen Zusammenhang gestellt haben. Da kommen populistische Bedrohungsszenarien gerade recht, um auf diesem Ticket einige Akzeptanzgrade höher zu steigen. Kommen dann noch rassistische Verirrungen hinzu, sind es also die Roma, vor denen wir uns in Acht nehmen müssen, kann das schnell für eine Eskalation rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalt genutzt werden.

Die Debatte lenkt vor allem davon ab, dass es immer wieder auch ausbeuterische Arbeitsverhältnisse sind, die zu einer Hilfebedürftigkeit von Arbeitsmigranten_innen führen. Solange ein großer Teil insbesondere des produzierenden Gewerbes auf Leiharbeit und Werkverträge oder auf Solo-Selbständigkeit setzt, solange es genügend Strategien zur Umgehung arbeitsrechtlicher Mindeststandards gibt, solange bleibt ein auskömmlicher Lohn für Arbeitsmigranten_innen ein selten erreichtes Ziel.

Wir tun also gut daran, für gerechte Löhne zu streiten und die Errungen-schaften europäischer Solidaritätsprinzipien gegen einen Wohlstandschauvinismus zu verteidigen, der zwar von der europäischen Integration profitieren will, aber jeden solidarischen Beitrag zur Herstellung gerechter und gleicher Lebensverhältnisse in Europa ablehnt.

■ Kontakt:

Norbert Grehl-Schmitt
Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.
Tel.: 0541 / 349 78 - 161
NGrehl-Schmitt@caritas-os.de

Dr. Barbara Weiser
Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.
Tel.: 0541 / 34 96 98 19
BWeiser@caritas-os.de

Den Volltext mit weiterführenden Hinweisen finden Sie unter:
www.interkulturellewoche.de/heft/2014

DER EUROPÄISCHE TRAUM

Dr. Dieter Heidtmann

Die Nachrichten, die heute mit der Europäischen Union verbunden werden, gleichen eher einem Albtraum als einem Traum: Menschen, die auf der Flucht nach Europa vor den Küsten des Mittelmeers hilflos ertrinken und Staaten, die ihre Überschuldung durch Sparprogramme bekämpfen, die Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit, die Chancenlosigkeit und in die Armut treiben. Was ist aus den Träumen geworden, die einmal die europäische Einigung geprägt haben?

EUROPÄISCHE TRÄUME UND VISIONEN

Am Anfang der Geschichte Europas stand eine Vision: Als der Göttervater Zeus die liebliche Europa, die Tochter Asiens, entdeckt und von ihrer Schönheit hingerissen ist, entführt er sie mit den Worten: »Sei unbesorgt, du Schöne, denn einer herrlichen Zukunft trage ich dich entgegen!«

Am Anfang der Geschichte des christlichen Glaubens in Europa stand ebenfalls ein Traum: Dem Apostel Paulus erschien auf seiner Missionsreise entlang der Westküste der heutigen Türkei mitten in der Nacht »ein Mann aus Mazedonien«. Dieser bittet ihn, »komm herüber und hilf uns«. Die Apostelgeschichte berichtet, wie Paulus mit seinen Begleitern umgehend nach Griechenland aufbricht, »gewiss, dass uns Gott dahin berufen hatte, ihnen das Evangelium zu predigen« (Apostelgeschichte 16,9-10). Sie nehmen das nächste Schiff und gelangen in die römische Kolonie Philippi, wo sie bei einer gottesfürchtigen Frau mit Namen Lydia, einer Purpurchändlerin aus der Stadt Thyatira Aufnahme finden. Lydia bildet dann mit ihrer Familie den Kern der ersten europäischen Gemeinde. Diese Geschichte ist aus verschiedenen Gründen spannend. Sie erinnert daran, dass die Wurzeln der christlichen Kultur in Kleinasien liegen, auf der anderen Seite des Mittelmeers. Die erste europäische Christin war demnach eine Frau aus der heutigen Türkei, im Übrigen keine rechtlose und verfolgte Frau, sondern eine wohlhabende Tuchhändlerin. Lydia hat nach der Apostelgeschichte auch die erste christliche Gemeinde in Europa geleitet. Eine reiche türkische Frau als Leiterin der Gemeinde – vielen unserer Kirchen fehlt heute die Vorstellungskraft für eine Situati-

on, die vor 2000 Jahren eine selbstverständliche interkulturelle Realität in Europa war.

Am Anfang des europäischen Einigungsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg stand auch ein Traum. Am 9. Mai 1950 gab der französische Außenminister Robert Schuman eine Erklärung ab, die den Grundstein für die heutige Europäische Union legte. Auf der Grundlage eines Konzepts von Jean Monnet schlug er vor, die westeuropäische Stahl- und Kohleindustrie zusammenzuschließen, um gemeinsam in Europa Frieden, Freiheit und Wohlstand zu schaffen. Schuman erklärte: »Europa lässt sich nicht mit einem Schläge herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.« Die Größe der Aufgabe, die hier angegangen wurde, war Schuman sehr bewusst. »Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.«

WAS IST AUS DIESEM TRAUM GEWORDEN?

Die Vision eines geeinten Europas, das gemeinsam für Frieden, Freiheit und Wohlstand einsteht, ist in den vergangenen Jahrzehnten in einem Maße verwirklicht worden, wie es sich Robert Schuman nicht hätte träumen lassen. Ein Krieg ist zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union undenkbar geworden. Die Union sichert, manchmal auch gegen schwierige nationale Bedingungen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Innerhalb der EU wurden die Grenzen für Bürgerinnen und Bürger, Güter und Dienstleistungen in hohem Maße abgebaut. In vielen EU-Staaten hat dies nach dem Krieg zu



© Martina Weiblinger

einem Wohlstand geführt, der 1950 unvorstellbar war.

Seit einigen Jahren jedoch stagniert die innere Entwicklung Europas. Vielleicht auch, weil Frieden und Freiheit in Europa inzwischen so selbstverständlich geworden sind, dass die Europäische Union inzwischen vor allem über ihre Krisen wahrgenommen wird. Die Wirtschafts- und Schuldenkrise, die Krise der demokratischen Mitwirkung, die Abschottung der Grenzen der Mitgliedstaaten nach außen bestimmen die Wahrnehmung der EU. Diese Krisen bedrohen den Traum eines gemeinsamen Europas, weil sie das Wohlergehen der Menschen bedrohen. Sie führen zu sozialen Ungerechtigkeiten, die die europäischen Gesellschaften spalten. Sie führen zur Aushöhlung der europäischen Institutionen und damit auch der europäischen Demokratie. Sie bewirken, dass die Menschen die europäische Einigung eher als Bedrohung denn als Verheißung wahrnehmen.

WOFÜR STEHT DIE EUROPÄISCHE UNION?

Nach dem geltenden EU-Vertrag sind »die Werte, auf die sich die Union gründet ... die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten

angehören« (Art. 2 EUV). Das Ziel der EU ist, »den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern«. Dazu bietet die Union ihren Bürgerinnen und Bürgern »einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen«. Sie wirkt auf »eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. ... Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Sie wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas« (Art. 3 EUV).

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit, kultureller Reichtum und Vielfalt. Wollen wir die-

sen Traum wirklich aufgeben? Entscheidend für die Zukunft Europas ist, dass die Menschen wahrnehmen, wofür die EU wirklich steht und wo sie als Buhmann für das Versagen der nationalen Regierungen herhalten muss. Die Entscheidungen zur Finanz- und Schuldenkrise wurden eben nicht auf dem vorgesehenen demokratischen Weg durch die europäischen Institutionen getroffen, sondern durch die Regierungen der Mitgliedstaaten – gelegentlich Sonntagnacht kurz vor Öffnung der Börse in Tokio und in geschlossenen Sitzungen ohne jegliche demokratische Kontrolle.

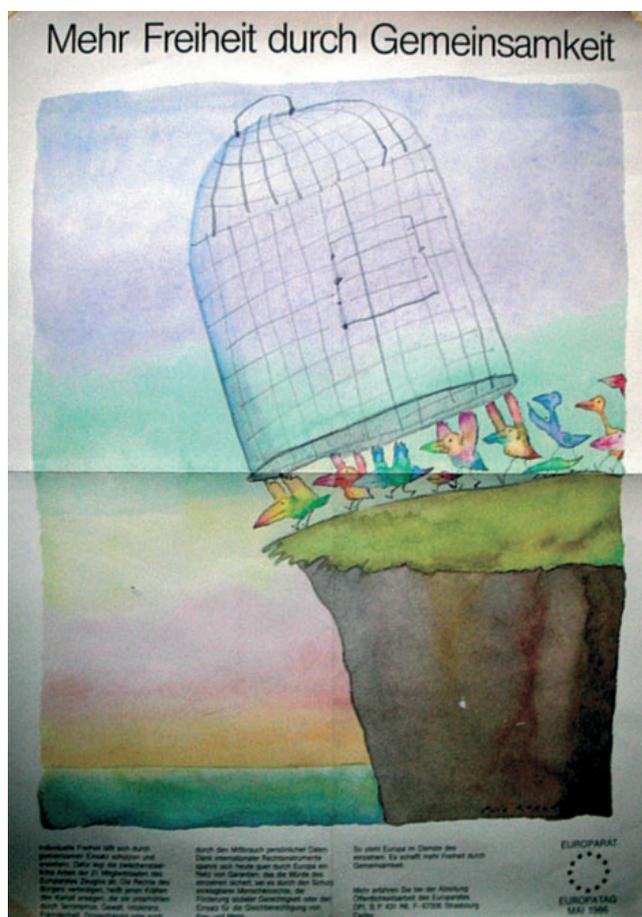
Eine »gemeinsame Politik in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Kontrollen an den Außengrenzen, die sich auf die Solidarität der Mitgliedstaaten gründet und gegenüber Drittstaatsangehörigen angemessen ist«, wie sie Art. 67 des EU-Vertrags fordert, gibt es bisher leider nicht. Dabei ist als Maßstab für diese Politik festgelegt: »Die Union bildet einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem die Grundrechte und die verschiedenen Rechtsordnungen und -traditionen der Mitgliedstaaten geachtet werden.«

Welch ferner Traum für die Menschen, die in Europa Schutz vor Not und Vertreibung suchen und von den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen abgewiesen werden!

MEIN TRAUM VON EUROPA

Wenn wir den Traum eines gemeinsamen Europas in Frieden, Freiheit und Wohlstand auch in Zukunft weiter verwirklichen wollen, müssen wir die demokratischen Institutionen in Europa stärken. Das ist insbesondere das Europaparlament. Europa wird nur dann eine Zukunft haben, wenn es stärker durch die Menschen mitgestaltet werden kann. Wir sollten diese grandiose Idee nicht zugrunde gehen lassen. Das sind wir insbesondere den Menschen schuldig, die von Frieden, Freiheit und Wohlstand in der EU bisher nur träumen können.

Auf einem Plakat des Europarats sieht man eine Schar bunter Vögel, die gemeinsam ihren Käfig über eine Klippe werfen. Darunter steht »Mehr Freiheit durch Gemeinsamkeit«. Das Bild stammt aus den Achtzigerjahren, als es noch ein großer Traum war, ganz Europa in Frieden und Freiheit zu vereinen. Ich finde, es ist immer noch ein schönes Bild für die Zukunft Europas: eine bunte, vielfältige Schar von Menschen, die gemeinsam ihre Zukunft gestalten. Damit das gelingt, brauchen wir mehr Europa statt weniger.



■ Pfarrer Dr. Dieter Heidtmann ist Studienleiter für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsethik an der Evangelischen Akademie Bad Boll. Von 2004 bis 2010 arbeitete der ev. Theologe und Politikwissenschaftler als Vertreter der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) in Brüssel.

■ Kontakt:
Tel.: 07164 / 79 - 365
dieter.heidtmann@ev-akademie-boll.de

AGIEREN STATT REAGIEREN

Prof. Dr. Martin Gillo

»Warum kommen Flüchtlinge nach Deutschland?« Diese Frage wurde mir bei einer Veranstaltung in einer sächsischen Kommune gestellt, bei der es um die Errichtung einer neuen Gemeinschaftsunterkunft ging. Eingeladen hatte der Bürgermeister, moderiert wurde das Treffen von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Die Bürgerinnen und Bürger hatten viele Fragen an uns, die sie bewegten: Warum gerade bei uns? Warum so viele? Warum kommen Flüchtlinge überhaupt hierher? Warum sind sie bereit, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um ihre Heimat zu verlassen?

Die Antwort hat viele Facetten. Not, Elend und Gefahren für Leib und Leben vertreiben viele Menschen aus ihrer Heimat. Aber auch die Hoffnung ist ein großer Magnet. Menschen wollen ein besseres Leben, für sich selbst, für ihre Kinder. Sie wollen in Freiheit und Sicherheit leben. Nie mehr Krieg! Nie mehr hungern müssen! Nie mehr Terror und Verfolgung! Bildung für alle Kinder, auch für die Töchter! Keine Zwangsverheiratung! Sagen können, was man denkt. Nicht mit dem Tod bedroht werden, nur weil man anders liebt, oder glaubt oder aussieht. Und zur vollständigen Antwort gehört auch der Aspekt, dass sie vielleicht »nur« ein besseres Leben suchen, die Chance zu kleinem Wohlstand. Auch sie wollen ihres eigenen Glückes Schmied sein, ihre Träume zur Erfüllung bringen. Jeder kann das nachvollziehen.

Statt dieser langen Antwort gab ich eine kurze. Und sie brachte den Saal zum Kochen: »Niemand kommt des Geldes wegen nach Deutschland.« Zu mehr kam ich nicht. Stattdessen wurde ich zum Blitzableiter der Gefühle im Saal.

Natürlich kommen Flüchtlinge wegen des Geldes nach Deutschland. Auch! Aber es ist nicht der absolute Betrag, der so attraktiv ist. Attraktiv ist unser Land selbst, seine Wirtschaftskraft, seine Sicherheit, seine freiheitliche demokratische Grundordnung. Und so unbequem es sein mag: Zur weltoffenen Gesellschaft gehört auch ein Klima der Offenheit solchen Fragen gegenüber. Nur dann werden wir den Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft wahren können. Was meine ich damit?

1. Wir brauchen Augenmaß im öffentlichen Umgang mit den steigenden Flüchtlingszahlen. Wir sollten sie weder wegdiskutieren noch dramatisieren, sondern die Aufgaben in einer transparenten Balance zwischen Ordnungsstaatlichkeit und menschenwürdiger Begleitung gestalten. Sagen wir deutlich, dass wir heute stärker gefordert sind, weil wir mehr Flüchtlinge aufnehmen müssen und gehen wir damit konstruktiv um.

2. Die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen braucht verbindliche Standards. Deshalb haben wir in Sachsen den »Heim-TÜV« entwickelt, mit dem wir die sächsischen Gemeinschaftsunterkünfte regelmäßig überprüfen. Das hat in den vergangenen vier Jahren zu einer nachhaltigen Verbesserung der Unterbringungsbedingungen geführt. Neue Unterkünfte werden heute gleich nach diesen Standards eingerichtet. Hinschauen lohnt sich also!

3. Kommunizieren wir offen: Es gibt Vorbehalte und Ängste, wenn Menschen hören, dass in ihrer Nachbarschaft Flüchtlinge untergebracht werden. Hier ist Dialog gefragt. Bürger, demokratische Parteien, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände, zivilgesellschaftliche Initiativen und die Verwaltung gehören an einen Tisch, um konstruktive Lösungen zu finden. Unsere Erfahrung ist: Überall dort, wo es diesen Dialog gab, wurde das Spielfeld für Populisten und Rechtsextreme kleiner.

4. Flüchtlinge sind unsere Mitmenschen, und als solche haben sie ein Recht auf soziale Inklusion, solange sie bei uns leben. Der wichtigste Schritt dazu bleibt der Zugang zur deutschen Sprache. Deshalb fordern wir »Deutsch für alle«. Dazu zählen aber auch Bildung für die Kinder, Angebote für Analphabeten und Möglichkeiten zur Beschäftigung – sei es über den Zugang zum Ar-

FAKTEN UND ARGUMENTE ZUR DEBATTE ÜBER FLÜCHTLINGE IN DEUTSCHLAND UND EUROPA.

Kurz und griffig wird hier auf die gängigen Vorurteile gegen Asylbewerber und Flüchtlinge eingegangen, die Broschüre passt in jede Hosentasche und eignet sich dadurch auch perfekt zum Verteilen auf Veranstaltungen.

Die Broschüre wurde im Februar 2014 veröffentlicht und kann bezogen werden über:

PRO ASYL e.V.
Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M.
proasyl@proasyl.de | www.proasyl.de



beitsmarkt oder über die Einbindung in Vereine oder gemeinnützige Tätigkeiten.

5. Wir erwarten (meist unausgesprochen) von Flüchtlingen, dass auch sie sich nach den Werten und Regeln unserer Demokratie und unserer offenen Gesellschaft verhalten. Aber Flüchtlinge kommen aus anderen Kulturen zu uns und müssen sich plötzlich in einer ihnen meist unbekanntem Kultur zu rechtfinden. Vieles macht man dann

aus reiner Unkenntnis falsch, besonders wenn man die Sprache nicht beherrscht. Deshalb sollten wir deutlich und kultursensibel kommunizieren, wie wir zusammenleben wollen und selber kompetenter im Umgang mit interkulturellen Konflikten werden.

Das sind nur einige Bereiche, in denen wir bewusst auf Gestaltung des Themas »Asyl« setzen. Angst ist ein schlechter Ratgeber. Im Zweifel verleitet sie uns dazu, immer zu spät zu reagieren. In-

vestieren wir unsere Energien lieber in neue Ideen für Einigkeit in Vielfalt unserer Gesellschaft. Diversität ist unsere Stärke. Sind Sie mit dabei?

■ Prof. Dr. Martin Gillo ist Ausländerbeauftragter des Landes Sachsen.

■ Kontakt:
Tel.: 0351 / 493 51 71
saechsab@slt.sachsen.de

AACHEN SAGT JA – WILLKOMMENSKULTUR FÜR FLÜCHTLINGE

Hilde Scheidt

Aachen hat 250.000 Einwohnerinnen und Einwohner, ist Hochschulstadt mit 40.000 Studierenden und durch die Grenzlage zu Belgien und den Niederlanden international geprägt. Die Aufnahme von Flüchtlingen hat eine lange Tradition, die unterstützt wird durch die großen Missionswerke Missio, Misereor und Sternsinger mit Hauptsitz in Aachen. Etwa 30 Prozent aller Aachener_innen haben ausländische Wurzeln und leben seit vielen Jahren in unserer Stadt. All das bietet sicher gute Voraussetzungen für die positive Stimmung gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern, die auf Hilfe angewiesen sind.

■ Damit das so bleibt, sollte sich auch die Politik eindeutig positionieren. Als der Rat der Stadt Aachen 2009 in einem einstimmigen Ratsbeschluss die Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen beschloss, führte diese Entscheidung zu einer großen Welle der Hilfsbereitschaft und wir konnten gemeinsam mit Amnesty International, den Kirchen und Flüchtlingsinitiativen mit der »Save-me« Kampagne viele Bürger_innen als Paten interessieren und gewinnen.

Bei den bundesweit bekannten Aufmärschen der Neonazigruppe »Kameradschaft Aachener Land« haben sich tausende Bürger_innen aller Nationen gegen die Aufmärsche in Aachen und der Region gestellt und gemeinsam gegen alle fremdemfeindlichen Aktivitäten demonstriert.

Im vergangenen Jahr gründete sich spontan eine Bürgerinitiative, um einen Aufmarsch von »Pro NRW« vor einem Haus, in das Flüchtlinge einziehen sollten, zu verhindern. Das Haus wurde

verschönert und mit Blumen und Plakaten geschmückt, mehrere hundert Menschen feierten ein Bürgerfest als Willkommensgruß für die neuen Mitbürger_innen. Inzwischen leben dort mehrere große Flüchtlingsfamilien, die immer noch von der Bürgerinitiative betreut werden.

Mit dem Film »So geht Deutschland«, der mit fast 600 Zuschauern in vier Kinos Premiere feierte, wurde Anfang dieses Jahres auf das Schicksal der vielen minderjährigen Flüchtlinge aufmerksam gemacht. In Aachen leben zurzeit fast 200 dieser jungen Menschen, die Hilfe und Schutz brauchen. Sie gehen in die internationalen Schulklassen, werden von Fachleuten betreut und finden Respekt und Anerkennung. Der Film zeigt, wie sie sich im Alltag zurechtfinden. Mit kleinen Anekdoten führen sie uns vor Augen, mit welchen Problemen sie in unserem Land zu kämpfen haben und erzählen von ihren Wünschen und Träumen.



KOMMUNALE INTEGRATIONS- KONZEPTE SIND ERFORDERLICH

Integration ist in Aachen ein fortwährender, gleichberechtigter Dialog, der auf »Augenhöhe« geführt wird. Schon im Jahr 2006 wurde ein Integrationskonzept im Bürgerdialog erarbeitet und konsequent umgesetzt. So ist eine Bildungsberatung für alle Neuankömmlinge der Einstieg in die Sprachförderung und berufliche Integration. Sprachkurse sind auch für Asylbewerber_innen möglich, werden seit einigen Jahren angeboten und durch freiwillige Finanzmittel der Stadt mit ca. 100.000 € pro Jahr gefördert. Hier fordern wir den Rechtsanspruch auf Zugang zu den Integrationskursen auch für Asylsuchende und Flüchtlinge. Das Erlernen der Sprache als Voraussetzung für Integration ist Bundesaufgabe und darf keine freiwillige Leistung der Kommunen sein.

Insgesamt stehen Mittel für Projekte zur Integration und die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums in Höhe von ca. 1,5 Millionen Euro im städtischen Haushalt zur Verfügung. Diese Finanzmittel sind vom Rat einstimmig beschlossen worden.

Das Integrationskonzept wird ergänzt durch das Integrationsmonitoring, in

dem die statistischen Werte und Zahlen fortgeschrieben werden. Mit der täglichen Arbeit, den vielen Projekten von Initiativen und Vereinen, der Charta der Vielfalt, dem Tag der Integration, der Einbürgerungsfeier, dem Multi-Kultifest, Diskussionen im Integrationsrat und vielen anderen Aktivitäten dokumentieren wir Wertschätzung, Perspektiven und konkrete Rahmenbedingungen.

Wir gemeinsam, die Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung arbeiten miteinander und lösen Probleme nicht über Stimmungsmache, sondern in sachlicher, friedlicher Diskussion.

AUSBLICK – KOMMUNEN BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG

Wie in vielen Städten wird auch in Aachen die Lage auf dem Wohnungsmarkt schwieriger, preiswerter Wohnraum verschwindet, die Wohnungen werden immer teurer. Unsere Flüchtlinge und Asylbewerber sind bisher dezentral in kleinen überschaubaren Wohnungen und Übergangswohnheimen untergebracht. Die angestiegenen Flüchtlingszahlen (seit 2011 um 50 Prozent) und der zunehmend knappe preis-

werte Wohnraum bereiten uns zur Zeit große Sorgen und erfordern Entscheidungen. Wir wollen die dezentrale Unterbringung auf jeden Fall beibehalten und werden in der nächsten Zeit mehr Wohnungen anmieten und Häuser modernisieren. Dazu brauchen wir finanzielle Unterstützung der Landes- und Bundesregierung, hier müssen entsprechende Mittel bereitgestellt werden, um auch in Zukunft eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen zu ermöglichen.

Ich wünsche mir deutliche Signale aus Berlin und Düsseldorf, pro Integration, für mehr Anerkennung, Respekt und Wertschätzung der Menschen, die unsere Hilfe brauchen, und die Unterstützung der Kommunen, denn Flüchtlinge sind Menschen, die in Not sind und unsere Hilfe brauchen, sie sind ein Teil unserer Stadt.

■ Hilde Scheidt ist seit 1999 Mitglied des Rats der Stadt Aachen für die GRÜNE Fraktion und seit 2004 Bürgermeisterin der Stadt Aachen

■ Kontakt: hilde.scheidt@mail.aachen.de

© Beate Jahn



Engagement gegen Rechts in Aachen-Eilendorf

RASSISMUS GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN VOR ORT BEGEGNEN: BERLIN UND SEINE FLÜCHTLINGE

Prof. Dr. Ulrike Kostka

Berlin ist eine weltoffene Stadt. Das Alltagsbild ist geprägt von Menschen unterschiedlichster Hautfarben, Religionen und Weltanschauungen. Die Toleranz eines preußischen Königs Friedrich des Großen (1712-1786) hat diese Stadt stark geprägt. Sein Motto »Jeder soll nach seiner Façon selig werden« fasst die Lebensart der Hauptstadt bis heute gut zusammen. Trotz dieser grundsätzlichen Toleranz hat Berlin auch mit Problemen wie Rechtsradikalismus und Antisemitismus zu kämpfen, wie Überfälle auf jüdische Rabbiner oder auch die NPD-Demonstrationen vor der Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf im letzten Jahr zeigen.

Berlin erlebt in den letzten Jahren einen Anstieg der Flüchtlingszahlen. Es besteht ein deutlicher Mangel an Flüchtlingsunterkünften. Allein in den letzten Monaten wurden 600 Flüchtlinge in Hostels untergebracht. Es werden permanent neue Flüchtlingsunterkünfte gesucht und eingerichtet. Ein besonderes Phänomen in

Berlin ist der politische Protest von Flüchtlingen.

Vor 1,5 Jahren kamen im Rahmen eines bundesweiten Demonstrationsmarsches Flüchtlinge aus Bayern nach Berlin, um für die Abschaffung der Residenzpflicht und ein Arbeits- und Bleiberecht in der Bundeshauptstadt zu

demonstrieren. Sie bauten am Oranienplatz in Friedrichshain-Kreuzberg ein Protestcamp auf und blieben dort. Ihnen schlossen sich immer mehr Flüchtlinge an, unter ihnen auch eine sehr große Gruppe von sogenannten Lampedusa-Flüchtlings. Es handelt sich dabei um eine Gruppe von vorwiegend westafrikanischen Flüchtlingen, die in Libyen als Gastarbeiter_innen gearbeitet haben. Im Zuge des Krieges gegen das Gaddafi-Regime wurden sie aus dem Land vertrieben und auf Boote nach Europa gezwungen.

Unter traumatischen Umständen kamen sie über Lampedusa nach Italien. Viele lebten zunächst in Flüchtlingslagern und erhielten auch einen humanitären



Prof. Dr. Ulrike Kostka, Diözesancaritasdirektorin im Gespräch mit Flüchtlingen in der Caritas-Flüchtlingsunterkunft »Vom Guten Hirten« in Berlin-Wedding.

Aufenthaltsstatus in Italien. Mit dem Erhalt ihrer Papiere wurden sie zumeist mittellos und erhielten keine staatlichen Leistungen mehr. Viele bekamen Geld für ein Ticket nach Nordeuropa ausgehändigt und wurden weitergeschickt. Schließlich landeten sie auf Umwegen am Oranienplatz in Berlin, der sich mittlerweile zu einem Protestsymbol gegen die europäische Flüchtlingspolitik und deutsche Asylpraxis entwickelt hat. Erstmals traten Flüchtlinge in Deutschland mit eigener politischer Stimme auf und organisierten ihre eigenen Protestformen. Sie wurden und werden bis heute durch unterschiedliche Unterstützergruppen begleitet. Jedoch sind sie nicht instrumentalisiert, wie manchmal behauptet wird. Sie vertreten sich selbst selbstbewusst und gut organisiert. Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg erhielten sie starke Unterstützung durch Bürger_innen, Gruppen und verschiedenste Initiativen – einschließlich der Bezirksbürgermeister.

Die Flüchtlinge sorgten selbst dafür, dass sie durch Gesprächsbereitschaft, große Offenheit und Präsenz ansprechbar waren für die Anliegen und Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Diese Transparenz hat sicherlich dazu geführt, dass sich Rassismus und rechtsradikale Aktionen in Grenzen hielten.

Ein entscheidender Faktor für die Reaktionen der Bevölkerung auf Flüchtlinge ist Information und Transparenz. So zeigen mehrere Beispiele von kurzfristig eingerichteten Flüchtlingsunter-

künften in Berlin, dass viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, Flüchtlinge willkommen zu heißen und sich ehrenamtlich für sie zu engagieren. Problematisch sind Hauruckaktionen bei der Einrichtung von Unterkünften, wenn die Nachbarschaft und der Bezirk nicht informiert sind.

Ein positives Beispiel für die Toleranz ist die Einrichtung der Notunterkunft für 80 Lampedusa-Flüchtlinge vom Oranienplatz in einem leerstehenden Pflegeheim des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin im Wedding auf dem Gelände der Verbandszentrale. Aufgrund der beginnenden Kälte und anderer Faktoren musste die Notunterkunft im November 2013 sehr kurzfristig eingerichtet werden. Nach Freigabe durch die Bauaufsicht hat die Caritas sofort die Nachbarschaft, Polizei und Kirchengemeinde informiert. Bereits nach kurzer Zeit boten Nachbarinnen und Nachbarn ihre Hilfe an. Auch die Polizei ist sehr unterstützend und bis heute kam es zu keiner rassistischen Aktion. Wichtig dafür war sicherlich auch von Anfang eine Transparenz durch intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Einrichtung eines Runden Tisches zu den humanitären Fragen der Flüchtlinge durch die Caritas und Diakonie. Bürgerinnen und Bürger hatten die Möglichkeit, sich durch die Berichterstattung zu informieren, auch die Flüchtlinge stehen zum Gespräch bereit. Gleichzeitig wird

FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN!

YOUNGCARITAS MACHT AKTIONSVORSCHLÄGE FÜR JUNGE MENSCHEN

Jugendliche laden Jugendliche aus Flüchtlingsunterkünften zum gemeinsamen Fußballturnier ein. Schulklassen beschäftigen sich mit Vorurteilen gegenüber Flüchtlingen und diskutieren diese in ihrer Klasse. Schüler(innen) gehen auf die Straße, um auf die Altersschätzung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aufmerksam zu machen.

Diese und weitere Aktionsideen bietet das youngcaritas-Aktionsheft »Flüchtlinge willkommen!« Zu den Themen Wohnen, Bleiberecht, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Kinderrechte, Flüchtlingspolitik in Europa und der Situation in Syrien gibt es zusammengefasste Informationen und Anregungen für Aktionen, die Jugendliche vor Ort gemeinsam mit Caritasmitarbeiter(inne)n starten können.

Auf der Homepage www.youngcaritas.de/fluechtlinge findet sich zudem ausgearbeitetes Unterrichtsmaterial für Lehrer(innen) zu den Themen aus dem Aktionsheft, zahlreiche Links, Materialien zum Download und Onlineangebote, wie ein Test »Wieviel Migrationshintergrund hast Du?«

Die Materialien richten sich an Kinder und Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren. Das Aktionsheft kann kostenlos unter www.youngcaritas.de/fluechtlinge bestellt werden.

■ Kontakt: youngcaritas Deutschland, Patricia Blasel
Tel.: 0761 / 200 - 667, mail@youngcaritas.de
www.youngcaritas.de/engagiert/fluechtlingewillkommen



die Privatsphäre der Bewohner der Notunterkunft durch einen geregelten Besucherzugang geschützt.

Grundsätzlich haben die letzten Monate gezeigt, dass sich die kirchlichen

Netzwerke sehr bewähren, wenn es um die Betreuung von Flüchtlingsgruppen geht. Dadurch konnten für verschiedene sehr belastete Flüchtlingsgruppen wie z.B. die Flüchtlinge vom Brandenburger Tor, Unterstützungssysteme wie

medizinische Versorgung, Verfahrensberatung und Unterkunft organisiert werden, die aus humanitären Gründen dringend erforderlich waren. Positiv dabei ist auch, dass obwohl es für diese Gruppen keine unmittelbare staatliche Zuständigkeit des Berliner Senats gab, kreativ staatliche Hilfen geschaffen wurden wie z.B. die Finanzierung von Notunterkünften im Winter. Gleichzeitig zeigten sich aber auch große Schwierigkeiten, politische Lösungen und Perspektiven für die Flüchtlinge durch den Senat zu finden. Hier übernehmen die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände eine wichtige Rolle, Gesprächsräume zu schaffen und auf humanitäre Lösungen hinzuwirken.

Der Online-Leitfaden »Was tun, damit's nicht brennt?« richtet sich an ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Gruppen – von Kirchengemeinden und anderen Glaubensgemeinschaften über Nachbarschafts- und Gewerkschaftsgruppen bis hin zu antirassistischen Initiativen, Flüchtlingsselforganisationen und Einzelpersonen.



Der Online-Leitfaden kann über die Websites der Herausgeber_innen heruntergeladen werden:

www.bagkr.de
www.mbr-berlin.de
www.eaberlin.de

Prof. Dr. Ulrike Kostka ist Diözesan-caritasdirektorin des Erzbistums Berlin

Kontakt: Tel.: 030 / 666 33 10 10
u.kostka@caritas-berlin.de

UMSTEUERN UND NEU AUSRICHTEN

EUROPÄISCHE FLÜCHTLINGS- UND MIGRATIONSPOLITIK NACH LAMPEDUSA

Andreas Lipsch

Nach dem erneuten Kentern von Flüchtlingsschiffen vor der Insel Lampedusa zeigten sich Politiker in ganz Europa tief betroffen. Dabei ist das Sterben von Flüchtlingen an den Grenzen Europas seit Jahren Realität. Knapp 20.000 Menschen sind seit 1988 ertrunken, verdurstet oder erfroren. Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der hessisch-nassauischen Landeskirche und Vorsitzender von PRO ASYL, beschreibt die Abschottungspolitik Europas und zeichnet Alternativen auf.

»Europa kann nicht akzeptieren, dass viele tausend Menschen an seinen Grenzen umkommen«, erklärte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso am 9. Oktober 2013 auf der Insel Lampedusa. Allein: Die politisch Verantwortlichen in Europa tun es. Sie akzeptieren das Sterben im Mittelmeer – seit mehr als 25 Jahren. 20.000 Männer, Frauen und Kinder sind seit 1988 an den immer besser gesicherten Grenzen Europas ertrunken, verdurstet, erfroren. Und das sind nur die, die bekannt geworden sind, die Dunkelziffer liegt vermutlich deutlich höher. Das einstige Mare Nos-

trum ist zum größten Massengrab des Kontinents geworden. Das hätte Europa in der Tat niemals akzeptieren dürfen. Papst Franziskus nennt es zutreffend eine »Schande für Europa«.

Schändlich ist auch, dass die Flüchtlinge, die es bis nach Italien, Malta oder Griechenland geschafft haben, unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, oft obdachlos gemacht, in manchen EU-Staaten systematisch inhaftiert und immer wieder misshandelt. Auch das akzeptiert Europa bis heute. Und anderes mehr: dass Menschen kriminalisiert werden, weil sie Flüchtlinge



© Frank Diehn

aus Seenot retten, oder dass Flüchtlinge wider europäisches Recht aufs offene Meer zurückgeschoben werden.

Ein aktueller Bericht der Menschenrechtsorganisation PRO ASYL über solche Push-Back-Operationen in Griechenland macht deutlich, dass das nicht

nur auf offener See passiert, sondern Push-Backs auch vom europäischen Festland aus durchgeführt werden. Und das nicht etwa nur in Einzelfällen, sondern systematisch.

Wenn die europäischen Regierungen jetzt – nach Lampedusa – das Massensterben an den Grenzen und die Menschenrechtsverletzungen auf europäischem Boden wirklich nicht mehr hinnehmen wollen, müssen sie die europäische Flüchtlingspolitik komplett umsteuern und konsequent an den Menschenrechten ausrichten. Das ist bis heute aber leider nicht in Sicht.

Beim EU-Gipfel am 24. und 25. Oktober 2013 zeigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs zwar betroffen. Von »tiefer Trauer« war in der Abschlusserklärung des Gipfels die Rede. Die Konsequenz allerdings, die der Europäische Rat aus der letzten Katastrophe vor Lampedusa und seiner Trauer zog, hieß nicht etwa: Schluss mit Abschreckung und Abschottung, sondern im Gegenteil: Mehr davon! Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll weiter aufgerüstet, die Kooperation mit den Herkunfts- und Transitstaaten intensiviert und der Kampf gegen »Schleusung und Menschenhandel« verstärkt werden.

Konkret bedeutet das: Mit dem neuen Grenzüberwachungssystem Eurosur bekommt die seit 2004 kontinuierlich mit mehr Kompetenzen und Einsatzgeräten ausgestattete europäische Grenzschutzagentur Frontex weitere Instrumente. Überwachungsstationen an den Küsten, hochauflösende Kameras, Drohnen, Satellitensysteme und Offshore-Sensoren sollen Frontex in Stand setzen, Flüchtlingsbewegungen noch früher als bisher zu erkennen. Mit diesem vermutlich über eine Milliarde Euro teuren Projekt sollen Flüchtlingsboote möglichst schon beim Ablegen von den südlichen Mittelmeerbahnen identifiziert und abgefangen werden. De facto wird es dazu führen, dass die Fluchtrouten noch länger und gefährlicher werden. Die weitere Abschottung der Außengrenzen durch Eurosur und Frontex wird weder das Sterben von Schutzsuchenden auf der Flucht nach Europa verhindern noch die Aktivitäten von Schleusern unterbinden.



© Thomas Pfaffmann

Besorgniserregend klingt das Vorhaben der EU, mit den Transitstaaten intensiver zu kooperieren. Sollen im Ernst nordafrikanische Staaten wie Libyen und Ägypten trotz ihrer politisch instabilen Lage, der äußerst problematischen Menschenrechtssituation und der fortgesetzten Missachtung von Flüchtlingsrechten verstärkt dazu angehalten werden, Schutzsuchende von der Flucht nach Europa abzuhalten? Der Untergang eines Flüchtlingsschiffs vor Lampedusa am 11. Oktober wurde Berichten zufolge dadurch verursacht, dass libysche Sicherheitskräfte das Schiff beschossen hatten, um es aufzuhalten. Das ist nur ein Beispiel für Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen, die von Transitstaaten im Rahmen ihrer Kooperation mit der EU begangen werden. Die Schüsse auf das Flüchtlingsschiff am 11. Oktober dürften Ausfluss einer am 3. April 2012 zwischen Italien und Libyen geschlossenen Vereinbarung sein. Darin hat sich Libyen verpflichtet, die eigenen Grenzen besser zu kontrollieren. Im Gegenzug liefert Italien das nötige Material zur Grenzüberwachung. Soll das nun gängige Praxis werden?

Geradezu bizarr mutet die geplante »Kooperation mit Herkunftsstaaten« an, wenn man bedenkt, dass ein großer Teil der nach Europa kommenden Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea oder Somalia stammt. Möchte die Europäische Union wirklich mit dem syrischen Assad-Regime, dem eritreischen Diktator Isayas Afewerki oder somalischen Warlords in Verhandlungen treten?

Die Abschottungslogik scheint ungebrochen, auch nach Lampedusa. Eine bemerkenswerte Veränderung ist allerdings auszumachen. Die Flüchtlings- und Migrationspolitik der EU zielt mittlerweile nicht mehr darauf ab, dass möglichst wenige Menschen nach Europa kommen, sondern darauf, dass nur die vermeintlich Richtigen und Nützlichen kommen. Die anderen, Flüchtlinge und andere vermeintlich Unnutze, sollen hingegen bleiben, wo sie sind, oder wieder dahin verschwinden oder abgeschoben werden. Es geht nicht mehr nur um Abschottung. Es geht um Selektion.

Auch dafür hat sich die Europäische Kommission ein neues Werkzeug ausgedacht: Mit »Smart Borders« – intelligenten Grenzen – möchte man künftig die wirtschaftlich erwünschte Migration von der unerwünschten noch effizienter unterscheiden. Und so soll es funktionieren: Touristen, Geschäftsleuten, Studierenden oder Menschen mit engen Verwandten in der EU wird eine erleichterte Einreise per Chipkarte über automatisierte Gates ermöglicht. Auf der anderen Seite sollen mit Hilfe eines »Entry-Exit-Systems« (EES) so genannte Overstayers aufspürbar werden. Das sind Menschen, die nach Ablauf ihres Visums im Land geblieben sind, eine im Vergleich zu den Bootsflüchtlingsen übrigens wesentlich größere Gruppe unter den so genannten irregulären Migranten. In Zukunft sollen alle Nicht-EU-Bürger bei der Einreise ihre Fingerabdrücke abgeben, die dann samt Zeitpunkt und Ort der Ein- und Ausreise in einem automatischen Sys-

tem gespeichert werden, auf das auch die Polizei Zugriff bekommen soll. Darüber hinaus soll das System einen automatischen Warnhinweis an die Behörden generieren, wenn jemand seine Aufenthaltsdauer überzieht. Das Ziel ist klar: Grenzen sollen vor allem für die wirtschaftlich erwünschte Migration offen bleiben, für Flüchtlinge aus Krisengebieten hingegen so gut wie unüberwindbar werden. »Smart Borders« wäre eine nahezu perfekte »Sortiermaschine« (Steffen Mau), um die globale Spaltung der Migration weiter voranzutreiben.

Demselben Ziel dient die derzeitige Visapolitik im Schengen-Raum. Im Blick auf die Hauptherkunftsländer potenzieller Asylbewerber und Migranten ist sie äußerst restriktiv. Die Zeiten, als Visabefreiungen noch Teil der Außenpolitik westlicher Staaten waren, um zur Entwicklung ärmerer Länder beizutragen und gute Beziehungen zu pflegen, sind vorbei. Heute werden in der Regel nur noch Länder vom Visumszwang befreit, die den befreienden Ländern wirtschaftlich oder politisch nahe stehen. Jeder einzelne Antragsteller muss hohe, oft unüberwindbare Hürden nehmen, ausreichende finanzielle Mittel und familiäre Bindungen nachweisen und vor allem seine Rückkehrbereitschaft plausibel machen. Einem Flüchtling aus Syrien dürfte das zurzeit wohl kaum gelingen.

Die Visapolitik der Schengen-Staaten ist aber keineswegs durchweg restriktiv, wie kürzlich in der Zeitschrift *Capital* nachzulesen war. In Lettland etwa kann man ein Schengen-Visum einfach kaufen. Wer dort 70 000 Euro in eine Immobilie investiert, erhält umgehend eine Aufenthaltserlaubnis und ist damit drin. Nicht nur in Lettland, in der EU. Schengen-Visum gegen Geld. Griechenland, Irland, Ungarn, Portugal und Spanien haben das neue Geschäftsmodell bereits übernommen.

FREIZÜGIGKEIT WEITER DENKEN

Die zunehmende Spaltung der Migration und die Ökonomisierung der europäischen Migrationspolitik straft die oft hochtrabende Menschenrechtshetorik der Europäischen Union Lügen. Wer – wie Kommissionspräsident Barroso – nicht akzeptieren will, dass viele tausend Menschen an den Grenzen

Europas umkommen, darf die Menschenrechte nicht nur in Präambeln schreiben, faktisch aber Mobilitätsrechte fast ausschließlich nach Nützlichkeitskriterien verteilen. Eine an den Menschenrechten orientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik müsste ganz anders aussehen. Sie müsste von einem umfassenden Recht auf Mobilität ausgehen und könnte sich dabei gut an der UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen orientieren. In letzter Konsequenz hieße das, neben dem Recht auf Auswanderung auch ein Recht auf Einwanderung zu realisieren. Utopisch? Unrealistisch? Utopisch ist das sicherlich, unrealistisch aber nicht, wie das Beispiel der Europäischen Union zeigt, die mit dem Recht auf Freizügigkeit beide Rechte, das auf Aus- und das auf Einwanderung, garantiert. Darum also ginge es: Das Recht auf Freizügigkeit weiter zu denken, auch über die Grenzen Europas hinaus.

Und käme dann die ganze Welt zu uns? »Es ist eine totale eurozentristische Überschätzung, dass alle Migrationsbewegungen der Welt nach Europa führen«, meint die Migrationsforscherin Sabine Hess in der *Süddeutschen Zeitung*. Vielleicht leben und denken wir nach so vielen Horrorszenarien mit angeblichen Flüchtlingsströmen und neuen Völkerwanderungen ja auch in einer Art Matrix, die wir zuerst mal verlassen müssten, um überhaupt klar denken und handlungsfähig werden zu können.

Natürlich ist Freizügigkeit im Blick auf die extrem ungleichen Entwicklungen in der Weltgesellschaft kein einfaches und umgehend erreichbares Ziel. Allerdings sollte sie – angesichts der Partizipation aller Menschen am »gemeinschaftlichen Besitz der Oberfläche der Erde« (Kant) – der Horizont und die regulative Idee der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik werden. Vor diesem Horizont müsste eine erste Vermittlung zwischen souveränen nationalen Selbstbestimmungsrechten und der Realisierung von Menschenrechten vielleicht nicht gleich zu einer offenen, wohl aber zu einer durchlässigen europäischen Grenze führen. Das wäre der jetzt notwendige erste Schritt in Richtung einer Weltgesellschaft, deren Verfassung der Menschenrechtskanon ist.

Konkret hieße das, mit der Visumpflicht anzufangen, die der ehemalige Bundesinnenminister Manfred Kanther als »schärfstes Schwert des Ausländerrechtes« bezeichnet hat. In der Tat ist es vor allem die in den vergangenen dreißig Jahren im Blick auf bestimmte Weltgegenden und Herkunftsländer immer restriktiver gewordene Visa(nicht)erteilungspraxis, die für das tausendfache Sterben vor den Toren Europas verantwortlich ist. Jetzt gilt es, aus dem Schwert eine Pflugschar zu machen und durch eine großzügige Liberalisierung der Visa-Praxis gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge nach Europa zu eröffnen. Hinzukommen müssten umfassende Programme zur Flüchtlingsaufnahme.

Die fortwährenden Zurückweisungen von Flüchtlingen an den Grenzen Europas müssten umgehend eingestellt und ein wirklich funktionierendes Seenotrettungssystem aufgebaut werden. Die Grenzschutzagentur Frontex ist dafür jedenfalls der falsche Akteur. Gerettete Schutzsuchende müssten in einen sicheren europäischen Hafen gebracht werden.

Nicht zuletzt braucht Europa eine solidarische Aufnahmeregelung, die die Bedürfnisse der Schutzsuchenden in den Mittelpunkt stellt.

Wenn auch nach Lampedusa und angesichts von mehr als zwei Millionen syrischer Flüchtlinge nichts davon geschieht, muss man sich ernsthaft fragen: Haben die »Freiheit«, die »Sicherheit« und das »Recht«, denen die Europäische Union einmal Raum geben wollte, womöglich einfach nur einen Preis? Oder gibt es die europäische Wertegemeinschaft tatsächlich? Ausgemacht ist das noch nicht.

Aus: *zeitzeichen*, 14. Jahrgang, Dezember 2013

■ Andreas Lipsch ist Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und Leiter des Bereichs Flucht, Interkulturelle Arbeit und Migration in der Diakonie Hessen.

■ Kontakt:
andreas.lipsch@diakonie-hessen.de

MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE: UNTERWEGS ZU EINER BESSEREN WELT

BOTSCHAFT VON PAPST FRANZISKUS

Liebe Brüder und Schwestern,

wie nie zuvor in der Geschichte erleben unsere Gesellschaften Prozesse weltweiter gegenseitiger Abhängigkeit und Wechselwirkung, die, obgleich sie auch problematische oder negative Elemente aufweisen, das Ziel haben, die Lebensbedingungen der Menschheitsfamilie zu verbessern, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer und kultureller Hinsicht. Jeder Mensch gehört ja der Menschheit an und teilt die Hoffnung auf eine bessere Zukunft mit der gesamten Völkerfamilie. Aus dieser Feststellung geht das Thema hervor, das ich für den diesjährigen Welttag des Migranten und Flüchtlings gewählt habe: »Migranten und Flüchtlinge: unterwegs zu einer besseren Welt«. ...

Aus christlicher Sicht besteht auch in den Migrationserscheinungen – wie in anderen Dingen, die den Menschen betreffen – die Spannung zwischen der von der Gnade und der Erlösung geprägten Schönheit der Schöpfung und dem Geheimnis der Sünde. Der Solidarität und der Aufnahmebereitschaft, den Gesten der Brüderlichkeit und des Verständnisses stellen sich Ablehnung, Diskriminierung und die Machenschaften der Ausbeutung, des Schmerzes und des Todes entgegen. Besorgnis erregend sind vor allem die Situationen, in die die Migration nicht nur aus Zwang geschieht, sondern sogar in verschiedenen Formen von Menschenhandel und Versklavung stattfindet. »Sklavenarbeit« ist heute gültige Währung! Und doch ist das, was trotz der zu bewältigenden Probleme, Risiken und Schwierigkeiten viele Migranten und Flüchtlinge treibt, die Kombination aus Vertrauen und Hoffnung; sie tragen die Sehnsucht nach einer besseren Zukunft im Herzen, nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre Familien und für die Menschen, die ihnen lieb sind. ...

Unser Herz sehnt sich nach einem »Mehr«, das nicht einfach ein Mehr an Wissen oder an Besitz ist, sondern vor allem bedeutet, mehr zu sein. Man kann die Entwicklung nicht auf das bloße Wirtschaftswachstum reduzieren, das häufig verfolgt wird, ohne auf die Ärmsten und die Schutzlosen Rücksicht zu nehmen. Die Welt kann nur besser werden, wenn die Hauptaufmerksamkeit dem Menschen gilt, wenn die Förderung der Person ganzheitlich angelegt ist und alle ihre Dimensionen betrifft, einschließlich der geistigen; wenn niemand vernachlässigt wird, auch nicht die Armen, die Kranken, die Gefangenen, die Bedürftigen, die Fremden (vgl. Mt 25,31-46); wenn man dazu fähig ist, von einer Wegwerfmentalität zu einer Kultur der Begegnung und der Aufnahme überzugehen.

Migranten und Flüchtlinge sind keine Figuren auf dem Schachbrett der Menschheit. Es geht um Kinder, Frauen und Männer, die aus verschiedenen Gründen ihre Häuser verlassen oder gezwungen sind, sie zu verlassen, Menschen, die den gleichen legitimen Wunsch haben, mehr zu lernen und mehr zu besitzen, vor allem aber mehr zu sein. Die Anzahl der Menschen, die von einem Kontinent zum anderen ziehen, wie auch derer, die innerhalb ihrer Länder und ihrer geographischen Gebiete einen Ortswechsel vornehmen, ist eindrucksvoll. Die augenblicklichen Migrationsströme sind die umfassendsten Bewegungen von Menschen – wenn nicht von Völkern –, die es je gegeben hat. Mit Migranten und Flüchtlingen unterwegs, bemüht sich die Kirche, die Ursachen zu verstehen, die diese Wanderungen auslösen. Zugleich arbeitet sie aber auch daran, die negativen Folgen der Wanderbewegungen zu überwinden und ihre positiven Auswirkungen auf die Gemeinschaften an den Herkunfts-, Durchreise- und Zielorten zu nutzen.

Leider können wir, während wir die Entwicklung zu einer besseren Welt anregen, nicht schweigen über den Skandal der Armut in ihren verschiedenen Dimensionen. Gewalt, Ausbeutung, Diskriminierung, Ausgrenzung und Einschränkungen der Grundfreiheiten sowohl von Einzelnen als auch von Gemeinschaften sind einige der Hauptelemente der Armut, die überwunden werden müssen. Vielmals kennzeichnen gerade diese Aspekte die Migrationsbewegungen und verbinden Migration mit Armut. Auf der Flucht vor Situationen des Elends oder der Verfolgung, um bessere Aussichten zu finden oder mit dem Leben davonzukommen begeben sich Millionen von Menschen auf Wanderung, und während sie auf die Erfüllung ihrer Erwartungen hoffen, stoßen sie häufig auf Misstrauen, Verschlussenheit und Ausschließung und werden von anderen, oft noch schweren Formen des Unglücks getroffen, die ihre Menschenwürde verletzen.

Die Wirklichkeit der Migrationen verlangt in den Dimensionen, die sie in unserer Zeit der Globalisierung annimmt, eine neue angemessene und wirksame Art der Handhabung, die vor allem eine internationale Zusammenarbeit und einen Geist tiefer Solidarität und ehrlichen Mitgefühls erfordert. Wichtig ist die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen, unter gemeinsamer Anwendung der normativen Mittel, welche den Menschen schützen und fördern. ... Gemeinsam für eine bessere Welt zu arbeiten, erfordert die gegenseitige Hilfe unter den Ländern, in Bereitschaft und Vertrauen, ohne unüberwindliche Hürden aufzubauen. Eine gute Synergie kann für die Regierenden eine Ermutigung sein, den sozioökonomischen Ungleichgewichten und einer unregelmäßigen Globalisierung entgegenzutreten, die zu den Ursachen von Migrationen gehören, in denen die Menschen mehr Opfer als Protagonisten

sind. Kein Land kann den Schwierigkeiten, die mit diesem Phänomen verbunden sind, alleine gegenüber treten; es ist so weitreichend, dass es mittlerweile alle Kontinente in der zweifachen Bewegung von Immigration und Emigration betrifft.

Es ist überdies wichtig hervorzuheben, dass diese Zusammenarbeit bereits mit der Anstrengung beginnt, die jedes Land unternehmen müsste, um bessere wirtschaftliche und soziale Bedingungen in der Heimat zu schaffen, so dass für den, der Frieden, Gerechtigkeit, Sicherheit und volle Achtung der Menschenwürde sucht, die Emigration nicht die einzige Wahl darstellt. Arbeitsmöglichkeiten in den lokalen Volkswirtschaften zu schaffen, wird außerdem die Trennung der Familien vermeiden und den Einzelnen wie den Gemeinschaften Bedingungen für Stabilität und Ausgeglichenheit garantieren.

Schließlich gibt es im Blick auf die Wirklichkeit der Migranten und Flüchtlinge noch ein drittes Element, das sich auf dem Weg des Aufbaus einer besseren Welt hervorheben möchte: die Überwindung von Vorurteilen und Vorverständnissen bei der Betrachtung der Migrationen. Nicht selten löst nämlich das Eintreffen von Migranten, Vertriebenen, Asylbewerbern und Flüchtlingen bei der örtlichen Bevölkerung Verdächtigungen und Feindseligkeiten aus. Es kommt die Angst auf, dass sich Um-

wälzungen in der sozialen Sicherheit ereignen, dass man Gefahr läuft, die eigene Identität und Kultur zu verlieren, dass auf dem Arbeitsmarkt die Konkurrenz geschürt wird oder sogar dass neue Faktoren von Kriminalität eindringen. Auf diesem Gebiet haben die sozialen Kommunikationsmittel eine sehr verantwortungsvolle Rolle: Ihre Aufgabe ist es nämlich, feste, eingebürgerte Vorurteile zu entlarven und korrekte Informationen zu bieten, wo es darum geht, den Fehler einiger öffentlich anzuklagen, aber auch, die Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit und Seelengröße der Mehrheit zu beschreiben. In diesem Punkt ist ein Wandel der Einstellung aller gegenüber den Migranten und Flüchtlingen notwendig; der Übergang von einer Haltung der Verteidigung und der Angst, des Desinteresses oder der Ausgrenzung – was letztlich genau der »Wegwerf-Mentalität« entspricht – zu einer Einstellung, deren Basis die »Kultur der Begegnung« ist. Diese allein vermag eine gerechtere und brüderlichere, eine bessere Welt aufzubauen. ...

In der Erfüllung des Auftrags Christi, »Geht zu allen Völkern und macht alle Menschen zu meinen Jüngern«, ist die Kirche berufen, das Volk Gottes zu sein, das alle Völker umfasst und allen Völkern das Evangelium verkündet, denn dem Gesicht eines jeden Menschen ist das Angesicht Christi eingepägt! Hier liegt die tiefste Wurzel der

Würde des Menschen, die immer zu achten und zu schützen ist. Nicht die Kriterien der Leistung, der Produktivität, des sozialen Stands, der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit begründen die Würde des Menschen, sondern die Tatsache, dass er als Gottes Abbild und ihm ähnlich erschaffen ist (vgl. Gen 1,26-27), und mehr noch, dass er Kind Gottes ist; jeder Mensch ist Kind Gottes! Ihm ist das Bild Christi eingepägt! Es geht also darum, dass wir als Erste und dann mit unserer Hilfe auch die anderen im Migranten und im Flüchtling nicht nur ein Problem sehen, das bewältigt werden muss, sondern einen Bruder und eine Schwester, die aufgenommen, geachtet und geliebt werden müssen – eine Gelegenheit, welche die Vorsehung uns bietet, um zum Aufbau einer gerechteren Gesellschaft, einer vollkommeneren Demokratie, eines solidarischeren Landes, einer brüderlicheren Welt und einer offeneren christlichen Gemeinschaft entsprechend dem Evangelium beizutragen. Die Migrationen können Möglichkeiten zu neuer Evangelisierung entstehen lassen und Räume öffnen für das Wachsen einer neuen Menschheit, wie sie im Ostergeheimnis angekündigt ist: eine Menschheit, für die jede Fremde Heimat und jede Heimat Fremde ist.

Liebe Migranten und Flüchtlinge, verliert nicht die Hoffnung, dass auch euch eine sicherere Zukunft vorbehalten ist; dass ihr auf euren Wegen einer ausgestreckten Hand begegnen könnt; dass es euch geschenkt wird, die brüderliche Solidarität und die Wärme der Freundschaft zu erfahren! Euch allen sowie denen, die ihr Leben und ihre Energie der Aufgabe widmen, euch zur Seite zu stehen, verspreche ich mein Gebet und erteile ich von Herzen den Apostolischen Segen.

Botschaft von Papst Franziskus zum 100. Welttag des Migranten und Flüchtlings 2014

■ Leicht gekürzte Fassung.
Den vollständigen Text finden Sie unter:
www.interkulturellewoche.de/heft/2014

© KNA-Bild



Papst Franziskus bei seinem Besuch auf Lampedusa im Juli 2013

GEMEINSAMKEITEN FINDEN, UNTERSCHIEDE FEIERN.

ASSOZIATIONEN ZUM MOTTO DER INTERKULTURELLEN WOCHEN 2014

Prof. Dr. Wolfgang Reinbold

1. DIE SITUATION

Unterschiede sind heute überall, zumindest in den Städten. In einer normalen deutschen Großstadt leben im Jahr 2014 Menschen aus mehr als einhundert Herkunftsländern. Entsprechend vielfältig sind die kulturellen und religiösen Milieus.

Um es konkret zu machen: In meiner Heimatstadt Hannover leben Menschen aus 160 Nationen. Alle großen Religionsgemeinschaften haben Gebetshäuser in der Stadt. Neben den alteingesessenen etwa 150 Kirchen und Kapellen gibt es mittlerweile mehr als zwanzig Moscheen, zwei alevitische Zentren,

vier Synagogen, einen Hindutempel sowie sechs buddhistische Zentren, darunter eine Pagode samt dem größten buddhistischen Kloster Deutschlands. Hinzu kommen kleinere Religionsgemeinschaften, unter ihnen Bahai, Eziiden und Sikhs. Hannover, einst eine durch und durch evangelisch-lutherische Stadt, in deren Altstadt nicht einmal Reformierte, Katholiken oder Juden beten durften, hat sich in den letzten Jahrzehnten rasant verändert. Sie ist eine multireligiöse und multikulturelle Stadt geworden.

Zugleich ist Hannover, wie viele andere deutsche Städte auch, eine Stadt, in der eine Tendenz zur Segregation zu be-

obachten ist. Unterschiedliche Milieus neigen dazu, sich in immer unterschiedlichere Stadtteile zurückzuziehen. Auf diese Weise entstehen gesellschaftliche Sonderwelten, »Parallelgesellschaften«, um mit dem Schlagwort unserer Tage zu sprechen. Die Wohlhabenden hier, die jungen Familien da, die Migranten dort.

Die Frage, wie ein solches Gemeinwesen zusammengehalten werden kann, ist eine der zentralen Fragen der Kommunen. Gibt es etwas, worauf sich alle verständigen können? Was könnte das sein? Und wie geht man um mit den allgegenwärtigen Unterschieden?

2. DAS MOTTO

Das Motto antwortet darauf: Lasst uns die Gemeinsamkeiten suchen und die Unterschiede feiern.

Über das erste dürfte sich schnell Einverständnis erzielen lassen. Die deutsche Gesellschaft ist plural. Wie jede moderne Gesellschaft wird sie nicht durch einen homogenen Wertekanon zusammengehalten. Was die einen grundlegend und unverzichtbar finden, ist für die anderen nicht so wichtig oder womöglich grundfalsch. Umso nötiger ist es, dass wir uns darauf verständigen, was für alle gemeinsam gilt bzw. zu gelten hat.

Komplizierter wird es beim zweiten Teil des Mottos, der bei vielen Stirnrunzeln hervorruft. Die Unterschiede feiern? Damit ist es so eine Sache. Zwar werden die meisten eine bunte Blumenwiese schöner finden als eine Monokultur weißer Nelken. Aber eine bunte, vielfältige, multikulturelle Gesellschaft? Das finden manche schön und bereichernd. Andere schreckt es ab. Nicht umsonst ist »Multi-Kulti« für viele ein Schimpfwort, und das trotz aller Versu-



che der Integrationspolitik, den Begriff »multikulturell« und die mit ihm verbundenen Sachverhalte positiv zu besetzen.

Sind Leute, die so denken, ewiggestrig, engstirnig, gar intolerant? Ja, manchmal. Allerdings weist die Opposition gegen »Multi-Kulti« auch auf einen Punkt hin, der nicht aus dem Blick geraten sollte. Wir können uns nur dann an den Unterschieden freuen, wenn wir uns vorab darüber verständigt haben, was unsere gemeinsame Grundlage ist. Mit dem ehemaligen britischen Oberrabbiner Jonathan Sacks zu sprechen: Gesellschaften können sein wie Landhäuser, wie Hotels oder wie Häuser, die man gemeinsam baut.

Wie private Landhäuser: wer herkommt, wird warmherzig aufgenommen und es wird erwartet, dass er und sie sich an die Regeln hält, die der Hausherr aufstellt. Der Migrant bleibt Gast. Er muss sich anpassen, wohl oder übel.

Wie Hotels: wer herkommt, erhält ein Zimmer für sich. Er kann, solange er nicht die öffentliche Ordnung stört, tun und lassen, was er will. Das ist schön und gut und einige Zeit sehr angenehm. Allerdings: in einem Hotel sind alle Bewohner Gäste. Zu Hause ist hier niemand.

Gesellschaften können schließlich sein wie ein Haus, das man zusammen baut: Jeder und jede trägt etwas dazu bei. Das Haus gehört allen. Jeder und jede fühlt sich hier zu Hause.

Das erste Modell, Assimilation, hat sich erledigt. Das zweite Modell, Multikulturalismus, funktioniert auf Dauer nicht. Das dritte Modell ist es, so Sacks, das wir heute brauchen.

Wenn die Gesellschaft wie ein Haus ist, das wir zusammen bauen, dann ist es unser aller Zuhause. Dann gibt es nicht Gast und Gastgeber. Nicht die, die dazu gehören, und die, die nicht dazu gehören. Nicht Mehrheit und Minderheit. In diesem Haus sind Unterschiede ein Gewinn. Jeder und jede kann das, was er und sie besonders gut kann, in das gemeinsame Projekt einbringen. »Unsere Vielfalt macht es möglich, dass jeder seinen ganz eigenen Beitrag zum Gemeinwohl leistet. Wir sprechen eine gemeinsame Sprache, wenn auch mit vielen verschiedenen Akzenten und Dialekten. Wir engagieren uns für ein gemeinsames Projekt, die Gesellschaft.« Wir haben, so muss man in Deutschland noch hinzufügen, ein gemeinsames Grundgesetz (J. Sacks, *The home we build together. Recreating society*, London 2007, 22).

In diesem Sinn möchte ich das Motto der Interkulturellen Woche 2014 verstehen: Als ein Plädoyer dafür, wahrzu-

nehmen, wie bereichernd unterschiedliche Begabungen, Kulturen und Religionen sein können, wenn wir uns dazu entschließen, gemeinsam ein deutsches Haus zu bauen, das dem 21. Jahrhundert gemäß ist und für alle eine angenehme Bleibe.

3. BIBLISCHE ASSOZIATIONEN

Zum ersten Teil des Mottos fällt mir zuerst und sofort das Hauptthema des Paulus ein: »Es ist hier kein Unterschied zwischen Juden und Griechen; es ist über alle derselbe Herr, reich für alle, die ihn anrufen« (Röm 10,12). Paulus wird nicht müde, Gemeinsamkeiten zwischen »Juden« und »Griechen« zu finden, Gemeinsamkeiten, die er wieder und wieder hervorhebt und gegen diejenigen verteidigt, die sich weigern, sich mit den Anderen an einen Tisch zu setzen (z. B. Gal 2,11-16; Röm 3,21-24; 3,28-30; 10,9-13).

Reizvoll könnte es darüber hinaus sein, 1Kor 12 auf das Thema der Interkulturellen Woche zu beziehen. Auch hier sucht Paulus Gemeinsamkeiten, und vielleicht kann man so weit gehen zu sagen, dass er die Unterschiede feiert: Es sind verschiedene Gaben; aber es ist ein Geist. »Der Leib ist nicht ein Glied, sondern viele« (V. 14), »in einem jeden offenbart sich der Geist zum Nutzen aller« (V. 7), das heißt doch: Die Gemeinschaft wäre weniger reich, wenn der Geist einem jeden dasselbe zugeteilt hätte. Wie der menschliche Körper nicht leben könnte, wäre er nur Fuß oder Hand oder Herz, ist die Gemeinde angewiesen auf die Vielfalt ihrer Mitglieder. Jeder und jede hat etwas Eigenes, das er und sie einbringen kann zum Wohl aller: Weisheit, Erkenntnis, Glaube, Heilung, prophetische Rede und vieles andere mehr. Löst man den Text vom Bezug auf die christliche Gemeinde und bezieht ihn auf die kommunale Gemeinde oder die deutsche Gesellschaft insgesamt, lassen sich viele Bezüge zu aktuellen Themen herstellen: Es sind verschiedene Herkünfte, aber es ist ein Land. Es sind verschiedene Kulturen, aber es ist eine Staatsbürgerschaft. Es sind verschiedene Religionen, aber es ist eine Goldene Regel, die sie alle kennen: »Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch! Das ist das Gesetz und die Propheten« (Mt 7,12).

FÜRBITTE

Für alle, die in der Suche nach einem würdigen menschlichen Leben ihr Land verlassen müssen, dass sie in den Ankunftsändern eine integrative Gesellschaft erfahren. Lasst uns den Herrn bitten. Wir bitten dich, erhöhe uns.

Für alle Menschen, die von den reichen Ländern als Armutsmigranten stigmatisiert und abgelehnt werden, dass diese nach Recht und Gesetz handelnden Länder auch ihrer Pflicht nachkommen, indem sie die Ursachen der Migration bekämpfen und beheben. Lasst uns den Herrn bitten. Wir bitten dich, erhöhe uns.

Für alle Flüchtlinge, die in ihren Ländern unfrei und verfolgt leben, dass Weltorganisationen aus humanitären Gründen Wege und Orte des menschenwürdigen Lebens für sie schaffen. Lasst uns den Herrn bitten. Wir bitten dich, erhöhe uns.

Für uns und alle Menschen guten Willens, dass wir mit unserem Verhalten und unserer Lebensform bekunden, immer Unterschiede zu feiern, aber Fremdenfeindlichkeit und Rassismus niemals tolerieren. Lasst uns den Herrn bitten. Wir bitten dich, erhöhe uns.

Msgr. José Antonio Arzoz

Die Proprien des Sonntags

Der vorgeschlagene Termin für die Eröffnung der Interkulturellen Woche ist Sonntag, der 21. September 2014, nach evangelischer Ordnung der 14. Sonntag nach Trinitatis, nach katholischer Ordnung der 25. Sonntag im Jahreskreis. Drei der für diesen Sonntag vorgesehenen Texte lassen sich zwanglos auf das Motto beziehen:

Römisch-katholischer 25. Sonntag im Jahreskreis

Evangelium des Sonntags ist Mt 20, 1-16, das bekannte Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg. Der Text bringt die ökonomische Frage ins Spiel, die bei der Debatte um Integration und Teilhabe nicht außer Acht gelassen werden darf. Viele Jahre kannten wir Tagelöhner nur aus der Bibel, man musste den Kindern erklären, was das ist. Heute stehen die Tagelöhner mitten in Deutschland auf der Straße und warten auf Arbeit, eine Stunde, zwei Stunden, acht Stunden. Und nicht alle Arbeitgeber sind so freundlich wie der Gutsbesitzer im biblischen Gleichnis. Manche zahlen extrem schlecht oder auch einmal gar nicht. Andere nutzen die Ar-

mut der Menschen aus und nehmen ihnen 100 Euro die Woche ab für einen Schlafplatz auf dem Boden einer verschimmelten Bruchbude. Es sind ja nur Bulgaren und Rumänen, die sich nicht wehren können, und zu Hause, in den neuen Slums am Rande Europas, ist alles sowieso noch viel schlimmer.

Was sagen wir dazu? Was tun wir dagegen? Diese Fragen gehen uns alle an, nicht nur die besonders stark betroffenen Kommunen.

Evangelischer 14. Sonntag nach Trinitatis

Evangelium des Sonntags ist die Geschichte von den zehn Aussätzigen (Lk 17,11-19). Jesus heilt sie, nur einer von ihnen dankt ihm. »Und das war ein Samariter« (V. 16). Jesus betont das Vorbild des Mannes: Er, der ein Fremder ist, hat recht getan (V. 18). Wie die Grundgeschichte christlicher Nächstenliebe, die sieben Kapitel zuvor vom Evangelisten erzählte Geschichte vom barmherzigen Samariter (Lk 10,25-37), lässt der Text religiöse und nationale Selbstverständlichkeiten hinter sich. Er durchbricht das damals wie heute verbreitete Muster des »Wir – Ihr« und

betont das Gemeinsame: Der Aussatz befällt auch Samaritaner, sie leiden darunter wie du und ich, und sie können zum Vorbild für rechtes Handeln werden.

Predigttext des Sonntags sind die Ermahnungen am Ende des ersten Thessalonicherbriefs (5,14-24). Mich persönlich reizen würde insbesondere V. 15: »Jagt allezeit dem Guten nach untereinander und gegen jedermann«. Christen tun Gutes, nicht nur in der Gemeinde, sondern auch über ihre Grenzen hinaus. Sie sind, mit dem grässlichen Wort unserer Zeit zu sprechen, »Gutmenschen«. Eine Gesellschaft, die zulässt, dass man das »Gute« lächerlich macht, begeht einen Fehler.

■ Kontakt:

Prof. Dr. Wolfgang Reinbold
Beauftragter für Kirche und Islam
Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth.
Landeskirche Hannovers
Tel.: 0511 / 12 41-972
reinbold@kirchliche-dienste.de
www.kirchliche-dienste.de/arbeitsfelder/
islam

SOZIALES BEKENNTNIS DER EVANGELISCH-METHODISTISCHEN KIRCHE

Wir glauben an Gott, den Schöpfer der Welt,
und an Jesus Christus, den Erlöser alles Erschaffenen,
und an den Heiligen Geist, durch den wir Gottes Gaben erkennen.

Wir bekennen, diese Gaben oft missbraucht zu haben,
und bereuen unsere Schuld.

Wir bezeugen, dass die natürliche Welt Gottes Schöpfungswerk ist.
Wir wollen sie schützen und verantwortungsvoll nutzen.

Wir nehmen dankbar die Möglichkeiten menschlicher Gemein-
schaft an.

Wir setzen uns ein für das Recht jedes Einzelnen
auf sinnvolle Entfaltung in der Gesellschaft.

Wir stehen ein für das Recht und die Pflicht aller Menschen,
zum Wohl des Einzelnen und der Gesellschaft beizutragen.

Wir stehen ein für die Überwindung von Ungerechtigkeit und Not.

Wir verpflichten uns zur Mitarbeit am weltweiten Frieden
und treten ein für Recht und Gerechtigkeit unter den Nationen.

Wir sind bereit, mit den Benachteiligten unsere Lebensmöglich-
keiten zu teilen.

Wir sehen darin eine Antwort auf Gottes Liebe.

Wir anerkennen Gottes Wort
als Maßstab in allen menschlichen Belangen
jetzt und in der Zukunft.

Wir glauben an den gegenwärtigen und endgültigen Sieg Gottes.
Wir nehmen seinen Auftrag an, das Evangelium in unserer Welt
zu leben.

Amen.

GEBET BEIM PASTORALBESUCH VON PAPST FRANZISKUS AUF LAMPEDUSA AM 08. JULI 2013

Maria, Stern des Meeres

O Maria, du Stern des Meeres,
wieder wenden wir uns zu dir,
um Zuflucht und Gelassenheit zu finden,
um Schutz und Hilfe zu erleben.

Mutter Gottes und unsere Mutter,
wende deinen liebevollen Blick
allen jenen zu, die Tag für Tag den Gefahren des Meeres
ausgesetzt sind,
um ihren Familien den nötigen Unterhalt zuteilwerden zu lassen,
und um dem Schutz der Schöpfung und dem Frieden unter den
Völkern zu dienen.

Beschützerin der Migranten und Flüchtlinge,
stehe mit deiner mütterlichen Fürsorge jenen Männern, Frauen
und Kindern bei,
die ihr Land auf der Suche nach Zukunft und Hoffnung verlassen
müssen.
Möge ihre Begegnung mit uns und unseren Völkern
sich nicht in eine Quelle neuer und schwerer Formen von Sklaverei
und Demütigung verwandeln.

Mutter der Barmherzigkeit,
flehe um Vergebung für uns,
die wir blind vor Egoismus, krumm von unseren eigenen Interessen
und gefangen in unseren Ängsten
unaufmerksam sind gegenüber den Bedürfnissen und Leiden
unserer Geschwister.

Zuflucht der Sünder,
erwirke die Bekehrung der Herzen jener,
die Krieg, Hass und Armut verursachen,
die Brüder und deren Schwächen ausnützen
und unwürdigen Handel mit dem menschlichen Leben treiben.

Vorbild der Barmherzigkeit,
segne die Männer und Frauen guten Willens,
die die auf dieser Insel landenden Menschen aufnehmen
und ihnen dienen.
Möge die empfangene und geschenkte Liebe ein Samenkorn
für neue brüderliche Bindungen
und das Morgenrot einer Welt des Friedens sein.

Amen.

Übersetzung: Presseagentur Zenit; Bearbeitung Stefan Schohe

UFFICIO DELLE CELEBRAZIONI LITURGICHE DEL SOMMO PONTEFICE VISITA PASTORALE A LAMPEDUSA 8 LUGLIO 2013

Pregheira a Maria, stella del mare

O Maria, stella del mare,
ancora una volta ricorriamo a te,
per trovare rifugio e serenità,
per implorare protezione e soccorso.

Madre di Dio e Madre nostra,
volgi il tuo sguardo dolcissimo
su tutti coloro che ogni giorno affrontano i pericoli del mare
per garantire alle proprie famiglie
il sostentamento necessario alla vita,
per tutelare il rispetto del creato,
per servire la pace tra i popoli.

Protettrice dei migranti e degli itineranti,
assisti con cura materna gli uomini, le donne e i bambini
costretti a fuggire dalle loro terre
in cerca di avvenire e di speranza.
L'incontro con noi e con i nostri popoli
non si trasformi in sorgente di nuove
e più pesanti schiavitù e umiliazioni.

Madre di misericordia,
implora perdono per noi che,
resi ciechi dall'egoismo, ripiegati sui nostri interessi
e prigionieri delle nostre paure,
siamo distratti nei confronti delle necessità
e delle sofferenze dei fratelli.

Rifugio dei peccatori,
ottieni la conversione del cuore
di quanti generano guerra, odio e povertà,
sfruttano i fratelli e le loro fragilità,
fanno indegno commercio della vita umana.

Modello di carità,
benedici gli uomini e le donne di buona volontà,
che accolgono e servono coloro che approdano su questa terra:
l'amore ricevuto e donato sia seme di nuovi legami fraterni
e aurora di un mondo di pace.

Amen.

»WIR SIND NUR GAST AUF ERDEN«

ANREGUNGEN FÜR GEISTLICHE TEXTE IM RAHMEN EINES GOTTESDIENSTES

WÄHREND DER INTERKULTURELLEN WOCHE 2014

Peter Oldenbruch

1. DAUERHAFTER AUFENTHALTSTITEL

Anfang des Jahres in Erfurt: Während der Tagung zur Vorbereitung der Interkulturellen Woche 2014 sitzt der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf dem Podium. Es geht um die Frage, warum eigentlich Asylbewerber nicht an Integrationskursen teilnehmen dürfen. Die übers BAMF finanzierten Integrationskurse sind weitgehend Deutschkurse. Warum dürfen denn Asylsuchende nicht in diese Deutsch- bzw. Integrationskurse? Schließlich soll in diesem Jahr das Arbeitsverbot für Asylbegehrende von neun auf drei Monate reduziert werden. So steht's im Koalitionsvertrag. Und dann wäre eines dringend notwendig: Deutsch von Anfang an. Wie sonst soll ein Mensch nach drei Monaten in den Arbeitsmarkt integriert werden?

Der Präsident windet sich, man sieht es ihm an der Körperhaltung an.

Nun, ja, es gebe immerhin Modellprojekte in Bayern und in Rheinland-Pfalz.

Man müsste sich über den Begriff Integration verständigen. Schließlich: Integrationskurse kann es nur für Menschen geben, die einen dauerhaften Aufenthaltstitel in Deutschland haben.

Ein schönes Wort: dauerhafter Aufenthaltstitel.

Bloß wer verfügt schon darüber: über einen dauerhaften Aufenthaltstitel!

Ich nicht, Sie nicht, kein Mensch auf dieser Erde.

Wir alle, wir sind nur Gast auf Erden.

»Wir haben hier keine bleibende Stadt.«

Wir haben keinen dauerhaften Aufenthaltstitel.

2. WIR HABEN HIER KEINE BLEIBENDE STADT

Sprecher_in: »Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.«

Heißt es ziemlich am Ende des Hebräerbriefs. Der Verfasser hatte dabei Vater Abraham im Kopf, den Glaubensvater dreier Weltreligionen: Judentum, Christentum und Islam. Ibrahim heißt er im Koran.

Sprecher_in: »Und der HERR sprach zu Abram: Geh aus deinem Vaterland und von deiner Verwandtschaft und aus deines Vaters Hause in ein Land, das ich dir zeigen will. Und ich will dich zum großen Volk machen und ich will dich segnen und dir einen großen Namen machen, und du sollst ein Segen sein.«¹

So beginnt sie – die Geschichte von Abraham im biblischen Buch Genesis.

Abraham sollte ausziehen in ein Land, das Gott ihm zeigen werde.

Warum?

Warum ist er nicht geblieben, wo er herkam?

- In seinem Vaterland,
- bei seiner Verwandtschaft,
- in seines Vaters Hause?

Ein Flüchtling wie die meisten heutigen Flüchtlinge ist er offensichtlich nicht.

Politisch wurde Abraham nicht verfolgt, er floh auch vor keinem Bürgerkrieg. Und ein so genannter *Armut*-flüchtling war er erst recht nicht. Denn Abraham hatte Besitz, ihm gehörte eine Menge an Vieh und andere »Habe«, er besaß Sklavinnen und Sklaven, die für ihn arbeiteten. Was trieb Abraham dann dazu auszuwandern, zu emigrieren, die Heimat zu verlassen?

Nichts als eine Verheißung:

Sprecher_in: »Ich will dich zum großen Volk machen und ich will dich segnen. Und du sollst ein Segen sein! Für alle auf Erden.«

So sagt es jedenfalls die Bibel, so schön, so gut, so eindeutig. Im ganz praktischen Leben war's »wahrscheinlich sehr viel vager, sehr viel unbestimmter. Auf Ahnungen hat Abraham sich verlassen. Gerüchten ist er gefolgt.«²

Abraham emigrierte. Und als er wegzog, wusste er nicht, wohin die Reise geht. Und so war er ...

Sprecher_in: »ein Fremdling im verheißenen Land und wohnte in Zelten mit Isaak und Jakob [...], denn er wartete auf die Stadt, deren Baumeister und Schöpfer Gott ist.«³

Abraham zog aus und wusste nicht, wohin.

Und heute?

Die Flüchtlinge, die heute hier sind, wissen es nicht und Sie und ich wissen nicht, wohin unsere Lebensreise geht.

Wer kann schon sagen, wo wir hinkommen.

Abraham kommt am Ende dort an, wo er bleiben kann. In dem Land, das er erben sollte.

Und doch bleibt er dort ein Fremder, wohnt in Zelten.

In Zelten! Kein Einfamilienhaus, kein Vorgarten samt Gartenzaun, kein Gewächshaus, keine Hollywood-Schaukel.

Bloß ein Zelt!

Ein Zelt kann man jederzeit ab – und woanders wieder aufbauen.

1 Genesis 12,1-3

2 Manfred Josuttis, Über alle Engel, Politische Predigten zum Hebräerbrief, München 1990, 137

3 Hebr 11,8f

Abraham bleibt ein Fremder.
Denn er wartete auf die Stadt, deren Baumeister Gott ist.
»Glaube« scheint hier so etwas zu sein wie ein Vorbehalt.
Selbst im verheißenen Land ist Abraham nicht ganz daheim.
Zelt und Familie, Milch und Honig – sie sind nicht alles.

Sprecher_in: »Wir haben hier keine bleibende Stadt ...«

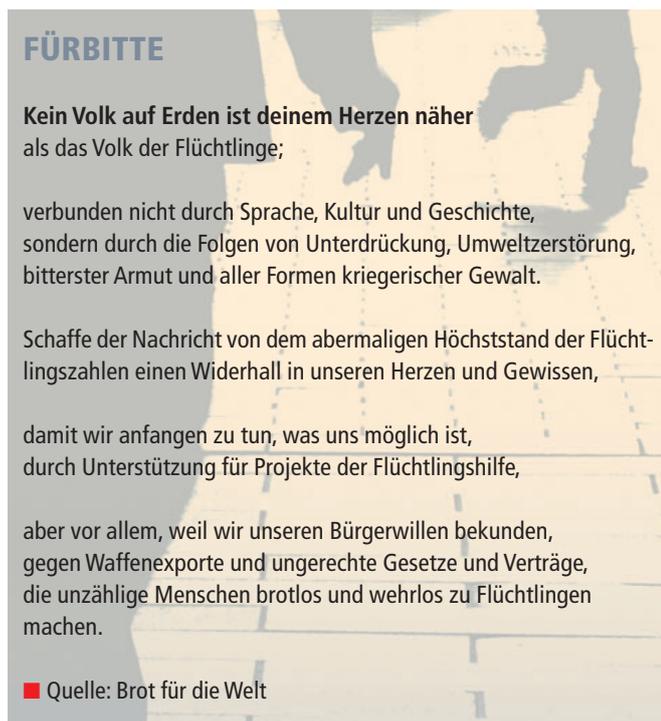
Viele Menschen bleiben dort, wo sie einmal geboren wurden.
Und fühlen sich dort, wo sie sind, zu Hause.
Und nicht selten auch zufrieden.
Andere Menschen migrieren, wandern aus oder müssen aus ihrer Heimat fliehen. Und unterwegs werden diese Menschen zu Fremden.
Oder – wenn sie Glück haben! – zu Gästen.
Flüchtlinge, »Gäste und Fremdlinge können etwas, was man unbedingt braucht, um heil durchs Leben zu kommen. Sie blicken über den Rand hinaus. Sie warten auf das bessere Vaterland. Sie wollen vorwärts und nicht zurück.«⁴
Fremdlinge müssen über den eigenen Tellerrand schauen können, sie müssen mehrere Sprachen sprechen. Und sie wissen etwas, was für alle Menschen gilt, was Ortsansässige jedoch leicht vergessen: Menschen können gar nichts anderes sein als Gäste auf dieser Erde.
Einen dauerhaften Aufenthaltstitel hat niemand.
»Wir sind nur Gast auf Erden«, heißt's im katholischen Kirchenlied.

Sprecher_in: »Wir sind nur Gast auf Erden und wandern ohne Ruh / mit mancherlei Beschwerden der ewigen Heimat zu.«⁵

Gäste, Fremdlinge, Flüchtende wissen das.

3. GLAUBENDE SIND IN DIESER WELT NIE GANZ ZU HAUSE

Und Menschen, die glauben!
Glaubende sind in dieser Welt nie ganz zu Hause.



FÜRBITTE

Kein Volk auf Erden ist deinem Herzen näher als das Volk der Flüchtlinge;

verbunden nicht durch Sprache, Kultur und Geschichte, sondern durch die Folgen von Unterdrückung, Umweltzerstörung, bitterster Armut und aller Formen kriegerischer Gewalt.

Schaffe der Nachricht von dem abermaligen Höchststand der Flüchtlingszahlen einen Widerhall in unseren Herzen und Gewissen, damit wir anfangen zu tun, was uns möglich ist, durch Unterstützung für Projekte der Flüchtlingshilfe,

aber vor allem, weil wir unseren Bürgerwillen bekunden, gegen Waffenexporte und ungerechte Gesetze und Verträge, die unzählige Menschen brotlos und wehrlos zu Flüchtlingen machen.

■ Quelle: Brot für die Welt

Die Welt kommt ihnen nicht selten fremd vor: die Gewalt, das sinnlose Leiden, der Hass. Aber: »Kreuz und Elende, das nimmt ein Ende«, dichtete Paul Gerhardt in einem seiner schönsten Choräle.⁶

Glaubende sind in dieser Welt nie ganz zu Hause.
Genau dafür ist Abraham ein uraltes Vorbild.

Sprecher_in: »Durch den Glauben ist er ein Fremdling gewesen in dem verheißenen Lande wie in einem fremden und wohnte in Zelten.

Denn er wartete auf die Stadt, die einen festen Grund hat, deren Baumeister und Schöpfer Gott ist.«⁷

Abraham wartete auf eine andere Stadt, auf eine zukünftige.
Die zukünftige Stadt?

Welche?

Die Bibel beschreibt die zukünftige Stadt, den Himmel auf Erden, ganz am Ende im letzten Buch der Heiligen Schrift als »Hütte Gottes bei den Menschen«.

Sprecher_in: »Und Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid noch Geschrei noch Schmerz wird mehr sein.«

So soll es sein – dann.

Und jetzt schon – in Ansätzen.

Das ist die Richtung, dahin sind wir unterwegs.

Sich in der Welt auch fremd zu fühlen, ja: im verheißenen Land zu leben wie in einem fremden – das gehört zum Glauben dazu.

Wenige Sätze nach unsrer heutigen Passage erzählt der Hebräerbrief von all den Nachkommen Abrahams – so viele »wie die Sterne am Himmel und wie der Sand am Meer, der unzählbar ist.«

Sprecher_in: »Diese alle sind gestorben im Glauben und haben das Verheißene nicht erlangt, sondern es nur von ferne gesehen und begrüßt und haben bekannt, dass sie Gäste und Fremdlinge auf Erden sind. Wenn sie aber solches sagen, geben sie zu verstehen, dass sie ein Vaterland suchen. [...] Sie sehnen sich nach einem besseren Vaterland, nämlich dem himmlischen.«

Wir sind nur Gast auf Erden und wandern einer ganz anderen Heimat zu.

4. FLÜCHTLINGE ERINNERN DARAN: »WIR SIND NUR GAST AUF ERDEN«

Wie die Flüchtlinge!

Oder besser: Flüchtlinge erinnern daran: auch wir haben hier keine bleibende Stadt. Und die schönsten und wie für die Ewigkeit gebauten Häuser müssen wir wieder verlassen.

Denn: Flüchtlinge bleiben nicht, wo sie waren.

So erinnern sie daran: auch wir sind nur Gast auf Erden.

Allerdings: auf diesem blauen Planeten sind Pflanzen, Tiere,

4 Manfred Josuttis, Über alle Engel, Politische Predigten zum Hebräerbrief, München 1990, 138

5 Georg Thurmair, Gotteslob 505

Menschen, alles, was lebt, dazu ausersehen, eine Vergänglichkeit lang »atmen, lieben, sich tummeln zu dürfen.«
Und lieben und leben, arbeiten und Urlaub machen - dürfen wir.

Das aber gilt nicht allein für uns,
– nicht allein für uns in Mitteleuropa oder den USA,
– nicht allein für junge Gesunde,
– mit Arbeit und Einkommen.

Das gilt für alle Menschen gleichermaßen.
Wenn man die Menschenrechte ernst nimmt, dann haben alle Menschen ein Gastrecht auf dieser Erde.

Sprecher_in: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren ohne irgendeinen Unterschied, etwa
– nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht,
– Sprache, Religion,
– politischer oder sonstiger Überzeugung,
– nationaler oder sozialer Herkunft,
– Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.«

Jeder Bewohner der Erde hat somit das Recht, ein würdiges, ein unverstümmeltes Leben zu führen. Bloß: wo kann man dieses Recht einklagen?
Flüchtlinge erinnern daran: auch wir haben hier keine bleibende Stadt. Die meisten Menschen aber möchten bleiben. Und wollen nicht nur, dass sie bleiben, sie wollen, dass das Leben so bleibt, wie es ist. Bloß: »Bleiben ist nirgends«⁸, meinte einmal ein deutscher Dichter.

Sprecher_in: »Wer saß nicht bang vor seines Herzens Vorhang? Der schlug sich auf: die Szenerie war Abschied.«

5. ABWEHR

Wer will das schon hören: dieses »Wir sind nur Gast auf Erden«! Viele wollen nicht hören, dass sie keine bleibende Stadt auf diesem Planeten haben. Und daher rührt – neben vielem, vielem anderen – ein Teil der Abwehr Flüchtlingen gegenüber, vermute ich jedenfalls.
Abwehr!

5.1 WARTEN AUF BESCHEID

Die Flüchtlinge in unserem Bundesland/ unserer Region werden zunächst in der Sammelunterkunft untergebracht und warten dort Monate lang zunächst einmal auf ihr Interview, in dem sie ihren Antrag auf Asyl begründen. Die Entscheidungen des Bundesamtes für Flüchtlinge über einen Asylantrag dauern dann noch einmal ein Jahr, manchmal bis zu zwei Jahren.

In dieser Zeit erhalten die Asylbegehrenden kein Kindergeld, sie haben keinen Anspruch auf einen Deutsch- oder Integrationskurs.

Das Bundesamt für Migration, das über die Anträge zu entscheiden hat, wird sagen, mit Abwehr habe die lange Wartezeit auf einen Bescheid nichts zu tun, sie seien einfach überfor-

6 Die güldne Sonne voll Freud und Wonne, EG 449,12/RG 571,10

7 Hebräer 11,9-10

8 Rainer Maria Rilke, 4. Duineser Elegie

FÜRBITTEN

Wir danken dir für die Gewissheit,
dass du auch heute keinen Flüchtling auf Erden allein lässt,
auf den gefährvollen und ungewissen Wegen,

ohne den Schutz des Rechtes,
gejagt von Gewaltherrschern, Kriegsherren
oder hoffnungsloser Armut,
niemals wissend, was der kommende Tag bringt.

Wir danken dir für die Überlieferung,
nach der die Familie Jesu zu den geretteten Flüchtlingen gehört.

Mache uns und alle Christinnen und Christen bereit,
mit diesem Bild im Herzen

für das Überleben,
aber auch für die grundlegenden Rechte der Flüchtlinge einzutreten.

Sei der Rückhalt für die Initiativen der Flüchtlingsarbeit,
die sich um die Kinder kümmern,
um Kranke ohne Versicherungsschutz,
um Menschen, die Grund haben, ihre Abschiebung zu fürchten.

Wir danken dir vor allem für die Selbstverständlichkeit,
mit der Menschen in armen Ländern andere Arme bei sich
aufnehmen und so die Mehrzahl aller Flüchtlinge retten.

Wo niemand von uns war,

bist Du dabei gewesen,
mit leidend,
Begleiter im Sterben für die einen,
Quelle der letzten Kraftreserven für die andern,

Helfer der Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa,
zu Fuß, auf Lastwagen, in gefährlichen Verstecken,
als Schiffbrüchige auf den Randmeeren unseres Kontinents.

Wir bitten
um Trost, den die Jahre bringen,
für die Hinterbliebenen der vielen Toten ohne Grab
an den Grenzen Europas,
um Klugheit und Unerschrockenheit für alle,
die Flüchtlinge aus Todesgefahr zu retten versuchen,

um Einsicht und Ehrlichkeit für die Frauen und Männer,
die für eine den Menschenrechten verpflichtete Flüchtlingspolitik
Verantwortung tragen in der EU und in unserem eigenen Land.

Wir bitten aber auch für uns selbst
um den Glauben,
der Jesus selber sucht unter den Flüchtlingen,
die von Armut und Verfolgung getrieben werden
auf ihrem gefährlichen Wege.

■ Quelle: Brot für die Welt

dert – angesichts der gestiegenen Zahl von Anträgen. Von den Betroffenen jedoch wird dies als Abwehr erlebt, als sinnlose, als zermürbende Warterei, die das Leben unnötig schwer macht.

5.2 DUBLIN III

Abwehr! Von Abwehr geprägt ist auch das so genannte Dublin III-Abkommen.

Der Grundgedanke ist: Jeder Asylsuchende soll nur einen Asylantrag in Europa stellen.

Und zuständig ist der Mitgliedsstaat, der die Einreise veranlasst oder nicht verhindert hat.

Beantragen Asylsuchende dennoch in einem anderen Mitgliedstaat Asyl, wird in der Regel gar kein Asylverfahren durchgeführt. Die Asylsuchenden werden dem zuständigen Staat überstellt. Und wenn sie nicht freiwillig gehen, landen sie ggf. in einem Abschiebungsgefängnis.

Die Diakonie in Deutschland, der Jesuiten-Flüchtlingsdienst, PRO ASYL und viele andere fordern: Dieses System, das Menschen in Europa wie Pakete verschickt, muss grundlegend geändert werden. Ein Memorandum, das im Mai 2013 erschienen ist, will stattdessen: ein gerechtes und solidarisches System. Bis jetzt ist der EU-Staat zuständig, in den man zufälligerweise zuerst eingereist ist. Stattdessen sollte es so sein:

Sprecher_in: »Die Flüchtlinge entscheiden selbst, in welchem EU-Mitgliedsstaat sie ihren Asylantrag stellen. Statt »zuständig ist der Mitgliedsstaat, der die Einreise nicht verhindert hat« ist der Staat zuständig, in dem die Asylsuchenden ihren Antrag freiwillig stellen wollen.«

Würde diese Regelung nicht zu ungleichmäßigen Belastungen unter den Mitgliedstaaten führen?

Sprecher_in: »Dann braucht es einen finanziellen Ausgleich. Ich bin mir sogar sicher: Wenn die Flüchtlinge den EU-Staat frei wählen, in dem sie ihren Asylantrag stellen, dann fallen die unverhältnismäßigen Belastungen weniger stark ins Gewicht! Weil die Asylsuchenden durch ihre familiären und kulturellen Netzwerke aufgenommen und unterstützt werden.«

5.3 LAMPEDUSA

Abwehr!

Es ist niederträchtig, Menschen im Mittelmeer ertrinken zu lassen.

Denn warum wählen seit über einem Jahr wieder vermehrt Flüchtlinge diese Route? Weil der Weg über die Türkei nach Griechenland mit einem massiv befestigten Grenzzaun samt Gräben und Wachtürmen versperrt ist. Noch 2012 sind etwa 40.000 Menschen über die Grenze zwischen der Türkei und Griechenland in die EU eingereist. Jetzt treibt die Sicherung an der EU-Außengrenze zur Türkei die Menschen wieder aufs Mittelmeer.

6. ENORME HILFSBEREITSCHAFT

Diese Abwehr ist nicht zu leugnen. Gleichzeitig erlebe ich in den Gemeinden, in die ich komme, aber auch bei Landfrauen oder in spontan entstandenen Initiativen vor Ort eine enorme Hilfsbereitschaft. Und viel Verständnis!

- Fahrräder werden gespendet, damit Flüchtlinge mobiler werden.
- Oder Kinderwagen.
- Manche Gemeinden stellen Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung.
- An vielen Stellen in der Bundesrepublik werden kostenfreie Deutschkurse für genau jene Asylbegehrenden angeboten, die keinen Anspruch darauf haben.
- Eine Landeskirche hat einen »Flüchtlingsfond« in Höhe von einer Million Euro eingerichtet. Mit diesem Geld sollen Hilfsprojekte hier und in den Flüchtlingslagern vor Ort finanziert werden.

7. CODA

Flüchtlinge erinnern daran: auch wir Einheimischen haben hier keine bleibende Stadt und müssen diese Erde wieder verlassen. Auch wir sind nur Gast auf Erden.

Und doch: wir dürfen und sollen uns eine Vergänglichkeit hier tummeln und arbeiten und lieben, mit den Kindern spielen oder Urlaub machen.

Wie alle anderen auch.

Wer selbst auf der Durchreise ist, kann anderen das Bleiben nicht bestreiten.

Sie erwarten jetzt ein Amen. Zu Recht!

Und doch will ich noch einen einzigen Satz ergänzen, einen Satz, den Tzvetan Todorov, ein gebürtiger Bulgare, der heute Franzose ist, gern zitierte.

Todorov wiederum hatte den Satz von Edward Said, einem Palästinenser, der in den USA lebte, einem Freund von Daniel Barenboim.

Said wiederum hatte den Satz von Hugo von St. Victor, einem Mystiker und christlichen Theologen aus dem 12. Jahrhundert.

Der interkulturell weit gewanderte Satz lautet so:

Sprecher_in: »Von zartem Gemüt ist, wer seine Heimat süß findet, stark dagegen jener, dem jeder Boden Heimat ist, doch nur der ist vollkommen, dem die ganze Welt ein fremdes Land ist.«

■ Peter Oldenbruch ist Inhaber der Pfarrstelle für Flüchtlingsarbeit der EKHN

■ Kontakt:

Tel.: 06132 / 43 32 70

peter.oldenbruch@propastoral.de

DIE WÜRDE DER DIFFERENZ

Dr. Werner Höbsch

Die Vielfalt der Religionen hat in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur ihre faszinierende, sondern auch ihre Furcht auslösende Seite offenkundig werden lassen. Vielfach ist anstelle des interessanten Anderen das bedrohlich erscheinende Andere, schlimmer noch die Wahrnehmung des Anderen als Bedrohung getreten. Repräsentanten der Religionen tragen mitunter ihren Teil zu dieser negativen Entwicklung bei, da sie immer wieder und oft ausschließlich das Unterscheidende zwischen den Religionen betonen und den Anderen als Negativfolie für das Eigene nutzen.

Zweifellos unterscheiden sich die Religionen voneinander – in ihren Heiligen Schriften als Grundlagen des Glaubens, in ihren Vorstellungen von Gott, in ihren Riten und Festen. Mitunter beein-

flussen auch kulturelle Prägungen die religiösen Äußerungen. Die Forderung, Menschen anderer Religionen und Kulturen sollten sich anpassen und ihre »Wahrheiten« aufgeben, wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts angesichts einer pluraler werdenden Gesellschaft verstärkt erhoben. Belege für diese Haltung finden sich beispielsweise in Debatten und Leserbriefen zu Moscheebauten. Die Vorstellung, Friede in einer Gesellschaft werde erst möglich, wenn es keine Andere mit ihren Wahrheitsansprüchen gibt, ist nicht nur illusorisch, sondern auch gefährlich. Im Kern besagt sie doch, für eine Gesellschaft sei es besser, wenn es keine Anderen mehr gäbe oder zumindest nur solche, die in den Vorstellungen, was wahr und richtig sei, weitgehend mit uns übereinstimmen oder weit entfernt lebten.

UNTERSCHIEDE WÜRDIGEN

Der Weg in einer kulturellen und religiösen Vielfalt muss ein anderer sein, einer wie ihn das Leitwort der Interkulturellen Woche 2014 aufgezeigt: »Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern«. Dieser in diesem Motto ausgewiesene Weg öffnet sich, wenn die »Würde der Differenz« anerkannt wird. Die »Würde der Differenz« (Dignity of Difference) ist der Titel eines Buches, das der Rabbiner Jonathan Sacks im Jahr 2005 veröffentlicht hat. Darin vertritt er die Position, dass es in der interreligiösen Begegnung und im interreligiösen Dialog nicht nur um das Entdecken von Gemeinsamkeiten, sondern auch um das Respektieren von Unterschieden geht. Unterschiede sind nicht nur zu ertragen, sondern zu würdigen. Die Achtung der Würde der Differenz ist in einer kulturell und religiös vielfältigen Gesellschaft eine, vielleicht die wesentliche Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben.

Die Würde der Differenz anzuerkennen, bedeutet mehr, als Vielfalt zu managen. Die Grundlage eines Konzeptes »Würde der Differenz« ist die Überzeugung, dass Vielfalt nicht als Problem, sondern vielmehr als Bereicherung angesehen wird.

Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2014

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. 0,20 €.
Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestellformular:
www.interkulturellewoche.de

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069/24 23 14-60, Fax: 069/24 23 14-71
info@interkulturellewoche.de



GEMEINSAMKEITEN ENTDECKEN

Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung, unterschiedlicher religiöser Beheimatung und weltanschaulicher Auffassung sind nicht nur unterschiedlich. So ist etwa der Wunsch nach einem Leben in Geborgenheit und Sicherheit, nach Anerkennung und Respekt, die Freude über die Geburt eines Kindes und die Trauer über den Verlust eines geliebten Menschen über Kultur- und Religionsgrenzen hinweg Menschen gemeinsam.

Die Traditionen des Judentums, Christentums und Islams kennen die Erzählung von der Erschaffung des ersten Menschen – Adam sein Name, übersetzt: der von der Erde Genommene. Bereits in diesem Namen ist das Wissen um die grundlegende Gemeinsamkeit aller Menschen enthalten. Wir alle sind aus der gleichen Erde geschaffen, wir sind nicht grundverschieden.

Einige Hinweise für Begegnungen:

1. Wie geht es dir?

Um Menschen anderer religiöser Beheimatung kennenzulernen, ist es ein Anfang, aber zu wenig, Informationen über andere Kulturen und Religionen einzuholen sowie durch Vorträge und Bücher Gemeinsames und Unterscheidendes zu finden. Um Gemeinsamkeiten nicht nur theoretisch zu benennen, sondern auch konkret aufzuspüren, sind Begegnungen wichtig. Und diese interreligiösen Begegnungen beginnen nicht mit der Frage: »An welchen Gott glaubst denn du?«, sondern mit der einfachen, aber ehrlichen Frage: »Wie geht es dir?« Mit der Bereitschaft, dem Anderen zuzuhören und selbst von sich zu erzählen, eröffnet sich der Weg zum Verstehen. Jede dialogische Begegnung arbeitet nicht eine »Dialogtechnik« ab, sondern beginnt mit dem und ist getragen vom Interesse am Anderen.

2. Die Kunst des Gesprächs lernen

Dieses Interesse ist auch die Grundlage eines Dialogs auf Augenhöhe, dessen Ziel nicht sein kann, den Anderen zu widerlegen, sondern ihn zu verstehen. »Wir müssen die Kunst des Gesprächs lernen, aus dem sich Wahrheit nicht wie in den sokratischen Dialogen mittels der Widerlegung des Falschen ergibt, sondern aus dem ziemlich anderen Prozess, bei dem wir uns unsere eigene

BUNDESWEITER FOTOWETTBEWERB

1. Preis beim Fotowettbewerb IKW 2013: »Beste Freunde!« von Jurij Ils aus Esens

■ Machen Sie mit beim bundesweiten Fotowettbewerb zur Interkulturellen Woche 2014! Die Teilnahmemodalitäten finden Sie unter: www.interkulturellewoche.de/auf-ruf-zum-fotowettbewerb-2014



Welt durch die Anwesenheit anderer erweitern lassen, die radikal anders als wir denken, handeln und die Wirklichkeit deuten« (Jonathan Sacks, 2007, 42). Die Kunst des Gesprächs liegt zum Wesentlichen in der Kunst, zuhören zu können.

3. Den Anderen nicht kategorisieren

Die meisten Menschen brauchen Ordnung und Ordnungen, alles hat seinen Platz, wo es hingehört. Das mag für Geschirr und Handtücher, für Rechnungen und Bücher gelten, darf aber nicht auf Menschen übertragen werden. Menschen werden allzu schnell durch ein einziges Merkmal ihrer Existenz eingeordnet: Der da ist »Muslim«, »Christ«, »Deutscher«, »Roma«, ein Mensch mit »Migrationshintergrund«. Eine Person ist aber keineswegs nur durch ein einziges Merkmal zu identifizieren. Wer einen Menschen in einer Kategorie einfangen will, wird der Person nicht gerecht und verbaut sich den Zugang zu ihr.

4. Mit Missverständnissen rechnen

Im Alltag erleben wir, dass Missverständnisse vorkommen. Worten, Begriffen und Bildern können auf dem Hintergrund unterschiedlicher Biografien, sozialer Situationen, kultureller und religiöser Prägungen unterschiedliche Bedeutungen beigegeben werden. In interkulturellen und interreligiösen Begegnungen sollte eher von mangelndem als vom sofortigen Verstehen ausgegangen werden. Eine solche Haltung führt nicht zum Abbruch der Begegnung, sondern bewahrt davor, Unbekanntes und Fremdes nur in den eigenen Kategorien zu denken und zu deuten. Verstehen – rational und emotional – benötigt Zeit.

5. Unterschiede feiern und gemeinsam handeln

Lernen, auch gemeinsames Lernen, erfolgt nicht nur kognitiv. Gemeinsamkeiten finden und Unterschiede feiern ist nicht nur eine Sache des Kopfs. Im gemeinsamen Essen und Feiern erfolgen Begegnung und Kennenlernen auf einer anderen Ebene. Interreligiöse Begegnungen sollten diese Dimension miteinbeziehen und einplanen.

Unterschiede feiern meint jedoch nicht die Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen Habenichtsen und Besitzenden auszublenden, sondern sich in einer Allianz über Gruppen-, kulturelle und religiöse Unterschiede hinweg für Frieden und Gerechtigkeit im Kleinen wie im Großen einzusetzen. Im »Dialog des Handelns« sind Gemeinsamkeiten im Tun zu finden. Diese Form des Dialogs erscheint mir heute die notwendige zu sein.

Literatur

Jonathan Sacks: The Dignity of Difference. How to avoid the Clash of Civilisations, London/New York 2005.

Jonathan Sacks: Wie wir den Krieg der Kulturen noch vermeiden können, München 2007.

■ Werner Höbsch ist Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Dr. Werner Höbsch
Leiter des Referates Dialog und Verkündigung im Erzbistum Köln
Tel.: 0211 / 16 42 72 05
werner.hoebesch@erzbistum-koeln.de

DIALOG IN EINER KLEINEN STADT – PRAXIS UND ERFAHRUNGEN

Dr. Werner Höbsch

In diesem Beitrag wird eine Initiative aus Brühl vorgestellt, die über zehn Jahre im christlich-islamischen Dialog aktiv ist. Träger dieser Initiative sind die katholische Kirche Brühl, das islamische Gemeindezentrum und die evangelische Kirchengemeinde vor Ort. Ein von Christen und Muslimen paritätisch besetzter Arbeitskreis plant und organisiert die Begegnungen.

Brühl ist eine Stadt, in der etwa 22.500 katholische, 8.000 evangelische und 3.000 griechisch-orthodoxe Christen leben. Wie an anderen Orten haben sich auch in Brühl in den 1960/70er Jahren im Zuge der Arbeitsmigration Menschen aus der Türkei niedergelassen. Die Muslime unter ihnen nutzen ein umgebautes Lagergebäude im Gewerbegebiet als ihr Zentrum mit einem Gebets- und einem Mehrzweckraum. Etwa 1.000 Menschen besuchen die Moschee jede Woche; die Zahl der aktiven Gemeindeglieder beträgt etwa 250.

CHRISTEN BEGEGNEN MUSLIMEN

Seit Ende der 1990er Jahre findet in Brühl eine dauerhafte und regelmäßige Begegnung zwischen Christen und Muslimen statt. Ihren Anfang nahm diese mit dem Wunsch von Mitgliedern eines katholischen Pfarrgemeinderates, mit Muslimen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft in Kontakt zu treten und Näheres über sie zu erfahren. Es kam zu ersten Begegnungen und Vortragsveranstaltungen. In der Folgezeit weitete sich die Initiative auf Stadtebene aus und etablierte sich 2002 unter dem Namen »Christen begegnen Muslimen«. Der Geduld und dem Engagement einzelner Christen und Muslime ist es zu verdanken, dass es nicht bei wenigen, sporadischen Begegnungen blieb und nicht nur ein Stadtteil in die Begegnungen einbezogen wurde. Der Dialog an der Basis benötigt einen langen Atem. Geduld ist die vielleicht wichtigste Tugend im Dialog!

Ausschlaggebend für das Wachsen der Initiative war die Erfahrung und die Einsicht: Hier begegnen sich gläubige Menschen. Auch wenn die Beteiligten und Interessierten am Dialog die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Glaubensaussagen des Christentums und des Islams vielleicht nicht theologisch exakt benennen konnten, wussten sie doch um den Glauben der Anderen.

Zu den ausgewählten Themen der ersten Begegnungen gehörten u.a. »Fasten im Islam und Christentum«, »Koran und Bibel«, »Jesus und Mohammed« sowie »Der Mensch als Pilger«. Jede der zweimal jährlich stattfindenden Veranstaltungen wurde von 100 bis 250 Personen besucht.

Begegnung bedeutet nicht alleine, klugen Referentinnen und Referenten zu lauschen, sondern miteinander ins Gespräch zu kommen. Daher gehört wesentlich bei jeder Zusammenkunft nach dem Plenum ein Imbiss mit Getränken dazu. Dieser informelle Teil bringt

Menschen zusammen; Muslime gehen auf Christen zu und umgekehrt. An Stehtischen sind persönliche Gespräche leichter möglich. Fragen, die Teilnehmende sich im Plenum nicht zu stellen trauten, können in diesem Rahmen zur Sprache gebracht werden. Gemeinsames Essen verbindet.

Es besteht bei manchen Asymmetrien eine entscheidende Symmetrie im Dialog, wenn Glaubende Glaubenden begegnen, wenn Menschen sich – auch wenn ihre Vorstellungen verschieden sind – als an einen Gott Glaubende wahrnehmen. Theologen auf christlicher Seite und korankundige Gelehrte auf muslimischer Seite geben in der Vorbereitung und Durchführung einer Veranstaltung die notwendige Rücken- deckung, ohne jedoch die Initiative zu dominieren. In Brühl liegen die Initiative zur christlich-islamischen Begegnung und ihre Entwicklung in der Hand von »Laien«, von ehrenamtlich Tätigen. Hier begegnen sich der Fließbandarbeiter und Taxifahrer, der Schuhmacher und die Technikerin.



Christlich-islamische Initiative auf einem Straßenfest.

Foto: privat

MUSLIME BEGEGNEN CHRISTEN

Bis 2008 fanden alle Begegnungen der Initiative »Christen begegnen Muslimen« in der Brühler Moschee statt. Im Jahr 2008 wurde die Frage aufgeworfen, ob auch Begegnungen in einer christlichen Kirche möglich seien. Die in den Begegnungen engagierten Christinnen und Christen wollten gerne ihre muslimischen Dialogpartnerinnen und -partner auch zu sich einladen. Dieser Wunsch wurde positiv aufgenommen und die erste christlich-muslimische Begegnung in einer christlichen Kirche Brühls fand in der katholischen Schlosskirche »St. Maria von den Engeln« statt. Etwa 80 muslimische Frauen und Männer versammelten sich in der Kirche.

Mit diesem Schritt der Begegnung in einer katholischen Kirche konnte eine Asymmetrie in der Wahl des Begegnungsortes aufgehoben werden; Muslime verstehen sich in der Moschee als Gastgeber, Christen in der Kirche. Der Gedanke und die Erfahrung der gegenseitigen Gastfreundschaft prägen die Begegnungen. Von 2008 an wurde folglich der Name der Initiative erweitert: »Christen begegnen Muslimen, Muslime begegnen Christen«.

Seit Beginn der christlich-islamischen Begegnungen war die gesamte Stadtgesellschaft zu den Treffen eingeladen und auch der Kirche und Moschee Fernstehende nehmen regelmäßig an den Treffen teil. Auf der anderen Seite nahm und nimmt die Initiative Gelegenheiten wahr, sich auch im öffentlichen Raum – etwa bei Stadtteilstellen – zu präsentieren und mitzuwirken.

ERFAHRUNGEN

Die mittlerweile zehn Jahre kontinuierlich durchgeführten Begegnungen zwischen Christen und Muslimen in Brühl sind in der Stadt, der Moscheegemeinde und den christlichen Kirchen inzwischen fest verankert. Muslime gehören zu Brühl und öffnen sich seit vielen Jahren für die Begegnung mit christlichen Gemeinden und verstehen sich als Teil der Stadtgesellschaft.

Gesellschaftlich bedeutsam ist die Initiative, weil sie einen Beitrag zum guten Miteinander leistet, das auf gegenseitigem Kennenlernen und Verstehen auf-

GEMEINSAME GRUNDSÄTZE UND ZIELE DES DIALOGS IN BRÜHL

Der Dialog zwischen Christen und Muslimen in Brühl basiert auf der Überzeugung, dass die Würde des Menschen unantastbar ist: die Würde eines jeden Kindes, einer jeden Frau und eines jeden Mannes.

Der Dialog ist geleitet vom Interesse am Anderen und getragen vom Respekt seiner Person und seines Glaubens.

Als Brühler Christen und Muslime wenden wir uns gegen jeglichen Missbrauch und jede Instrumentalisierung von Religion zur Verbreitung von Hass und zur Rechtfertigung von Gewalt. Wir treten der Verhetzung und Erniedrigung von Menschen anderer Glaubensüberzeugung oder Weltanschauung entgegen.

Dialog und Begegnung sehen wir als Wege an, den Anderen und seine Religion kennenzulernen, zu verstehen und zu achten. Jeder Mensch hat das Recht auf seine eigene Religion.

Im Dialog suchen wir nach Wegen, das Miteinander von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft und religiöser Beheimatung friedlich zu gestalten. Als Brühler Christen und Muslime wollen wir uns für Frieden und Gerechtigkeit zum Besten der Stadt einsetzen.

■ Islamisches Gemeindezentrum Brühl e.V.
Evangelische Kirchengemeinde Brühl
Katholische Kirche Brühl

baut. Allerdings ist es den Christen und Muslimen wichtig, dass ihre Aktivitäten in der Stadt nicht allein als »Integrationsleistung« gesehen und auf einen Beitrag zum »gesellschaftlichen Frieden« reduziert werden. Wichtig ist allen Beteiligten die Aussage, dass die Dialoge sich nicht im Gedanken einer »Förderung der Integration« erschöpfen, sondern in einem gemeinsamen religiösen Anliegen wurzeln, das Christen und Muslime in der Stadt vertreten. Von Beginn der Begegnungen an stehen Fragen des Glaubensinhaltes und der Glaubenspraxis im Zentrum und werden von christlicher und muslimischer Seite beleuchtet.

Möglich wurde die Kontinuität der Begegnungen durch den ständigen Arbeitskreis, in dem sowohl Christen (evangelische, katholische und freikirchliche) als auch Muslime mitarbeiten. Vorbereitung, Organisation und Reflexion der Treffen erfolgen in diesem Kreis. Er ist der Motor der Begegnungen. Der Dialog – so die Erfahrung – lebt von Beziehungen.

Die Begegnungen erweisen sich als Lernorte, in denen Christen mehr über den Glauben der Muslime, Muslime mehr über den Glauben der Christen erfahren. Oder anders ausgedrückt:

Christen erfahren Muslime und Muslime erfahren Christen in ihrem persönlichen Glauben. Im Angesicht des Anderen lernen Christen und Muslime, ihre jeweiligen Glaubensvorstellungen zur Sprache zu bringen und auszusagen.

FAZIT

Ein Klima des Dialoges ist nicht einfach vorhanden, sondern muss und kann erfolgreich gestaltet werden.

Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung des Artikels: Werner Höbsch, Christlich-islamischer Dialog in einer kleinen Stadt, in: CIBEDO-BEITRÄGE 4/2013, 156-160.

■ Werner Höbsch ist Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Dr. Werner Höbsch
Leiter des Referates Dialog und Verkündigung im Erzbistum Köln
Tel.: 0211 / 16 42 72 05
werner.hoebesch@erzbistum-koeln.de

FRIEDENSGETEBE DER RELIGIONEN: GEMEINSAMKEITEN FINDEN, UNTERSCHIEDE FEIERN.

Ahmad Aweimer

Schauen wir mal kurz eine der vielen Stellen im Koran an, die mit unserem diesjährigen Motto zu tun haben z. B. aus der **Sure 30 die Römer (Vers 18-23)**:

Liebe Geschwister:

Schon die Benennung dieser Sure spricht für sich und erinnert an die Verschiedenheit der Menschen. Wahrlich sind die Römer und die Araber zwei unterschiedliche Völker, mit unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Religionen usw.

18 Und Ihm gehört (alles) Lob in den Himmeln und auf der Erde, und abends, und wenn ihr den Mittag erreicht!

Sind doch Himmel und Erde sowie Tag und Nacht nicht verschieden? Wie wäre unser Leben ohne diese Verschiedenheit? Wie langweilig bis unerträglich oder sogar unmöglich, wenn wir nur Mittagssonne oder auf Dauer finstere Nacht hätten?! Genau so wäre unser Leben langweilig bis unerträglich, wenn wir nur ständige absolute Gemeinsamkeiten und keine Verschiedenheiten hätten.

19 Er bringt das Lebendige aus dem Toten und bringt das Tote aus dem Lebendigen hervor und macht die Erde nach ihrem Tod wieder lebendig. Und so werdet auch ihr hervorgebracht werden.

20 Es gehört zu Seinen Zeichen, dass Er euch aus Erde erschaffen hat, hierauf wart ihr auf einmal menschliche Wesen, die sich ausbreiten.

Sind die Lebendigen und die Toten doch nicht verschieden? Und haben doch die Gemeinsamkeit Mensch zu sein. Es ist ein Lebenskreislauf, der diese Verschiedenheit aufrechterhält, und wir feiern das, in dem wir uns z. B. über neues Leben, Mensch, Tier oder Pflanze immer und wieder freuen. Und das, obwohl wir genau wissen, dass dieses Leben irgendwann einmal zu Ende sein wird.

21 Und es gehört zu Seinen Zeichen, dass Er euch aus euch selbst Gattinnen erschaffen hat, damit ihr bei ihnen Ruhe findet; und Er hat Zuneigung und Barmherzigkeit zwischen euch gesetzt. Darin sind wahrlich Zeichen für Leute, die nachdenken.

Gott erinnert uns hier an den alltäglichen gelebten Fakten als eine Seiner Zeichen. Der Mensch hat von sich aus Gemeinsamkeit und Verschiedenheit. Wir erleben diese Unterschiede tagtäglich in Gemeinsamkeit und feiern sie. Sind doch Mann und Frau nicht wohl verschieden? Trotzdem finden beide gleichberechtigt im Leben Ruhe beieinander, Liebe und Zuneigung und falls diese mal versagen, dann gibt es auch dazu die Barmherzigkeit, damit die Feier lange anhält und der Mensch wieder seinen Weg findet. Interessant wäre hier der letzte Kommentar: Darin sind wahrlich Zeichen für Leute, die nachdenken. Jawohl wir sollen nachdenken! Und jetzt kommt im nächsten Vers unsere faktische Verschiedenheit wortwörtlich zum Ausdruck. Gerade unmittelbar nachdem uns Gott thematisch vorbereitet und eingestimmt hat, so dass wir diese Unterschiede begreifen, annehmen und feiern können.

22 Und zu Seinen Zeichen gehört die Erschaffung der Himmel und der Erde und (auch) die Verschiedenheit eurer Sprachen und Farben. Darin sind wahrlich Zeichen für die Wissenden.

Die Verschiedenheiten unserer Sprachen und Farben sind so geschaffen wie das Universum. Es wäre eine utopische Welt, wenn diese Verschiedenheiten nicht existieren würden. Sie gehören dazu, ob wir das wollen oder nicht. Sprache und Farbe stehen hier nur als Beispiel für die allumfassenden Unterschiede der Menschen, wie Kultur, Sprache, Religion, Ethnie, Weltanschauung usw. Und Gott macht diese Erkenntnis zu einem seiner Zeichen. Was kommentiert hier Gott, nachdem er uns vorher ermahnt hat nachzudenken: Darin sind wahrlich Zeichen für die Wissenden.

Als Gottesgläubender kann ich die Zeichen Gottes eigentlich nur feiern und muss dabei nachdenklich und wissend in dieser weiterentwickelten und komplizierten Welt sein.

Spricht der Koran nur von Unterschieden oder doch auch von Gemeinsamkeiten?

»Sagt: Wir glauben an Allah und an das, was zu uns (als Offenbarung) herabgesandt worden ist, und an das, was zu Ibrāhīm, Ismāʿīl, Iṣḥāq, Yaʿqūb und den Stämmen herabgesandt wurde, und (an das,) was Mūsā (Moses) und ʿIsā (Jesus) gegeben wurde, und (an das,) was den Propheten von ihrem Herrn gegeben wurde. Wir machen keinen Unterschied bei jemandem von ihnen, und wir sind Ihm ergeben.« (Koran 2:136)

TAG DER OFFENEN MOSCHEE



Der Tag der offenen Moschee findet in ganz Deutschland jedes Jahr am 3. Oktober statt.

Das Thema im Jahr 2014: »Soziale Verantwortung«

© epd-bild

Dazu sagt der Prophet Mohammad (S):
»Ich stehe dem Sohne Marias von allen Menschen, sowohl im Diesseits, als auch im Jenseits am nächsten. Alle Propheten sind Brüder, deren Mütter verschieden sind, deren Religion jedoch die gleiche ist.«

Ist das nicht einer der größten Gemeinsamkeiten zumindest in den Abrahamischen Religionen?

Aber Gemeinsamkeiten und Unterschiede können auch trotzdem zu Konflikten führen. Wie gehe ich mit den Anderen um? Eigentlich, wenn meine Haltung: Gemeinsamkeiten Finden, Unterschiede feiern ist, dann muss ich diese erhalten und schützen können. Hören wir schließlich, was der Koran für einen Tipp geben kann, um nicht nur friedlich nebeneinander zu leben, sondern Freundschaften zu suchen, zu gewinnen und auch diese zu erhalten:

(Koran 41:34)

Nicht gleich sind die gute Tat und die schlechte Tat. Wehre mit einer Tat, die besser ist, (die schlechte) ab, dann wird derjenige, zwischen dem und dir Feindschaft besteht, so, als wäre er ein warmerherziger Freund.

Schließlich spricht der Koran uns noch deutlicher an:

»O ihr Menschen, Wir haben euch ja von einem männlichen und einem weiblichen Wesen erschaffen, und Wir haben euch zu Völkern und Stämmen gemacht, damit ihr einander kennenlernt. Gewiss, der Geehrteste von euch bei Allah ist der Gottesehrfürchtigste von euch. Gewiss, Allah ist Allwissend und Allkundig.«
(Koran 49:13)

Hier spricht Gott nicht nur Muslime, sondern alle Menschen an. Er gibt denen den Auftrag, nachdem er die Vielfalt und Verschiedenheit faktisch aufgestellt hat, einander kennenzulernen. Er macht das zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Die Menschen sollen sich gegenseitig öffnen. Sie sollen Begegnung, Dialog- und Streitkultur in Respekt und Vertrauen entwickeln, um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu finden, damit das angestrebte Kennenlernen erfolgen kann. Vielfalt ist Gemeinsamkeit und Verschiedenheit in einem. Vielfalt ist gegenseitige Bereicherung und Lebensqualität. Wir sollen als Menschen die Bereicherung anstreben. Deswegen hat Gott uns unter anderem gegenseitiges Kennenlernen vorgeschrieben. Für Muslime ist damit das Kennenlernen der Anderen Glaubenspraxis. Dafür werden sie von Gott geehrt. Kennenlernen verhindert Vorurteile und Rassismus und öffnet Türen für Miteinander und schließt Türen für Gegen-Einander.

Hier wäre der Kommentar am Ende des Verses sehr interessant. Jawohl Gott hat genaue Kunde über uns und warnt die Menschen diesen Auftrag nicht zu vernachlässigen. Ehrfurcht vor Gott zeigt sich gerade in der aufrichtigen Erfüllung dieses Auftrags.

Ich schließe hier mit dem täglichen Bittgebet des Propheten Mohammad (s.) ab: **O Gott, ich bezeuge, dass Du der Herr der Welten bist. Ich bezeuge, dass alle Menschen Geschwister sind.**

Der Allmächtige helfe uns, Gemeinsamkeiten zu finden und die Unterschiede zu feiern und diese für die Gesellschaft als gewinntragend zu betrachten.

Zu guter Letzt bin ich der festen Überzeugung, dass wir viel mehr Gemeinsamkeiten haben als zurzeit vermutet wird. Wir müssen sie finden: Die Unterschiede können wir dadurch besser überwinden. Dann wird das Gelebte überwiegend in gefundener Gemeinsamkeit sein und die Feier der Verschiedenheit eine erfolgreiche und freudige Feier werden.

Möge Gott der Erhabene uns dahin recht leiten und führen. Amen

■ Ahmad Aweimer ist Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:

Ahmad Aweimer
Dialog- und Kirchenbeauftragter des
Zentralrats der Muslime in Deutschland
Tel.: 0221/ 139 44 50
ahmad.aweimer@zentralrat.de



Postkartenmotiv
zur Interkulturellen Woche 2014

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. 0,20 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestellformular:
www.interkulturellewoche.de

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069/24 23 14-60, Fax: 069/24 23 14-71

info@interkulturellewoche.de

FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN HEISSEN, BEGLEITEN, BETEILIGEN

EINE PRAXISHILFE FÜR KIRCHENGEMEINDEN

Es gehört zu den elementaren Aufgaben der Christenheit und der Kirchen, für verfolgte und gefährdete Menschen einzutreten. Das biblische Gebot, den Fremden zu schützen, findet sich in ähnlichem Wortlaut an verschiedenen Stellen der Bibel.

Die Bedeutung des Schutzes des Fremden ist in der Geschichte Gottes mit seinem Volk selbst begründet: Die Israeliten fliehen mit der Hilfe Gottes vor Armut und Unterdrückung durch die Ägypter in die Wüste. Erst nach vielen Jahren der Wanderung findet das Volk ein neues Zuhause im ihnen fremden Land Kanaan. Das Volk Gottes hat selbst Migrationserfahrung.

Der Auftrag Gottes, den Fremden aufzunehmen, findet sich auch in der Verkündigung Jesu. Es ist eines der sieben Werke der Barmherzigkeit, die Jesus in seiner Rede vom Weltgericht nennt: »Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen.«

Der Auftrag Gottes ist klar. Kirche und Diakonie setzen dieses Gebot in ihrer Arbeit um, wenn sie sich (kirchen-)politisch für die Rechte von Flüchtlingen einsetzen und die Menschen vor Ort in Beratungsstellen begleiten. Aber auch jede und jeder von uns kann etwas dazu beitragen, dass Flüchtlinge in Deutschland ein neues Zuhause finden.

Die Perspektive der Arbeit mit Asylsuchenden hat sich dabei in den letzten Jahren verändert. Flüchtlinge werden nicht mehr als Objekte unserer Hilfe, sondern als selbständige Subjekte unserer Gesellschaft gesehen. Die Menschen, die zu uns kommen, bringen verschiedene Ressourcen, Erfahrungen und Qualifikationen mit. Unsere Aufgabe als Gesellschaft ist es, mitzuhelfen, dass Asylsuchende diese Potentiale hier in Deutschland einbringen können. Nachfolgend haben wir einige Anregungen zusammengestellt, was Kirchengemeinden tun können, um Flüchtlinge willkommen zu heißen, sie zu begleiten und

zu beteiligen. Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt.

1. TEILHABE ERMÖGLICHEN

Flüchtlinge sind fremd in unserem Land. Ihre Lebensumstände in Gemeinschaftsunterkünften ohne Sprachkurs und ohne Arbeit machen es ihnen schwer, in unserer Gesellschaft anzukommen und sich zu integrieren. Kirchengemeinden können den Menschen Anschlussmöglichkeiten an das gesellschaftliche Leben bieten und ihnen vermitteln, dass sie hier in Deutschland und bei uns willkommen sind. Dies kann vor allem dadurch entstehen, dass man den ersten Schritt auf den anderen zugeht, sich kennen lernt und Ängste abbaut. Indem man die Flüchtlinge ansieht, ihre Namen und Biographien kennt, werden sie sichtbar und bleiben nicht länger hinter den Mauern der Gemeinschaftsunterkünfte anonym:

■ Einladungen zu Gottesdiensten und Gemeindeveranstaltungen (Übersetzungsfragen bedenken). Viele Flüchtlinge sind Christen (z. B. Kopten aus Ägypten, Katholiken aus Syrien) und wünschen sich vielleicht Gottesdienste in der eigenen Sprache. Dafür könnte z. B. ein Priester der jeweiligen christlichen Gemeinschaft eingeladen und die Kirche für einen Gottesdienst zur Verfügung gestellt werden.

■ Besuche von Gemeindegliedern oder -gruppen in der örtlichen Gemeinschaftsunterkunft mit Einladungen zu Gesprächsangeboten bei Kaffee und Kuchen.

■ Gemeindenachmittage, an denen Flüchtlinge und Gemeindeglieder von ihren Migrationserfahrungen berichten (die hat nämlich fast jeder Mensch).

■ Deutschkurse anbieten – Flüchtlinge im Asylverfahren haben keinen Anspruch auf einen Deutsch- und Integrationskurs –, Hausaufgabenhilfen für Kinder und Jugendliche.

■ Begleitung bei Behördengängen und Hilfe beim Verstehen von Behördenbriefen, Hilfe beim Verstehen besonderer Zusammenhänge vor Ort.

■ Integration in die Kirchengemeinde und in die örtlichen Vereine (Kindergarten, Kirchenchor, Sportverein, Feuerwehr usw.), den Menschen Türen öffnen.

■ Teilhabe am kulturellen Leben fördern (z. B. durch kostenlose Karten für Veranstaltungen in der Region oder indem man Flüchtlinge ins Theater oder zu Stadtteil- oder Gemeindefesten mitnimmt).

2. LEBENSUMSTÄNDE VERBESSERN

Die Lebensumstände von Menschen im Asylverfahren sind nicht einfach. Meist leben sie in Gemeinschaftsunterkünften mit mehreren fremden Menschen in einem Zimmer. Die Unterkünfte liegen oft abseits der dörflichen oder städtischen Infrastruktur. Momentan dürfen sie in den ersten neun Monaten gar nicht arbeiten und später nur dann, wenn sich kein sonstiger Bevorzugter für die Arbeit findet, die sie beginnen möchten. Kirchengemeinden können hier mit relativ einfachen Mitteln helfen:

■ Die Isolation durch Besuche in der Gemeinschaftsunterkunft durchbrechen.

■ Die Mobilität und Anbindung an die Infrastruktur verbessern (z. B. durch Monatskarten, Fahrdienste oder Bereitstellung von Fahrrädern, Einrichtung einer Fahrradwerkstatt).

■ Bei der Arbeitssuche helfen (z. B. durch gezielte Ansprache von bzw. Vermittlung zu potentiellen Arbeitgeber/innen im Bekanntenkreis oder der Umgebung sowie bei diakonischen bzw. kirchlichen Arbeitgebern).

■ In einem eigenen Garten können Flüchtlinge ihnen bekanntes Gemüse

Grundsätzlich gilt:

**Zuhören,
nach Wünschen der Flüchtlinge fragen,
statt vorschnell zu wissen,
was Flüchtlinge brauchen!**

anbauen und Kontakte zu anderen Gartenbesitzern herstellen. In manchen Regionen gibt es bereits »Interkulturelle Gärten«.

■ Hilfe bei der Wohnungssuche (z. B. durch Vermittlung von Wohnraum im Bekanntenkreis, Unterstützung bei der Sichtung von Angeboten in der Tagesspresse, Begleitung bei Wohnungsbesichtigungen usw.). Manchmal ist auch eine Unterstützung bei der Wohnungseinrichtung sinnvoll.

■ Tauschring aufbauen (Gemeindemitglieder und Flüchtlinge bieten ihre Fähigkeiten und Ressourcen an und nehmen sie wechselseitig in Anspruch).

■ Als sinnvoll hat sich auch oft erwiesen, vor Ort einen Runden Tisch mit allen Betroffenen aus Kirchengemeinde, Kommune und Flüchtlingen zu bilden, bei dem alle anstehenden Probleme und Projekte koordiniert und besprochen werden.

■ Hilfreich ist auch eine ökumenische und interreligiöse Vernetzung mit anderen Kirchengemeinden (katholisch, freikirchlich ...) und z. B. Moscheegemeinden vor Ort. So kann man gemeinsam wirken und baut keine Parallelstrukturen mit ähnlichen Angeboten auf.

3. UNTERSTÜTZUNG BEI DROHENDER ABSCHIEBUNG

Bei drohender Abschiebung eines Flüchtlings können sich Gemeindemitglieder auf unterschiedliche Weise engagieren:

3.1 Petitionen

Nach Artikel 17 des Grundgesetzes hat jeder das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Gemeindemitglieder oder -gruppen können sich mit der Bitte um Aussetzung der Abschiebung des ihnen bekannten Flüchtlings an den Petitionsausschuss ihres Landtags wenden.

3.2 Härtefallkommission

Im Petitionsverfahren können nur Lösungen innerhalb der geltenden rechtlichen Möglichkeiten gefunden werden. Sollte der Petitionsantrag scheitern, besteht die Möglichkeit, sich an die Härtefallkommissionen der jeweiligen Bundesländer zu wenden mit der Bitte, den Fall des Migrant/der Migrantin in die Kommission einzubringen.

3.3 Kirchenasyl

Es kam und kommt vor, dass Kirchengemeinden Flüchtlinge vorübergehend in kirchlichen Räumen aufnehmen, um sie vor einer drohenden Abschiebung zu schützen. Die Frage, ob eine Gemeinde Kirchenasyl gewähren möchte, ist eine schwierige, mit vielen Überlegungen verbundene Gewissensentschei-

dung der Verantwortlichen im Kirchengemeindevorstand. Dabei müssen die Umstände des Einzelfalls und die rechtlichen Konsequenzen für den Flüchtling ebenso wie für die Gemeinde genau geprüft werden.

4. SICH POLITISCH EINSETZEN

Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Diakonie Deutschland setzen sich für die Abschaffung von Gesetzen ein, die Lebensumstände von Flüchtlingen in Deutschland stark einschränken. Sie fordern die Abschaffung der Residenzpflicht, die die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge auf die Landkreise, den Regierungsbezirk oder das Bundesland beschränkt, und die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes als Sondergesetz zur Alimentierung von Flüchtlingen.

Angesichts der Bootskatastrophen vor Lampedusa, bei denen im Oktober 2013 hunderte Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu gelangen, ihr Leben verloren, fordern Kirche und Diakonie eine neue humanitäre Flüchtlingspolitik sowie legale und gefahrenfreie Zuwanderungsmöglichkeiten für Flüchtlinge.

■ Den Volltext der Praxishilfe finden Sie unter: www.interkulturellewoche.de

■ Kontakt:
Anna-Sophie Schelwis
Beauftragte für Flucht und Migration
der EKKW
Diakonie Hessen –
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau
und Kurhessen-Waldeck e.V.
Kölnische Straße 136
34119 Kassel
Tel.: 0561 / 10 99-144
anna-sophie.schelwis@diakonie-hessen.de

»LESESTART« – EIN BAUSTEIN DER FRÜHKINDLICHEN LESEFÖRDERUNG IN DEN BIBLIOTHEKEN

Frühe Zugänge zum Lesen zu schaffen ist das Ziel des bundesweiten frühkindlichen Leseförderprogramms »Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen«, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert und von der Stiftung Lesen durchgeführt wird. Um Eltern zum Vorlesen zu motivieren, setzt die Initiative auf kostenfreie Lesestart-Sets, die je ein altersgerechtes Buch und Informationen rund ums Thema »Vorlesen und Erzählen« enthalten.



© Heike Schulze

ZWEITE PHASE VON LESESTART

Seit November 2011 erhalten Eltern mit ihren einjährigen Kindern bei der U6-Untersuchung ein Lesestart-Set von ihrem Kinderarzt. In der zweiten Phase des Programms, die im November 2013 angelaufen ist, stehen die Bibliotheken im Mittelpunkt: Eltern mit dreijährigen Kindern können sich ihr Folgeset mit einem altersgerechten Buch, einem ins Türkische, Polnische und Russische übersetzten Vorleserattegeber, Lesetipps sowie einem Wimmelposter in ihrer Bibliothek vor Ort abholen. Insgesamt stehen für die zweite Lesestartphase 1,2 Millionen Sets zur Verfügung. Im Fokus stehen dabei Kinder, die in einem bildungsbenachteiligten Umfeld aufwachsen und denen bislang wenig oder gar nicht vorgelesen wird.

BIBLIOTHEKEN – ORTE DER BEGEGNUNG

Bibliotheken kommt dabei eine wichtige Schlüsselfunktion zu, denn als Orte des (inter)kulturellen Zusammenlebens und Lernens können sie zur Schaffung von Chancengleichheit beitragen. Hier treffen sich Kinder und Erwachsene, hier kann man sich austauschen, für anstehende Prüfungen büffeln, Bilderbuchnachmittage genießen und Medien ausleihen. Bibliotheken sind für alle offen und bieten einen kostenfreien Bildungs- und Erfahrungsraum. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in den facettenreichen Veranstaltungen – von mehrsprachigen Vorleseangeboten über Diskussionsabende – wider, die seit vielen Jahren im Rahmen der IKW angebo-

ten werden. Diese Aspekte machen die Bibliotheken zu geeigneten Partnern des Lesestart-Programms.

VERNETZUNG IM STADTTEIL

Damit insbesondere Familien mit dreijährigen Kindern, die Bibliotheken bislang wenig oder gar nicht in Anspruch genommen haben, von Lesestart und dem Bibliotheksangebot langfristig und nachhaltig profitieren, ist eine vernetzte Arbeit vor Ort mit sozialen und kulturellen Einrichtungen ein wichtiger Baustein. Schon jetzt finden dahingehend in vielen Kommunen enge Kooperationen zwischen Bibliotheken und lokalen Kitas, Beratungsstellen, Integrationsbeauftragten und Ausländerbeiräten sowie verschiedenen Ämtern und Behörden statt.

POSITIVE ENTWICKLUNG WEITER FÖRDERN – WAS SIE TUN KÖNNEN

Die aktuellen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleituntersuchung zur ersten Phase von Lesestart zeigen, dass das Programm in die richtige Richtung geht: Fast alle Eltern, die die Lesestart-Sets erhalten haben, beschäftigen sich mit den Materialien, zwei Drittel davon sehr intensiv. 62 Prozent der Eltern greifen Tipps auf und erhöhen z. B. ihr Vorlesepensum im Alltag, und ein Viertel der Eltern bemerkt positive Veränderungen in ihren Einstellungen zum Thema und in ihrem Vorleseverhalten. Damit diese positive Entwicklung auch in der zweiten Phase fortgesetzt werden kann, braucht es die aktive Unter-

stützung von kommunalen und sozialen Einrichtungen. Hier haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, dass der direkte Austausch mit der Bibliothek vor Ort sowie die persönliche Ansprache von Eltern mit kleinen Kindern ein guter Weg ist. Zugleich werden in diesem Zusammenhang die mehr als 4.500 Bibliotheken, die bei Lesestart teilnehmen, regelmäßig über verschiedene Infokanäle (Newsletter, Leitfaden, Webinare) auf die Bedeutung der Vernetzungsarbeit hingewiesen. Dabei spielen vor allem die kommunalen Integrationsbeauftragten und Ausländerbeiräte als gute Austausch- und Vernetzungspartner eine wichtige Rolle. Dies bietet die Chance, Familien unterschiedlicher Herkunft auf das Angebot der Bibliotheken und auf das kostenfreie Lesestart-Set aufmerksam zu machen sowie für weiterführende Kooperationen zu werben, für die die IKW 2014 eine hervorragende Gelegenheit bietet.

■ Weitere Informationen zu Lesestart und seinen Beteiligungsmöglichkeiten gibt es auf www.lesestart.de sowie auf www.facebook.com/lesestart

■ Kontakt:
Stephanie Lange
Tel. 06131 / 288 90 68
Stephanie.Lange@Stiftunglesen.de

STOPP, SO NICHT! ÜBER DEN UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN ÄUßERUNGEN

Uta Gröschel

Was ist am Umgang mit rechtsextremen Äußerungen anders als am Umgang mit dummen Sprüchen im Allgemeinen? Blöde Bemerkungen oder auch persönliche Angriffe kommen immer wieder vor und es gibt ausreichend Instrumentarien, um damit umzugehen.

Warum die Mühe, sich für rechtsextreme Äußerungen eigens Gedanken zu machen? Der wesentliche Faktor, der es verlangt, dass Bürger_innen rechtsextremen Äußerungen etwas entgegenzusetzen, ist die Gewalt und die Gewaltbereitschaft den anderen gegenüber. Diese Gewalt und Gewaltbereitschaft oder Gewaltduldung dürfen wir nicht ignorieren, stehen lassen, tolerieren. Wir müssen sie bekämpfen, und zwar von der kleinsten Äußerung, dem ersten diskriminierenden Witz an. Wie sollen wir sonst leben in einem Land, in dem es möglich ist, dass Menschen applaudieren, wenn ein Wohnheim für Asylsuchende niedergebrannt wird oder es Gebiete in Deutschland gibt, in die sie sich aufgrund ihres Aussehens nicht mehr hintrauen?

Wie sollen wir sonst in einem Land leben, in dem jahrelang Migranten von einer braunen Terrorzelle hingerichtet wurden, ohne dass die Fachbehörden und Polizei einen Zusammenhang zu rechtsextremen und ausländerfeind-

lichen Taten erkennen konnten? Nun kann die berechtigte Frage gestellt werden, ob eine Diskussion mit Rechtsextremisten überhaupt Sinn macht und ob so eine Kommunikation überhaupt »zu gewinnen« ist. In der Tat gibt es Grenzen, inwieweit eine Diskussion mit Fundamentalisten lohnt.

Sicherlich sollte man ein längeres, reines Schlagabtauschgefecht eher vermeiden. Allerdings darf es nicht sein, dass rechtsextreme Aussagen und krude Behauptungen bis hin zu Beschimpfungen immer und überall so stehen gelassen werden.

Diese Broschüre soll allen Demokraten das nötige kommunikative Handwerkszeug geben, das dabei hilft, rechten Äußerungen stark entgegenzutreten und so

- ein politisches Zeichen zu setzen,
- sich in der eigenen Haut wohler zu fühlen,
- Dritte zu beeindrucken und
- Einzelne zum Nachdenken zu bringen.

Angesichts rechtsextremer Äußerungen verstummen viele Menschen oder sie reagieren und haben dann das Gefühl, dass ihre Antwort entweder zu schwach oder zu aggressiv war. Diese Broschüre soll zeigen, welche Reaktionen und Re-



geln möglich und sinnvoll sind. Wenn Menschen wissen, wie und mit welchem Ergebnis sie reagieren können, dann ist die Chance deutlich höher, dass sie es auch tun.

■ Referent_innen zu diesem Thema für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche vermittelt Ihnen gerne bundesweit:

■ Oliver Venzke
Industriegewerkschaft Bergbau,
Chemie, Energie
Bezirk Hamburg/Harburg
Tel.: 040 / 28 00 96 - 14
oliver.venzke@igbce.de

LEITFADEN FÜR EINEN RASSISMUSKRITISCHEN SPRACHGEBRAUCH

HANDREICHUNG FÜR JOURNALIST_INNEN

Rassismus – eine gesellschaftliche Realität, die keinen Menschen unberührt lässt, da man durch sie entweder zu den Privilegierten oder zu »den Anderen« in dieser Gesellschaft gemacht wird. Und dennoch wird dieses Phänomen gerne nur

dem rechten Rand zugeordnet. Das heißt, dass nicht jene, die sich rassistisch äußern oder Menschen aufgrund äußerer Merkmale bestimmte Charaktermerkmale oder (Un-)Fähigkeiten zusprechen, als Rassist_innen gelten, sondern nur jene, die sich selbst als solche

bekennen. Dies führt dazu, dass die meisten Menschen zwar gerne auf die Straße gehen, um gegen rechtsextreme Gruppierungen ein wichtiges Zeichen zu setzen, aber selten bereit sind, ihren eigenen inhärenten Rassismus zu hinterfragen oder sich dessen Existenz gar



nicht bewusst sind. Um gesellschaftliche Strukturen und Hierarchien aufzubrechen, ist es jedoch wichtig, dass auch die Mitte der Gesellschaft immer wieder ihre eigenen bestehenden Meinungen und (Vor-) Urteile hinterfragt.

In der Sprache tauchen die rassistischen Denkmuster dann mal mehr mal weniger subtil wieder auf und auch wenn der Sprecher oder die Sprecherin nicht die Absicht hatte, sich rassistisch zu äußern, kann die Aussage verletzend auf die betroffene Personengruppe wirken. So drückt die Frage »Wo kommen Sie her?«, wenn man diese z. B. einem Schwarzen Deutschen stellt, aus, dass

die fragende Person ihr Gegenüber als nicht zur deutschen Gesellschaft zugehörig imaginiert. Oft wird auch eine Antwort wie »Ich komme aus Frankfurt« nicht als zulässige Antwort akzeptiert, da die fragende Person gerne genau wissen möchte, woher das für sie fremde Äußere herrührt. Diese Einteilung in Gruppen ist so verbreitet, dass der FDP-Landesvorsitzende Jörg-Uwe Hahn öffentlich die Frage stellen kann, »ob unsere Gesellschaft schon so weit ist, einen asiatisch aussehenden Vizekanzler auch noch länger zu akzeptieren.« Dabei ist die Rede von Philipp Rösler, der seit seinem 9. Lebensmonat in Deutschland lebt.

Es ist wichtig, sich bewusst zu machen, dass wir in einer rassistisch gefärbten Gesellschaft leben und so durch unsere Sozialisation rassistische Denkmuster vermittelt bekommen haben. Dies ist die Basis für einen rassistuskritischen Sprachgebrauch. Es ist unmöglich, sich immer so auszudrücken, dass niemand sich verletzt, bevormundet oder ausgegrenzt fühlt. Jedoch ist es wichtig, zu erkennen, dass die eigene weiße Perspektive auf die Welt nicht die allgemeingültige ist, dass es Menschen in dieser Gesellschaft gibt, die sich tagtäglich ausgegrenzt fühlen, da man sie als »die Anderen«, Fremden, Nicht-Deutschen konstruiert, die sich anpassen sollen und trotzdem nie richtig dazuge-

hörig sein werden. Dass die Konsument_innen von Medien nicht alle weiß und christlich sind. Man sollte sich daher immer die Frage stellen, wie die Personengruppe, über die man schreibt, den Artikel wahrnehmen wird und ob man diese Personengruppe genügend selbst zu Wort kommen lässt. Benutzt man die Eigenbezeichnungen der Gruppierung oder Fremdbezeichnungen? Hält man eine_n weiße_n Expert_in für kompetenter sich zu einer Thematik zu äußern, die eine nicht-weiße Personengruppe betrifft, und warum? Trägt man vielleicht selbst zur »Veränderung« einer Personengruppe bei – also dazu, dass diese als von Grund auf »anders« wahrgenommen wird? All dies sind Fragen, die man sich immer wieder stellen sollte, wenn man eine differenzierte Berichterstattung anstrebt. Das hat nichts mit übertriebener »political correctness« zu tun, sondern mit Respekt.

■ Hrsg.: AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.
 Bezug: Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.
 Tel.: 0221 / 96 47 63 00
 www.oegg.de | info@oegg.de

■ Für Veranstaltungen zu dieser Thematik können Referent_innen beim AntiDiskriminierungsbüro angefragt werden.

STARK FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

DAS BUNDESWEITE BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ – GEGEN EXTREMISMUS UND GEWALT

Ob es darum geht, zivilgesellschaftlichen Aktivismus von Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen oder Demokratie vor Ort zu fördern – das bundesweite Bündnis für Demokratie und Toleranz ist Ansprechpartner und Impulsgeber von staatlicher Seite.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz setzt sich dafür ein, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken und die Zivilgesellschaft zu fördern. Dabei arbeitet das BfDT mit vielen kleinen und großen Kooperationspartnern zusammen und vermittelt zwischen staatlichen und nichtstaatlichen, zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Gegründet wurde das Bündnis nach mehreren fremdenfeindlichen Übergriffen in Deutschland am 23. Mai 2000, dem Tag des Grundgesetzes, von den Bundesministerien des Innern und der Justiz, um Verbänden, Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen einen bundesweiten staatlichen Ansprechpartner und Impulsgeber zur Seite zu stellen. Die Geschäftsstelle ist seit einiger Zeit



Teil der Bundeszentrale für politische Bildung.

AUS DER PRAXIS FÜR DIE PRAXIS

Die Koordination und Vernetzung von Initiativen und Verbänden, die sich lokal und auch überregional für Zivilcourage und Demokratieförderung engagieren, ist eine der Hauptaufgaben

des BfDT. Das Bündnis fungiert nicht nur als Ansprechpartner für Initiativen, wenn es um Kontaktfragen, inhaltliche oder finanzielle Unterstützung von Publikationen oder Hinweise für potenzielle Referentinnen und Referenten geht. Es entwickelt gemeinsam mit ehrenamtlich Engagierten auch eigene Angebote und Formate, die vor allem praxisorientierte Lösungsansätze vermitteln und öffentlich machen sollen, und organisiert bundesweite Fachtagungen zu verschiedenen Themen, bei denen ehrenamtlich Engagierte sich bundesweit austauschen können.

FÜR TOLERANZ UND WELTOFFENHEIT

Die Themenbereiche der praktischen Demokratieförderung, in denen das BfDT aktuell tätig ist, sind Demokratie, Extremismus, Toleranz, Integration, Gewaltprävention und Antisemitismus. Ein wichtiger Punkt ist der Einsatz für ein gleichberechtigtes und weltoffenes

Miteinander im Alltag. In Deutschland leben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Öffentliche Debatten über das gesellschaftliche Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und die gesellschaftliche Entwicklung, über einen toleranten Umgang mit verschiedenen Lebensweisen und auch über den Umgang mit Flüchtlingen machen immer wieder deutlich, wie wichtig es ist, eine starke Zivilgesellschaft zu fördern, die gegen Rechtsextremismus und für Toleranz eintritt.

DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS STÄRKEN

Um das Demokratieverständnis bei Jugendlichen zu stärken, veranstaltet das BfDT einmal im Jahr einen Jugendkongress, bei dem sich die Teilnehmenden in Workshops mit dem Thema Demokratie befassen.

Im Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« zeichnet das BfDT jedes Jahr über 80 Projekte aus. Die Ehrung ist mit bis zu 5.000 Euro dotiert und soll besonders kleine Initiativen finanziell unterstützen und ihre Arbeit einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen. Sechs Projekte davon möchten wir Ihnen im Folgenden genauer vorstellen. Vielleicht regt das ein oder andere die Motivation dazu an, sich selbst zu engagieren und für mehr Zusammenhalt einzutreten.

■ Weitere Informationen über das Bündnis für Demokratie und Toleranz finden Sie im Internet unter: www.buendnis-toleranz.de

■ Kontakt:
Bündnis für Demokratie und Toleranz
Friedrichstraße 50, 10117 Berlin
buendnis@bpb.bund.de

BUNDESFACHVERBAND UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE E.V./UNHCR – »ANGEKOMMEN – EIN FILMPROJEKT MIT JUNGEN FLÜCHTLINGEN«, BERLIN



■ Das Besondere an »Angesommen – ein Filmprojekt mit jungen Flüchtlingen« ist nicht, dass es ein Film über die Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland ist, sondern dass dieser auch noch von Flüchtlingen selbst entwickelt wurde. Dokumentiert wird der schwierige Weg in die Bundesrepublik und die Suche nach Akzeptanz. Die ProtagonistInnen sind junge Flüchtlinge im Alter von 18 bis 27 Jahren, welche tatkräftige Unterstützung von sieben älteren Flüchtlingen, die ihre Erfahrungen in das Projekt einfließen ließen, und drei mittlerweile in Schauspiel und Kultur tätigen Flüchtlingen erhielten. Begleitet und unterstützt wurde das Projekt vom UNHCR und dem Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V., welcher sich seit über zehn Jahren für die Rechte von Jugendlichen einsetzt, die ohne sorgeberechtigte Begleitung nach Deutschland kommen. Der 2011 produzierte Film wird mittlerweile an Schulen, Universitäten, Behörden und von NGOs genutzt, um für Verständnis für die Lage von Flüchtlingen zu werben. Im Internet erreichte der Film bereits über 7.500 ZuschauerInnen und wurde im Rahmen des 25. Mittelfränkischen Jugendfilmfestival 2013 mit dem Dokumentarfilmpreis ausgezeichnet. Die Begleitbroschüre zur Dokumentation wird besonders häufig an Schulen angefragt und musste mittlerweile sogar nachgedruckt werden.

Der Film fand sogar so viel Resonanz, dass er u. a. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder dem Jugendportal des Deutschen Bundestages in die jeweilige Online-Infothek aufgenommen wurde.

■ Weitere Informationen finden Sie auf:
www.unhcr.de/service.html (auch Begleitbroschüre)
www.uno-fluechtlingshilfe.de/aktiv-werden/lehrer-schueler/unterrichtsangebot/angesommen.html

CHAMPIONS OHNE GRENZEN »... WEIL FUSSBALL VERBINDET! E.V.«, BERLIN



Seit dem Frühjahr 2012 findet im Berliner Bezirk Kreuzberg ein Fußballtraining der ganz besonderen Art statt. Wöchentlich kommen Menschen zusammen, die in ihren Heimatländern nicht in Freiheit und Frieden selbstbestimmt leben können und deshalb den Weg nach Deutschland gewählt haben. CHAMPIONS ohne GRENZEN ist ein offenes und kostenloses Trainingsangebot insbesondere auch für Asylsuchende, aus dem innerhalb eines Jahres ein internationales Fußballteam entstanden ist. In regelmäßigen Abständen bestreitet es Turniere und Freundschaftsspiele, nimmt an antirassistischen Veranstaltungen teil und schafft so im öffentlichen Raum Aufmerksamkeit und Verständnis für die Lebenssituationen von Flüchtlingen in Deutschland sowie in den Herkunftsländern. Da die Sammelunterkünfte für Asylsuchende meist dezentral gelegen sind und im Alltag oft wenig Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten bestehen, ist das Projekt eine willkommene Abwechslung und ermöglicht das Knüpfen neuer sozialer Kontakte. Neben dem eigentlichen Fußballspielen ist das Projekt auch Anlaufpunkt für alltägliche Problem- und Krisenbewältigung. Gegenseitige Hilfe leisten sowohl die TrainerInnen und BetreuerInnen aus Deutschland als auch die Refugee-Teamkollegen. Die Initiative ist in Kooperation von ... WEIL FUSSBALL VERBINDET! e.V., der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen e.V. und dem FSV Hansa 07 Berlin entstanden.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.facebook.com/championsohnegrenzen

BÜCHERHALLEN MEDIENPROJEKTE – »DIALOG IN DEUTSCH«, HAMBURG

Foto: Frauke Rinsch



Um den Kontakt zwischen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Sprachräumen zu fördern und ihnen die deutsche Sprache näher zu bringen, initiieren die Bücherhallen Hamburg wöchentliche Treffen unter dem Motto »Dialog in Deutsch«. Die Gespräche finden jede Woche in einer der 32 Stadtteilbibliotheken und zusätzlich in der Zentralbibliothek in Hamburg statt. Das Angebot richtet sich an Erwachsene mit Migrationshintergrund. Eine Anmeldung oder Registrierung ist nicht erforderlich. Grundkenntnisse in Deutsch sind zwar von Vorteil, aber keine Voraussetzung. Ziel ist es, dass die Teilnehmenden ihre Sprachfähigkeit ausbauen, miteinander in Kontakt kommen und sich in einer lockeren Atmosphäre austauschen. Dafür bieten die Bücherhallen einen offenen, unverbindlichen Rahmen. Die Teilnahme an den Gesprächsrunden ist kostenlos. Über 170 geschulte Ehrenamtliche leiten inzwischen 70 wöchentliche Gruppen und sorgen bei Bedarf für die Betreuung der Kinder. Die Bücherhallen Hamburg verfügen über insgesamt 1,7 Millionen Medien, darunter über 28.000 Medien in 27 Fremdsprachen und 2.200 Pressetitel aus knapp 100 Ländern in mehr als 50 Sprachen, so dass auch Migranten Zugang zu einem breiten Bildungsangebot haben.

■ Näheres erfahren Sie hier: www.buecherhallen.de/dialog_in_deutsch

KINDER- UND JUGENDFREIZEITZENTRUM »MOSKITO«, LUTHERSTADT EISLEBEN



Zwischenmenschliche Toleranz ist eines von verschiedenen Themen im Rahmen der praktischen Jugendarbeit in der Lutherstadt Eisleben. Das Jugendhaus Moskito als Interkulturelles Kinder- und Jugendfreizeitzentrum fördert in seiner täglichen Arbeit den solidarischen Umgang junger Menschen miteinander. Zu den Angeboten zählen beispielsweise Box- und Fußballtraining und der Mädchenclub.

Bereits im Kindesalter gilt es, das solidarische Zusammenleben zu fördern. Benachteiligung zu vermeiden oder abzubauen ist in einer strukturschwachen Region – wie es die mansfeldische bedauerlicherweise ist – eine besonders große Herausforderung. Der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist für Migranten und Menschen mit Entwicklungs- und Bildungsnachteilen schwer zugänglich.

So ermöglicht das »Interkulturelle Zentrum – Moskito« mit seinen Beratungs-, Sport- und Freizeitangeboten einerseits die Möglichkeit der Kommunikation und andererseits der Vernetzung. Die Möglichkeit einer positiven Entwicklung und Förderung ist somit praxisrelevant vermittelbar. Der »gelebte und erlebte« gesellschaftliche Ausgleich zum Arbeits- und Schulalltag findet in Gemeinschaft statt und ermöglicht den sensiblen Umgang mit Konflikten und Problemen. So ist Integration möglich.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.kinderheim-harkerode.de

HEIMATEN E.V. – NETZWERK FÜR CHANGEGLEICHHEIT, MÜNCHEN



■ Heimat ist ein Begriff, der oft mit einem Ort oder einem Land assoziiert wird, in welchem man geboren und aufgewachsen ist. Heimat steht aber auch für einen Ort, wo der Mensch soziale Beziehungen pflegt, sein tägliches Leben führt, sich sicher fühlt und von seinen Mitmenschen geachtet und respektiert wird. Um Flüchtlingen und MigrantInnen den Zugang zu ihrer neuen Heimat zu erleichtern, arbeitet heimat e.V. als Plattform für den interkulturellen Dialog. Der Verein besteht selbst zu einem Großteil aus MigrantInnen und Flüchtlingen aus den unterschiedlichsten Kulturen und Nationen, wie unter anderem aus Syrien, der Türkei, Somalia oder dem Irak. Zugang zu sozialer, politischer und auch beruflicher Partizipation werden in Form von Projekten zur Berufsfindung oder Kulturworkshops realisiert. Exemplarisch dafür steht ein Projekt zur Berufsorientierung im Bereich erneuerbarer Energien oder ein durchgeführter Theaterworkshop. Gemeinsame Ausflüge auf die Schneepisten Bayerns bilden dabei ebenfalls einen auf Spaß und Sport fokussierten Austausch zwischen Menschen aus den verschiedensten Teilen dieser Welt. Für ihre Arbeit hat die NGO/NPO bereits mehrere Auszeichnungen erhalten, worunter der Integrationspreis 2013 des Bayrischen Landtages und des Bayrischen Integrationsrates, der 2. Preis für globales Handeln der Deutschen Bundesstiftung Umwelt im Wettbewerb »Entdecke die Vielfalt« und auch die Ehrung im Rahmen des Wettbewerbs »Aktiv für Demokratie und Toleranz« 2012 durch das BfDT für ihr Projekt »Yallah – junge Flüchtlinge aktiv« zählen. Mit ihrer Jugend- und Bildungsarbeit leistet heimat e.V. damit einen durch Vielfalt inspirierten Beitrag, damit Heimat nicht mehr nur mit der eigenen Herkunft zusammenhängt.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.heimaten.de

AMARO DROM E.V.



■ Der Jugendverband Amaro Drom ist ein interkultureller Verein, der es sich zum Ziel gesetzt hat, junge Roma und Nicht-Roma zusammen zu führen, ihr aktives zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken und sie somit in ihrer Entwicklung zu verantwortungsbewussten Bürgern zu unterstützen.

Der Verein, der 2006 gegründet wurde, will die Selbstständigkeit der Jugendlichen durch Partizipation und Mobilisierung fördern und durch gemeinsame Projekte zu ihrer Vernetzung beitragen sowie den Abbau von Antiziganismus und Vorurteilen voranbringen.

Der Verein organisiert jährlich die bundesweit größte Veranstaltung für Roma-Jugendliche, das Bundesjugendtreffen, wo mehr als 200 Jugendliche bei Workshops, Kulturprogramm und großen Diskussionsrunden zusammenkommen.

Jedes Jahr organisiert Amaro Drom zudem eine Jugenderinnerungsfahrt mit jungen Roma und Nicht-Roma zur Gedenkstätte Auschwitz. Die Teilnehmer erfahren dort etwas über die historische und jetzige Situation von Sinti und Roma. Das BfDT unterstützt Amaro Drom inhaltlich und finanziell bei der Gestaltung dieses Austauschs.

Junge Roma werden außerdem gefördert, indem sie einen Freiwilligendienst bei Amaro Drom e.V., dessen Landesverbänden oder in anderen Partnerorganisationen durchführen können. Neben dem Einblick in die Arbeit der Einsatzstellen erhalten die Freiwilligen (EFS oder FSJ) Bildungsangebote und können sich auf internationalen Seminaren mit anderen Roma und Nicht-Roma Freiwilligen vernetzen.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.amarodrom.de

Aktionen und Materialien

WANDERAUSSTELLUNG:

»BRAUNZONE – IDEOLOGIEEN UND STRUKTUREN DER EXTREMEN RECHTEN AN BEISPIELEN AUS NRW«



Die Ausstellung umfasst 13 doppelseitige Stelltafeln im Format DIN A1, inklusive transportablem Ausstellungssystem.

- Kontakt und weitere Informationen zur Ausstellung:
Jugendclub Courage Köln e.V.
Tel.: 0221 / 52 09 36
jc-courage@t-online.de
www.braunzone.jc-courage.de/

Die Wanderausstellung »BRAUNZONE – Ideologien und Strukturen der extremen Rechten an Beispielen aus NRW« kann von Schulen und Berufsschulen, Jugendorganisationen und Jugendeinrichtungen, Vereinen, Tagungshäusern, gewerkschaftlichen Organisationen und anderen Interessierten beim Jugendclub ausgeliehen werden.

Rechtsextreme Kernelemente, wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und Sozialdarwinismus werden kompakt und an möglichst aktuellen Beispielen erklärt.

Dargestellt werden extrem rechte Wahlparteien wie pro Köln/pro NRW oder die NPD, ihre Entwicklung und politische Strategie sowie ihre Unterschiede.

Auf weiteren Tafeln werden die militante Neonazi-Szene wie die so genannten Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten sowie ihre Verbindungen zur NPD behandelt. Dies wird mit besonders anschaulichen Beispielen aus NRW dokumentiert.

Unter dem Stichwort so genannter Mischszenen werden die Versuche, Nationalismus, Rassismus und Homophobie über Musik oder im Fußballstadion zu verbreiten, benannt.

Im abschließenden Teil der Ausstellung wird an aktuellen Beispielen darauf verwiesen, dass rassistische Einstellungen und Übergriffe vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge gedeihen und stattfinden, welche bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen in den vergangenen Jahren jedoch häufig stillschweigende Duldung und offene Zustimmung erfahren haben.

AUSSTELLUNG: GENERATION EINSKOMMAFÜNF

In der Debatte um Migration und Integration wird bislang einer Gruppe gar keine Beachtung geschenkt: Es ist die Generation Einkommalfünf – die zurückgelassenen Kinder der türkischen Arbeitsmigranten_innen. Ausgehend von ihrer eigenen Geschichte hat sich Olcay Acet auf die Suche nach anderen Zurückgelassenen gemacht.

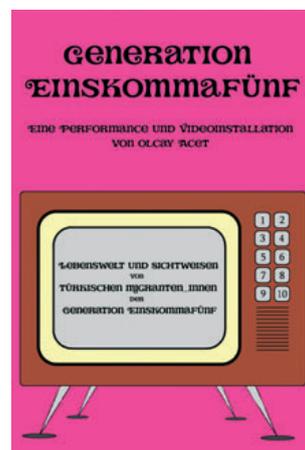
Das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei, das im Jahre 1961 geschlossen wurde, sah keinen Familiennachzug vor. So gaben Eltern, die als »Gastarbeiter_innen« nach Deutschland kamen, ihre Kinder in die Obhut von Familienangehörigen und holten sie Jahre später nach. Die Erfahrung dieser Kinder der Generation Einkommalfünf, die Narben, die das Zurückgelassen-Worden-Sein und das Nicht-Ankommen-Können hinterlassen haben, nehmen bis jetzt keinen Raum ein, wenn über Integration gesprochen wird.

Das Ziel der Ausstellung ist es, für die Trennungs- und Migrationserfahrungen der Betroffenen einen Raum zu bieten, um damit die ganz persönlichen Migrationsprozesse zu veranschaulichen. Gleichzeitig wird damit die deutsch-türkische Einwanderungsgeschichte besser verständlich.

Olcay Acet will mit diesem Projekt auf die unbewusste Weitergabe von frühen konflikthafte Erlebensanteilen der Generation Einkommalfünf an die nächsten Generationen aufmerksam machen.

Denn erst durch die Bewusstwerdung von verleugneten, verdrängten und abgewehrten Erlebnissen, aus einer tiefen, inneren Perspektive heraus, kann eine kollektive Auseinandersetzung stattfinden.

Die Wanderausstellung setzt sich zusammen aus fünfzehn Gesprächen, die über fünfzehn Bildschirme aus allen technischen Epochen seit 1961 laufen.



- Kontakt und weitere Informationen zur Ausstellung:
Olcay Acet
Tel.: 0178 / 35 98 707
info@ortada.de | www.ortada.de

FOTOAUSSTELLUNG: DIE VERGESSENEN FLÜCHTLINGE SÜDOSTEUROPAS



■ Kontakt und weitere Informationen zur Ausstellung:
Bianca Kaltschmitt
Tel.: 0228 / 915 29 11
kaltschmitt@help-ev.de
www.help-ev.de/aktionen-events/ausstellung-fluechtlinge/

Das Flüchtlingslager Konik in Montenegro

Am Rande von Podgorica, der Hauptstadt Montenegros, leben sie inmitten von Müll. Es sind die vergessenen Flüchtlinge Südosteuropas, Roma aus dem Kosovo, die infolge des Konfliktes 1999 fliehen mussten.

Die Roma sind – nicht nur in Montenegro – eine stigmatisierte und ausgegrenzte Ethnie. In Podgorica ist es jedoch besonders schwer, aus der Perspektivlosigkeit auszubrechen.

Rund 1.200 Roma leben im Camp Konik I, das nur einen Teil des gleichnamigen Stadtteils ausmacht. Am Rande einer Mülldeponie leben Familien auf dem Müll und mit dem Müll. Sie versuchen, Verwertbares in den Abfällen zu finden, um damit Geld zu verdienen. Arbeit zu finden ist schwer, auch aufgrund eines ungeklärten Aufenthaltsstatus.

Der Zugang zu medizinischer Versorgung fehlt dadurch ebenso. Die Roma im Camp leben von der Hand in den Mund. Die Familien sind traditionell geprägt, Mädchen dürfen kaum das Haus verlassen, heiraten früh – manche schon mit 12 oder 14 Jahren.

Bis zum Sommer 2012 lebten die Familien in ärmlichen, selbst gezimmerten Holzbaracken. Dann gab es aufgrund der großen Hitze in Montenegro einen Großbrand, ein Großteil der Baracken wurde zerstört. Über Nacht wurden Zelte aufgebaut, in denen die Hitze tagsüber jedoch auf 50 bis 60 Grad stieg und es noch unerträglicher wurde. Jetzt wohnen die Familien übergangsweise in Containern.

Die Flüchtlingsausstellung von Help – Hilfe zur Selbsthilfe ist als Wanderausstellung konzipiert und kann deutschlandweit kostenfrei gebucht werden.

FILM: NACH DEM BRAND

Ein Dokumentarfilm von Malou Berlin



In Mölln legen in der Nacht auf den 23. November 1992 Neonazis einen Brand im Haus der türkischstämmigen Familie Arslan. Drei Familienangehörige kommen in den Flammen ums Leben, der Rest kann sich aus dem Haus retten – darunter auch der damals siebenjährige Ibrahim und seine Mutter Hava. Der Vater erreicht den Unglücksort, als nur noch die verheerenden Folgen des Brandanschlags zu erkennen sind: Seine Mutter, seine Nichte und auch die kleine Tochter sind dem Brand zum Opfer gefallen.

Die Regisseurin Malou Berlin hat Familie Arslan vier Jahre bei dem Versuch begleitet, einen eigenen Weg zwischen Gemahnen, Trauerbewältigung und dem Wunsch nach einer unbekümmerten Gegenwart zu finden. »Nach dem Brand« ist das intime Porträt einer Familie, die 15 Jahre nach dem Anschlag noch immer mit den Folgen der erlebten Gewalt ringt und an der Sinnlosigkeit ihres Verlustes zu scheitern droht.

Wir empfehlen, diesen Film im Rahmen einer Veranstaltung vorzuführen, die im Anschluss an den Film die Gelegenheit zu einer moderierten Diskussion gibt. Der Film ist für Schulklassen ab der 10. Jahrgangsstufe geeignet. Sowohl die Regisseurin Malou Berlin als auch Ibrahim Arslan können für Aufführungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Weitere Informationen:
www.credofilm.de/filme/nach_dem_brand.html

■ Filmausschnitte: portrait-film-und-buch.de/?page_id=357

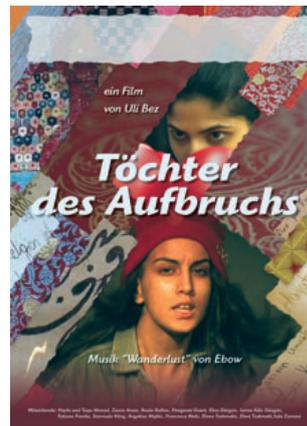
■ Kontakt: Office@credofilm.de

■ Kontakt Malou Berlin: info@portrait-film-und-buch.de

FILM: TÖCHTER DES AUFBRUCHS. LEBENSWEGE VON MIGRANTINNEN

Es sind drei Gruppen, mit denen die Filmemacherin Uli Bez gesprochen hat: die klassischen »Gastarbeiterinnen« der 60er Jahre, die Gruppe der politischen Flüchtlinge z. B. aus dem Irak oder dem Libanon und die jungen Frauen, die aus den großmütterlichen und mütterlichen Wurzeln ihre kreative Kraft schöpfen. Mit Charme und Tiefgang erzählen die Frauen ihre oft abenteuerlichen Geschichten. Es sind Geschichten von der beharrlichen Anstrengung, Brücken zwischen den Kulturen zu bauen. Sie verhehlen auch nicht, dass es einen bleibenden Schmerz gibt: wenn die Kinder daheim im Dorf bleiben mussten und heute der Mutter entfremdet sind, wenn die Familie aufgrund der politischen Verhältnisse zerrissen ist, wenn das Gefühl von Heimatlosigkeit nicht verschwinden will.

Dennoch – der Aufbruch aus Perspektivlosigkeit oder politischer Verfolgung ist ein Ausbruch aus traditionellen Lebenswelten, beflügelt von Freiheitsliebe und Sehnsucht nach Selbstbestimmung und Demokratie. Es sind kraftvolle Erfolgsgeschichten, gerade wenn die jungen Frauen aus der »Enkelinnenperspektive« berichten. Mit Leichtigkeit und Scharfsinn rücken sie das Zerrbild von den angeblich schwer Integrierbaren zurecht, das heute noch in vielen deutschen Köpfen und in den Medien spukt.



■ Weitere Informationen:
www.toechterdesaufbruchs.de

■ Kontakt:
ulrike@bezmedien.com

FILM: WEIL ICH SCHÖNER BIN



© Filmgalerie 451

Charo ist 13, geht mit ihren Freunden in Berlin zur Schule und hat den coolsten aller Jungs im Visier. Ein ganz normales Teenie-Leben. Scheinbar. Denn was niemand weiß: Charo lebt seit Jahren ohne Papiere in Deutschland. Nicht einmal ihre beste Freundin Laura darf das wissen. Die Probleme spitzen sich zu, als ihre Mutter von der Polizei geschnappt wird und mit ihr nach Kolumbien zurück will. Charo muss sich Laura anvertrauen, denn allein schafft sie nicht, was sie unbedingt will: um ihre Zukunft in Deutschland kämpfen.

Pubertät, Vertrauen, prekäre Lebensverhältnisse und Betrügereien. WEIL ICH SCHÖNER BIN verquickt eine lebendige Teenager-Story mit dem Ausnahmezustand Illegalität. Der Film basiert auf einer wahren Geschichte.

In Berlin leben schätzungsweise fünfzigtausend, deutschlandweit rund eine halbe Million Menschen ohne Papiere. Sie müssen täglich damit rechnen, entdeckt, festgenommen oder ausgewiesen zu werden. Sie leben darum häufig sehr unauffällig. Ihr Leben in der Schattenwelt erschwert ihnen Rechte auf Schutz, Bildung, Wohnen, Arbeit oder Gesundheitsversorgung wahrzunehmen. Öffentliche Stellen sind meistens verpflichtet, Menschen ohne Papiere zu melden. Der Film gibt einen kleinen Einblick in ein Leben ohne Papiere, erzählt an der wahren Geschichte eines Kindes.

■ Weitere Informationen zu DVD, Bonus- («Kinder ohne Papiere» Reportage & Interviews) und Unterrichtsmaterial zum Download auf: www.filmgalerie451.de

■ Kontakt: kino@filmgalerie451.de

■ Wenn Sie planen, einen der hier vorgestellten Filme im Rahmen der Interkulturellen Woche öffentlich vorzuführen, nehmen Sie bitte vorab Kontakt mit der jeweiligen Verleihfirma auf. Die Kontaktdaten finden Sie am Ende der Filmbesprechungen.

BUCHTIPP: WIR NEUEN DEUTSCHEN

Alice Bota, Khuê Pham, Özlem Topçu

Fast 16 Millionen Menschen in Deutschland haben einen sogenannten Migrationshintergrund.

Egal, ob sie hier geboren wurden oder zugewandert sind – die meisten von ihnen bekommen immer wieder zu spüren, dass sie vielleicht alles Mögliche sind, nur eines nicht: Deutsche. Doch was heißt das heute überhaupt, deutsch sein?

Alice Bota, Khuê Pham und Özlem Topçu stammen aus Einwandererfamilien. Sie erzählen von einem Lebensgefühl, das sie mit vielen anderen teilen. Ein Lebensgefühl jenseits eindeutiger Zugehörigkeiten: das der neuen Deutschen. Sie sind es leid, dass über ihre Köpfe hinweg bestimmt wird, wer zu dieser Gesellschaft gehört und wer nicht. Dass immer noch so getan wird, als ließen sich Probleme lösen, indem die Migranten verschwinden. Denn das werden sie nicht. Sie gehören hierher. Und sie fordern ihren Platz ein.

Die Autorinnen können für Lesungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

BUCHTIPP: UNERWÜNSCHT. DREI BRÜDER AUS DEM IRAN ERZÄHLEN IHRE DEUTSCHE GESCHICHTE

Mojtaba, Masoud und Milad Sadinam

Die drei Brüder Mojtaba, Masoud und Milad wachsen im Iran der 1980er Jahre als Kinder regimekritischer Eltern auf. Als ihre Mutter bei einer verbotenen Flugblattaktion auffliegt, müssen sie untertauchen und sind monatelang komplett von der Außenwelt abgeschnitten. Bis sie die Flucht wagen und mit Hilfe eines Schleppers im Sommer 1996 mit nichts als einem Koffer illegal nach Deutschland gelangen. Ohne Geld, ohne Papiere und ohne ein Wort Deutsch zu sprechen, landen sie in einem Auffanglager bei Münster. Dann der Schock: Ihr Asylantrag wird abgelehnt, sie werden zur sofortigen Ausreise aufgefordert ...

Wie Mojtaba, Masoud und Milad eine Integration gegen alle Widerstände gelingt, wie ihnen trotz Rückschlägen, bürokratischer Schikanen und eines dramatischen Kampfs gegen die Abschiebung der Sprung aufs Gymnasium und das Einserabitur glückt, und wie sie auch an deutschen Eliteuniversitäten lernen müssen, ihren eigenen Weg zu finden – davon berichten sie gemeinsam in diesem Buch. Aus drei Perspektiven und mit drei unverwechselbaren Stimmen. Bewegend wie ein Roman erzählt UNERWÜNSCHT so von der Suche nach Heimat und Freiheit und dem Wunsch dazuzugehören. Es ist die Geschichte eines Flüchtlingsschicksals – vor allem aber eine so noch nicht gelesene Parabel über Brüderlichkeit, Mut und Menschlichkeit.



■ Kontakt:
Tessa.Martin@rowohlt.de
Tel.: 040 / 72 72 347
Rowohlt Verlag
ISBN 978-3-498-00673-0



Lesungsanfragen bitte an den Berlin Verlag.

■ Kontakt:
Katrin Hiller,
katrin.hiller@berlinverlag.de
ISBN 978-3-8270-1079-7



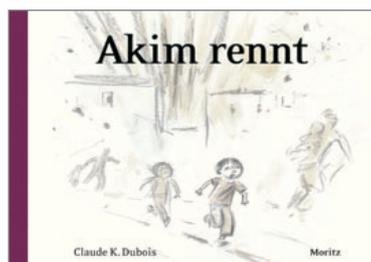
Die radikale Rechte hat hohe Erwartungen. Bei der Europawahl 2014 wollen verschiedenste Parteien aus zahlreichen Ländern vom rechten Rand in das Europaparlament einziehen. Seit Jahren eint diese Parteien und Bewegungen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus das Nein zur Europäischen Union. Ein Nein zur EU bedeutet aber kein Nein zur Europawahl. In Brüssel wollen sie sich gegen das – wie sie sagen – Völkergefängnis, das Bürokraten, Wirtschaftslobbyisten und Einwanderungs-ideologen errichtet hätten, einsetzen. Aufgreifen werden sie auch die bestehenden Sorgen wegen des Euro und die sich verfestigenden Ängste gegen den Islamismus. Von den gesellschaftlichen Rändern bewegen sich auch subkulturelle Netzwerke zur Mitte der Politik. Wie viel Gefahr droht Europa von Rechts?, fragen Martin Langebach und Andreas Speit. In Reportagen wird ein gesamteuropäischer Überblick über die wichtigsten Parteien, Bewegungen und Subkulturen der radikalen Rechten gegeben. Mittels

aktueller Studien, Dokumenten aus privaten und öffentlichen Archiven sowie Informanten aus der Szene beschreiben die beiden Autoren Strategie, Programmatik, Organisation und Vernetzung der verschiedenen Gruppierungen. Ergänzt durch Interviews vor Ort sowie Berichten von Veranstaltungen und Demonstrationen, an denen die Autoren undercover teilgenommen haben, entsteht ein präzises Bild der aktuellen Situation.

■ Martin Langebach und Andreas Speit können für Lesungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt:
Orell Füssli Verlag in Zürich
Wendy Kerstan
Tel.: 041 (0)44 / 466 74 25
wendy.kerstan@ofv.ch
ISBN: 978-3-280-05483-3

BUCHTIPP: **AKIM RENNT**



In Akims Dorf scheint der Krieg weit weg. Irgendwann erreicht er das Dorf am Fluss doch: Akim wird von seiner Familie getrennt, ihr Haus zerstört. Eine unbekannte Frau nimmt sich des Jungen an. Dann aber kommen Soldaten und machen ihn zu ihrem Gefangenen. Irgendwann kann Akim fliehen: er rennt und rennt. Im Gebirge stößt er auf andere Flüchtlinge. Gemeinsam gelingt es ihnen schließlich, den Grenzfluss zu überqueren und ein Flüchtlingslager auf der anderen Seite zu erreichen. Und dort passiert ein großes Wunder: Er findet seine Mutter.

Akims Geschichte ist eine sehr persönliche Geschichte. Aber sie gleicht jener von Tausenden anderer Kinder, Männer und Frauen, die auf der Flucht vor Gewalt sind. Sie alle haben ein Recht auf Schutz und Asyl.

Dies skizzenhafte Bilderbuch erzählt mit wenig Text, dafür aber in umso eindrücklicheren Bildern eine Geschichte, die das Schicksal so vieler Kinder dieser Welt zeigt.

»Akim rennt« erhielt u.a. den Katholischen Kinder- und Jugendbuchpreis 2014.

■ Claude K. Dubois, Akim rennt
Moritz-Verlag, Frankfurt / M., ISBN 978-3-89565-268-4

■ Kontakt: info@moritzverlag.de

LESUNG: **los heimat los.**
LESUNG MIT FLÜCHTIGEN WORTEN UND MUSIK



»Ich bin acht Jahre. Ich bin eine K. und eine Deutsche. Ich hab' keine deutschen Papiere, aber ich fühl' so. Unser Hund ist aus Bulgarien. Aber der hat Papiere. Das ist der einzige in der Familie mit EU-Aufenthaltsrecht. Gell, Alter. Wuff.«

In der Lesung kommen Menschen ohne Papiere in Deutschland zu Wort. Hier wird nicht über sie geredet, sondern sie erzählen selbst von ihrem Alltag, ihren Sehnsüchten und Ängsten. Dabei werden Interviews mit Statuslosen verwendet, die in der hr-INFO Serie »Ohne Papiere – Leben in der Illegalität« gesendet und dann zu künstlerischen Texten verarbeitet wurden.

Gleichzeitig wird nämlich die Frage nach der Heimatlosigkeit in der eigenen Heimat gestellt. Wie lebt es sich, wenn man in eine Art »inneres Exil« abgewandert ist?

Denn die Angst vor sozialem Abstieg, die Angst davor, von Freunden abgeschoben zu werden, die Angst, den Status nicht mehr halten zu können, die Angst, nicht mehr dazuzugehören ... sind allgegenwärtig in Stadt und Land.

Geschichten Illegalen und Legaler sind in »los heimat los.« mit einander verwoben. Ein akustisches Portrait über die Bedingungen von Menschsein im Heimatlosen entsteht.

Die Theaterregisseurin und -performerin Regina Wenig und Radiomoderator Ulli Höhmann erzählen, dazu spielt Martin Lejeune Jazzgitarre.

Die Lesung ist bundesweit buchbar.

■ Kontakt: Regina Wenig
Tel.: 0173 / 244 25 14
reginawenig1@web.de



- Weitere Informationen:
www.buehne-fuer-menschenrechte.de
- Trailer: perm.ly/asyl-monologe-trailer
- Film Behind the Scenes:
perm.ly/asyl-monologe-behind-the-scenes
- Kontakt:
Michael Ruf
Tel.: 0176 / 63114541
micha.ruf@gmail.com

Aufgrund der Simplizität und dokumentarischen Ausrichtung der Skripte benötigen die Darbietungen keine zeitaufwendigen Proben und können somit zu jeder Zeit an nahezu jedem Veranstaltungsort bundesweit mit jeweils vor Ort lebenden Schauspielerinnen und Schauspielern, musikalisch begleitet, dargeboten werden: in einer Kirche in Berlin, auf einer Openair-Bühne in Dortmund, in einem Nachbarschaftszentrum in einem kleinen niedersächsischen Dorf und einem Kongress zu Menschenrechtsfragen in Hamburg.

Bislang haben sich bundesweit ca. 100 professionelle Schauspieler_innen und Musiker_innen an den Darbietungen der Bühne für Menschenrechte beteiligt. Dieses Konzept stellt somit nicht nur eine innovative Antwort auf das bisherige Problem dar, dass künstlerische Arbeit zu Menschenrechtsfragen oft nur wenige Aufführungen erlebt, sondern das aufgebaute Netzwerk wird dann auch für die Verbreitung weiterer Stücke zu dringlichen Fragen der Menschenrechte und gegen verschiedene Formen von Diskriminierung genutzt werden.

»Bühne für Menschenrechte« bietet seine Produktionen in Kooperation mit einer Vielzahl von lokalen Organisationen an, die in den Bereichen Menschenrechte, Antirassismus und Migration arbeiten. Diese Gruppen und Einrichtungen sind eingeladen, die Darbietungen zu nutzen, um bei den Zuschauerinnen und Zuschauern Interesse zu wecken und sie zu motivieren, einen Protestbrief an einen Landrat zu schreiben, an einer Mahnwoche vor einem Abschiebegefängnis teilzunehmen oder darüber nachzudenken, was es heißt, Besitzer eines EU-Passes zu sein.

WAS · WANN · WO? Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

■ Veranstaltungen

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss veröffentlicht Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche auf der Homepage:

www.interkulturellewoche.de

Dadurch wird die Breite des Engagements in der Interkulturellen Woche sichtbar. Bitte senden Sie uns Ihre Veranstaltungen im Sommer per Post und per E-Mail zu.

■ Newsletter

Drei- bis viermal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren, Materialien und gute Beispiele vorstellen.

Gerne senden wir Ihnen den Newsletter kostenlos per E-Mail zu.

Sie können ihn in der entsprechenden Rubrik auf der Website www.interkulturellewoche.de abonnieren.

■ Good-Practice-Recherche

In der Interkulturellen Woche gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2015 vorstellen. Bitte senden Sie uns Berichte über gute Projekte und Fotos von Veranstaltungen zu.

■ Online-Fotowettbewerb

Blende auf für Ihre Projekte und Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche 2014! Wir präsentieren eine Auswahl Ihrer Fotos in einer Fotogalerie, um die Vielfalt von kreativen Aktionen und Veranstaltungen innerhalb der IKW sichtbar zu machen.

Senden Sie uns Ihre Fotos und nehmen Sie damit am Wettbewerb teil. Informationen und Teilnahmebedingungen siehe: www.interkulturellewoche.de

■ Bundesweite Auftaktveranstaltung 2014

In Stuttgart wird am Freitag, den 19. September 2014 um 18 Uhr in der Domkirche St. Eberhard der ökumenische Auftaktgottesdienst stattfinden.

Weitere Veranstaltungen im Rahmen des Auftaktes in Stuttgart sind in Planung.

■ Terminhinweis

20. und 21. Februar 2015: Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2015 in Köln.

Das Programm wird Anfang Dezember auf der Homepage www.interkulturellewoche.de abrufbar sein.



Alle Materialien zur Interkulturellen Woche 2014 können Sie unter www.interkulturellewoche.de bestellen.

Auf dieser Website finden Sie das Bestellformular mit den Kosten für die jeweiligen Artikel.

HERAUSGEBER

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 24 23 14 60, Fax: 069 / 24 23 14 71
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

Vorstand

Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Hannover
Stellv. Vorsitzender: Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Leiter des Bereichs Flucht, Interkulturelle Arbeit und Migration in der Diakonie Hessen, Frankfurt/M.
Stellv. Vorsitzender: Archimandrit Athenagoras Ziliaskopoulos, Griechisch-Orthodoxe Metropole, Frankfurt/M.

Weitere Mitglieder

Msgr. José Antonio Arzo, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
Ahmad Aweimer, Dialog- und Kirchenbeauftragter des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Köln
Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim
Pastorin Dr. Gyburg Beschnidt, Diakonische Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Kirchen, Berlin
Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Berlin
Gabriella Costabel, Evangelische Landeskirche in Württemberg, Stuttgart
Dr. Karamba Diaby, Halle
Katrin Gerdsmeyer, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin

Dr. Werner Höbsch, Referat Dialog und Verkündigung, Erzbistum Köln
OKR Thorsten Leißer, Kirchenamt der EKD, Hannover
Dr. Ulrich Raiser, Senatsverwaltung für Bildung und Wissenschaft, Berlin
Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Stefan Schohe, Nationaldirektor für Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
Antonella Serio, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Canan Topçu, Journalistin, Hanau
Anja Treichel, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Leipzig
Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

Geschäftsführung: Günter Burkhardt, Frankfurt/M.

Redaktion: Günter Burkhardt, Friederike Ekol

Titelbild: Agentur Morgenstern & Kaes, Stuttgart

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: alpha print medien AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck (bitte mit Quellenangabe), auch auszugsweise, gerne gestattet.

Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser_innen wieder.

Als Termin für die Interkulturelle Woche 2014 wird der 21. September – 27. September 2014 empfohlen.

Am Freitag, den 26. September 2014 ist der Tag des Flüchtlings.